

Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. (Hg.)

2014 | 3-4

2014

<https://doi.org/10.25969/mediarep/18404>

Veröffentlichungsversion / published version

Teil eines Periodikums / periodical part

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. (Hg.): 2014 | 3-4, Jg. 40 (2014),
Nr. 3-4. DOI: <https://doi.org/10.25969/mediarep/18404>.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Creative Commons -
Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0/
Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz
finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Terms of use:

This document is made available under a creative commons -
Attribution - Share Alike 4.0/ License. For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Rundfunk und Geschichte

Nr. 3-4/2014 • 40. Jahrgang

Ansgar Diller / Edgar Lersch

Von Vereinsmitteilungen zur wissenschaftlichen Zeitschrift

Editorial: 40 Jahre „Rundfunk und Geschichte“

Interview

Audiovisuelles Erbe Europas online zugänglich

Eggo Müller über EUscreenXL

Thema: Deutsch-deutsch und international – Rundfunk im Kalten Krieg

„...was machen unsere West-Kollegen?“

Heinz Adameck (†) im Gespräch

Christoph Classen

„Um die Empfangsmöglichkeiten ... des Senders RIAS völlig auszuschalten...“

Störsender in der DDR 1952 bis 1988

Anke Hagedorn

Deutsch-deutsche Konkurrenz?

Die Deutsche Welle und der DDR-Auslandssender Radio Berlin International

Laurens Form

Aus dem „Wunderland des Sports“

DDR-Sportberichterstattung im ZDF von 1963 bis 1992

Alina Laura Tiewes

Egon Günther als Grenzgänger

Deutsch-deutsche medienhistorische Verflechtungen

**Studienkreis-Informationen (mit Call for Papers Jahrestagung des
Studienkreises 2015)/ Forum / Dissertationsvorhaben / Rezensionen**

IMPRESSUM

Rundfunk und Geschichte
ISSN 0175-4351
Selbstverlag des Herausgebers
erscheint zweimal jährlich
Zitierweise: RuG - ISSN 0175-4351

Herausgeber
Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. / www.rundfunkundgeschichte.de

Beratende Beiratsmitglieder:
Dr. Alexander Badenoch, Utrecht
Dr. Christoph Classen, ZZF Potsdam
Prof. Dr. Michael Crone, Frankfurt/M.

Redaktion dieser Ausgabe
Dr. Margarete Keilacker, verantwortl. (E-Mail: margarete.keilacker@gmx.de)
Melanie Fritscher (E-Mail: melanie.fritscher@geschichte.uni-freiburg.de)
Dr. Judith Kretzschmar (E-Mail: jkretz@uni-leipzig.de)
Martin Stallmann (E-Mail: martin.stallmann@zegk.uni-heidelberg.de)
Alina Laura Tiews (E-Mail: alina.laura.tiews@uni-hamburg.de)

Layout und Endredaktion
Frank und Margarete Keilacker

Druck und Vertrieb
Deutscher Philatelie Service GmbH, Wermsdorf

Redaktionsanschrift
Dr. Margarete Keilacker, Brunnenweg 3, 04779 Wermsdorf/OT Mahlis
Tel.: 034364/889858, E-Mail: margarete.keilacker@gmx.de

Änderungen bei Adressen bzw. beim Abonnement bitte mitteilen an:
Dr. Veit Scheller (E-Mail: scheller.v@zdf.de, Tel: 06131/7014706)

Bisher erschienene Hefte dieser Zeitschrift finden Sie, mit Ausnahme der letzten beiden Jahrgänge, online unter www.rundfunkundgeschichte.de

Inhalt

Editorial: 40 Jahre „Rundfunk und Geschichte“ Von Vereinsmitteilungen zur wissenschaftlichen Zeitschrift Streiflichter zu ihrer Geschichte	3
Interview Audiovisuelles Erbe Europas online zugänglich Interview mit Eggo Müller, Projektkoordinator von EUScreenXL an der Universität Utrecht	9
Thema: Deutsch-deutsch und international – Rundfunk im Kalten Krieg	
„...was machen unsere West-Kollegen?“ Heinz Adameck (†) im Gespräch	15
Christoph Classen „Um die Empfangsmöglichkeiten ... des Senders RIAS völlig auszuschalten...“ Störsender in der DDR 1952 bis 1988	25
Anke Hagedorn Deutsch-deutsche Konkurrenz? Die Deutsche Welle und der DDR-Auslandssender Radio Berlin International	41
Laurens Form Aus dem „Wunderland des Sports“ DDR-Sportberichterstattung im ZDF von 1963 bis 1992	49
Alina Laura Tiews Egon Günther als Grenzgänger Deutsch-deutsche medienhistorische Verflechtungen am Beispiel des Falls Feuchtwanger	62
Studienkreis-Informationen	
Call for Papers Jahrestagung 2015 in Wien	71
Uwe Breitenborn HEIMATGEFÜHLE. Lokale Medien in einer globalen Welt Jahrestagung 2014 in Halle	72
Heiner Schmitt Erinnerungen an Friedrich Peter Kahlenberg	74
Forum	
Alina Laura Tiews „Im öffentlichen Interesse – Bedeutung und Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“ Symposium der Historischen Kommission der ARD	76
Golo Föllmer, Tobias Grasse und Tom Leonhardt Digital, multimedial, auditiv? Hauptsache Content! 40. International Feature Conference, Leipzig 11. bis 15. Mai 2014	77

Katja Berg Public Visual History. Wie Filme Geschichte schreiben. Tagung des ZZF Potsdam und der HU Berlin, 29. bis 30. April 2014 in Potsdam	79
Deutsche Rundfunkgeschichte im Technomuseum Mannheim	80
Wegweiser zu Quellen und Dokumenten der Rundfunkgeschichte in Norddeutschland	81
Dissertationsvorhaben	
Andre Dechert „Debating Dad on TV. Familienwerte, Vaterschaft und die US-amerikanische Sitcom, 1981-1992“	82
Katrin Jordan Tschernobyl und die Medien Die „Tschernobyl“-Debatte in der bundesdeutschen und französischen Medienöffentlichkeit 1986-1991	84
Christina Isabel Brüning Historisches Lernen mit videographierten Zeitzug/inneninterviews in der heterogenen Gesellschaft	86
Petra Schirrmann Das deutsche Hörspiel in Finnland	88
Rezensionen	
Friedrich Balke, Bernhard Siegert & Joseph Vogl (Hrsg.) Mediengeschichte nach Kittler (Denise Sommer)	90
Gerhard Paul BilderMACHT. Studien zur Visual History des 20. und 21. Jahrhunderts (Christoph Hilgert)	91
Renée Winter Geschichtspolitik und Fernsehen. Repräsentationen des Nationalsozialismus im frühen österreichischen TV (1955-1970) (Katrin Hammerstein)	92
Gerhard Paul, Ralph Schock (Hrsg.) Sound des Jahrhunderts. Geräusche, Töne, Stimmen 1889 bis heute (Sebastian Stoppe)	93
Axel Volmar, Jens Schröter (Hrsg.) Auditive Medienkulturen. Techniken des Hörens und Praktiken der Klanggestaltung (Carlos A. Haas)	95
Autorinnen und Autoren dieses Heftes	U4

Editorial: 40 Jahre „Rundfunk und Geschichte“

Von Vereinsmitteilungen zur wissenschaftlichen Zeitschrift Streiflichter zu ihrer Geschichte

Im Herbst 1974, vor 40 Jahren, erschien erstmals eine Publikation unter dem Titel „Studienkreis Rundfunk und Geschichte. Mitteilungen“; sie wird bis heute unter dem Titel „Rundfunk und Geschichte“ fortgeführt. Damals wie heute wird die Zeitschrift vom Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. herausgegeben. Zwei der langjährigen Redakteure befassen sich mit ihren Anfängen und mit den Weichenstellungen, die aus den Vereinsmitteilungen eine wissenschaftliche Zeitschrift gemacht haben. Sie stützen sich dabei auf die Auswertung von Akten, vor allem der Protokolle der Vorstandssitzungen, auf ihre eigenen Erinnerungen und natürlich die Zeitschrift selbst.

Die erste Ausgabe der „Mitteilungen“ Nr. 1 datiert auf „Oktober 1974“, kam in ihrer Aufmachung äußerst bescheiden daher, wurden die Texte doch in Schreibmaschinenschrift, einzeilig, einspaltig und zweiseitig im DIN A 4-Format präsentiert. Die Zielsetzung des neuen Publikationsorgans formulierte in einem allerdings so nicht genannten Geleitwort der Vorsitzende des Vereins Wilhelm Treue: Der Studienkreis erweitere durch das „Mitteilungsblatt“ „seine Aktivität um ein von vielen Seiten seit langem gewünschtes Vorhaben.“ Das neue Mitteilungsorgan werde viermal im Jahr erscheinen und „im allgemeinen Nachrichten und Informationen, Berichte, Aufsätze, Vorträge, Rezensionen und eine Bibliographie enthalten“. Zwar sollten in erster Linie die Mitglieder unterrichtet werden, doch wurde auch der Anspruch erhoben, „Interessenten bei Rundfunk und Fernsehen, an Hochschulen, bei der Industrie und unter den Journalisten über Rundfunk und Geschichte regelmäßig [zu] informieren, ohne in einen Wettbewerb mit anderen Publikationen treten zu wollen.“

Eingelöst wurden die Ankündigungen in der Nr. 1 u.a. durch Nachrichten und Informationen, die Hinweise auf Neuerscheinungen, in Gang befindliche Forschungsprojekte und Kurzberichte von rundfunk- bzw. medienkundlichen Veranstaltungen boten. Es folgten eine Sammelbesprechung jüngst erschienener Neuerscheinungen zur Rundfunkgeschichte sowie der Abdruck des Grundsatzreferats des Vorsitzenden Wilhelm Treue „Zum Stand der Rundfunkgeschichte im Jubiläumsjahr 1973/74“, gehalten auf der Jahrestagung des Studienkreises am 4. September 1973 in Berlin. Eine bibliographische Übersicht jüngst abgeschlossener Dissertationen zur Rundfunkgeschichte samt einiger von den Autoren selbst verfasster Abstracts ergänzten das Angebot der fünfköpfigen Redaktion, die damit 29 Seiten füllte.

Wie kam es zur Zeitschrift?

Schon in den ersten Jahren des 1969 in Ludwigshafen am Rhein gegründeten Studienkreises war erwogen worden, ein „Mitteilungsblatt“ ins Leben zu rufen. Statt diesen Plan weiter zu verfolgen, nutzte der Studienkreis die Zeitschrift „Rundfunk und Fernsehen“, um insgesamt fünf Mal über seine Aktivitäten, insbesondere seine Jahrestagungen zu berichten. Erst im März 1974 nahm der Vorstand des Studienkreises auf Vorschlag von Friedrich P. Kahlenberg die Idee einer eigenen Zeitschrift wieder auf, die sich recht bald konkretisieren ließ. Unter Vorsitz des Schriftführers des Vereins, Walter Först, tagte am 10. Mai 1974 eine neunköpfige Gruppe von Vereinsmitgliedern, die nicht alle dem Vorstand angehörten, im Deutschen Rundfunkarchiv Frankfurt am Main. Im verabschiedeten ausführlichen Konzept hieß es:

„Das Mitteilungsblatt soll dem Studienkreis primär dazu dienen, eine Kommunikation zwischen Vorstand und Mitgliedern regelmäßig stattfinden zu lassen. Gleichzeitig soll das Mitteilungsblatt dem Vorstand die Möglichkeit einer effizienten Öffentlichkeitsarbeit bieten. Dabei sollen sowohl potentielle Interessenten für eine Mitgliedschaft im Verein angesprochen werden, wie es auch als weiteres Zeichen der Tätigkeit des Vereins gegenüber Spendern und Förderern unter Verbänden, Anstalten und Institutionen dienen kann. Als lohnenswerte Möglichkeit bietet es sich ferner an, das Mitteilungsblatt an ausgewählte Tageszeitungen (d.h. mit eigenem Rundfunk- und Fernseheteil), Fachkorrespondenzen, Programmzeitschriften und Redaktionen einschlägiger wissenschaftlicher Periodika gelangen zu lassen.

Schließlich kann und soll das Mitteilungsblatt ein Forum für wissenschaftliche Informationen und Publikationen bieten und damit neben einer raschen Unterrichtung von Interessenten zugleich auch neue Anregungen produzieren. Um diesen Zielen zu dienen, wurde es für den Anfang als ausreichend erachtet, das Mitteilungsblatt mit einem Umfang von ca. 10 bis 12 DIN A 4-Seiten einseitig bedruckt in vierteljährlichem Abstand erscheinen zu lassen. Dabei sollte, wenn irgend möglich, eine Nummer zur Jahrestagung in erweitertem Umfang erscheinen.

Zur äußeren Form wird vorgeschlagen, Informations- und Dokumentationsteil in der Papierfarbe zu unterscheiden, ein gedrucktes Deckblatt mit graphischem Emblem und Layout vorzusehen. Das Mitteilungsblatt soll im Fotosatz- und Offsetdruckverfahren hergestellt (...) und insgesamt gelumbeckt werden.

(...)

Wegen des Engagements und der erforderlichen Sachkunde und Hilfsmittel bietet sich in Erinnerung der Zielsetzungen des Organs an, daß die Redaktion des Mitteilungsblattes von Mitgliedern aus dem Kreis des erweiterten Vorstandes übernommen wird. Übereinstimmend wurde es als notwendig erachtet, daß dabei journalistische, dokumentarische und wissenschaftliche Fähigkeiten repräsentiert werden. Dem Schriftführer des Vereins kommt dabei eine Schlüsselstellung und besondere Verantwortung zu. (...).“

Auch über die Finanzierung fand sich eine Passage in dem Grundsatzpapier: Der Studienkreis sah sich in der Lage, durch Mitgliedsbeiträge und Spenden bei einer Auflage von 250 Exemplare die geschätzten Kosten von 650 DM aufbringen zu können. Gele-

gentliche Fremdzufüsse von Sponsoren, die sich durch bezahlte Anzeigen arrangierten, wurden nicht ausgeschlossen.

In der Vorstandssitzung vom 19. Juli 1974 wurde zufrieden festgestellt, dass die Vorbereitungen „über die Gründung eines Mitteilungsblattes (...) abgeschlossen“ seien. Für den Inhalt von Nr. 1 seien vorgesehen: „Nachrichten und Informationen (2-3 Seiten)“, „Unmittelbare Mitteilungen an die Mitglieder (1 Seite)“, ein „Aufsatz über den Stand der rundfunkgeschichtlichen Forschung am Ende des Rundfunk-Jubiläumsjahres“ und als Dokumentationen eine „Liste der abgeschlossenen rundfunkgeschichtlichen Dissertationen seit 1968 (...)“ sowie eine „zusammenfassende Rezension der bisher vorliegenden rundfunkgeschichtlichen Veröffentlichungen der Anstalten“.

Wie ging es weiter?

Das vom Vorstand sanktionierte Konzept konnte in der ersten Ausgabe der „Mitteilungen“ realisiert in der zweiten sowie in den folgenden Ausgaben mit geringen Abweichungen weiter verfolgt werden. Derart etabliert wurde die Auflage wegen des Zuspruchs etlicher Abonnenten neben den damals 170 Mitgliedern auf 300 Exemplare erhöht und das Titelblatt der dritten Ausgabe der „Mitteilungen“ mit dem Datum von April 1975 mit dem Zusatz „1. Jahrgang“ versehen. Damit setzte die Redaktion ein selbstbewusstes Zeichen, künftig auch in der medienwissenschaftlichen und medienhistorisch interessierten Öffentlichkeit ernst genommen zu werden.

In der Regel betrug in den Anfangsjahren der Umfang rund 30 Seiten pro Heft, Ausnahmen mit einem größeren Umfang gab es beispielsweise, wenn über die Jahrestagungen zu berichten war und die zu diesem Anlass gehaltenen Vorträge abgedruckt wurden. Nachrichten, Meldungen und Kurzberichte aus dem Studienkreis und aus der einschlägigen medienwissenschaftlichen Öffentlichkeit sowie Bibliographien in allen denkbaren Formen stellten ein Gerüst dar, um das längere wissenschaftliche Beiträge – gelegentlich in mehreren Folgen hintereinander – angeordnet wurden; Rezensionen fanden sich eher selten im Mitteilungsblatt. Kritischen Reaktionen wurde in der Rubrik „Das Schwarze Brett“ ein Forum geboten.

Der Vorsitzende des Studienkreises Wilhelm Treue ging im Rahmen seines Rechenschaftsberichtes während der Jahrestagung des Vereins vom 9. bis 11. September 1977 auch auf die Mitteilungen ein. Er bescheinigte ihnen, seit ihrem Bestehen wie der Verein selbst, sich nicht nur auf die Rundfunkgeschichte beschränkt zu haben, sondern ihr Interesse dem gesamten Gebiet der Rundfunkwissenschaft gewidmet zu haben.

Ansgar Diller, Hochheim

Zu neuen Ufern

Im Herbst 1983 übernahm Friedrich P. Kahlenberg als Nachfolger des Gründungsvorsitzenden Wilhelm Treue den Vorsitz des Studienkreises; die übrigen Vorstandsämter blieben in bewährten Händen. Insbesondere der verantwortliche Redakteur der „Mitteilungen“, Walter Först, widmete sich auch nach dem Ende seiner aktiven Dienstzeit beim WDR 1985 mit gewohnter Akribie der Redaktion der Zeitschrift. Deren Aufmachung wie

innere Gliederung veränderten sich kaum in den kommenden Jahren bis zur Aufgabe der Schriftleitung durch Först mit Heft 4/1991. Der Umfang der einzelnen Nummern hatte sich im Lauf der Jahre auf durchschnittlich 50 bis 60 Seiten eingependelt, die vier Mal, ab Jahrgang 1989 drei Mal im Jahr erschienen. In dieser Zeit waren die „Mitteilungen“ die einzige mediengeschichtliche – wenn auch im Wesentlichen auf den Rundfunk begrenzte – Fachzeitschrift der Bundesrepublik. Trotz ihrer bescheidenen Aufmachung hielt der Inhalt wissenschaftlichen Standards stand, wovon man sich an Hand der beiden Zehnjahresregister (erschieden 1974 und 1984) und der Onlinestellung aller Ausgaben bis derzeit 2011 überzeugen kann.

Die Mitgliederversammlung im September 1991 in München markierte gut 20 Jahre nach seiner Gründung einen Einschnitt in der Geschichte des Studienkreises, der auch nicht ohne Auswirkungen auf die Zeitschrift blieb. Kahlenberg, mittlerweile Präsident des Bundesarchivs, hatte den Vorsitz aufgegeben. Mit der Wahl von Helmut Drück blieb vom vorherigen geschäftsführenden Vorstand nur der Schatzmeister noch ein Jahr im Amt. An die Seite des neuen Vorsitzenden trat Edgar Lersch als Schrift- und damit in der Tradition quasi Geschäftsführers des Vereins.

Der neue Vorstand übertrug im November 1991 Arnulf Kutsch die Leitung der Redaktion der „Mitteilungen“. Das Protokoll der Sitzung spiegelt den Konsens im Vorstand wider, dass für die Zeitschrift Veränderungen sowohl in Inhalt als auch äußerer Gestaltung angesagt seien. Kutsch trug wenige Monate später seine diesbezüglichen Überlegungen dem Vorstand vor. Im Protokoll heißt es: „In ihren redaktionellen Teilen, in ihrem Aufsatz-, Bibliographie- und Rezensionsteil sollen sich die MITTEILUNGEN der allgemeinen zeithistorischen Kommunikationsforschung, aber auch der Zeitgeschichte anderer Medien, insbesondere der Printmedien vernehmlich öffnen. Der Bezug zum Rundfunk sollte jedoch stets deutlich erkennbar bleiben.“

Neben der Absicht, die Zeitschrift in einem Verlag erscheinen zu lassen, wurden Überlegungen zur Satzherstellung, die Umstellung auf ein neues Quartformat und ein verändertes Layout angestellt. Es wurde auch darüber gesprochen, der Zeitschrift einen neuen Namen, z.B. „Rundfunk und Geschichte“, zu geben. Dieser Vorschlag wurde dann 1995 umgesetzt, verbunden mit einem neu gestalteten Deckblatt in gelber Farbe, dessen heutiges Aussehen in etwas veränderter Form in dieser Tradition steht.

Vergebliche Suche nach einem Verlag

Gescheitert ist – dies gleich vorweg – von den aufgeführten Vorhaben der bis zum Ende des Jahrzehnts immer wieder unternommene Versuch, die Vereinszeitschrift in einem etablierten Verlag erscheinen zu lassen. Damit verbunden war die Erwartung, Ansehen und damit auch Auflagenhöhe der Publikation zu steigern, aber auch die Hoffnung, Aufgaben wie Druck und Vertrieb auszulagern und den finanziellen Aufwand zu verringern. Letzteres war allerdings, wie verschiedene Gespräche und Angebote einschlägig interessierter Verlage bis 1998 ergaben, illusionär. Die erwarteten Zuschüsse lagen jeweils höher als die bisher anfallenden Kosten.

Es blieb beim DRA als logistischem Partner für Herstellung und Versand der Zeitschrift, die ab 1996 (bis 2005) neben dem bisherigen Untertitel „Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte“ zusätzlich den Untertitel „Informationen aus dem Deutschen Rundfunkarchiv“ trug. Eine enge Kooperation mit dem DRA hatte sich obendrein ergeben, da Ansgar Diller nach der überraschenden Niederlegung der Redaktionsgeschäfte durch Arnulf Kutsch im November 1993 zusammen mit Marianne Ravenstein die verantwortliche Schriftleitung übernommen hatte. Beide konnten auf einen Redaktionsassistenten zurückgreifen, der das Alltagsgeschäft sehr erleichterte. Nach dem Rückzug von Marianne Ravenstein trat Edgar Lersch Anfang 1996 in die Redaktion ein. Rückblickend wird vorbehaltlos eingeräumt, dass Diller alles in allem die Hauptlast der Redaktion trug.

Veränderungen und Akzentuierungen

Seit 1992 veränderte sich nach und nach das Aussehen der Zeitschrift. Kutsch brachte 1993 das erste Heft mit neuem Layout im Inneren heraus: es gab nun einen Zweispaltensatz statt des bisherigen, die ganze Seite umfassenden Blocksatzes. Diese Veränderung ging auf die Herstellung von Satz und Layout mit Hilfe eines PCs zurück. Die Redaktion bearbeitete fortan in digitaler Form vorliegende Manuskripte, die anfangs und noch für längere Zeit per Diskette auf dem Postweg eingingen. Diese Neuerungen und der später beginnende Textversand per Mail erleichterten die Arbeit, reduzierten Satzkosten und trugen auf diese Weise dazu bei, das Erscheinen der Zeitschrift zu sichern. In den 1990er Jahren erreichten die drei Hefte einen Gesamtumfang von rund 300 Seiten pro Jahr.

Diller und Lersch gaben der Zeitschrift mit ihrer ersten gemeinsamen Nummer 1996 eine ihrer Meinung nach übersichtlichere interne Gliederung: Beiträge (längere Abhandlungen), Dokumentation (Edition von Quellenstücken, Abdrucke von Interviews, Spezialbibliografien), Miscellen (kleinere Abhandlungen wie Vorstellung von Archivbeständen, Berichte über mediengeschichtlich relevante Tagungen und Ausstellungen) und Rezensionen. Es folgten die Zeitschriftenbibliografie von Rudolf Lang, die „Mitteilungen“ und die „Informationen“.

Auch inhaltlich bemühten sich die beiden Redakteure, das von Kutsch formulierte Programm einer Öffnung zu weiter ausgreifenden kommunikationsgeschichtlichen Fragestellungen zu verfolgen. Das war aus verschiedenen Gründen nur schwer realisierbar. Es bestand sogar zeitweise die Gefahr, dass die Zeitschrift allzu einseitig von der Hörfunkgeschichte geprägt wurde, eine Tendenz, die sich in den letzten Jahren glücklicherweise nicht fortsetzte.

Im Sommer des Jahre 1999 entschloss sich der Vereinsvorstand nach langen Diskussionen zu einer Veränderung des Publikationskonzepts. Die Zeitschrift sollte auch aus Kostengründen nur noch zweimal jährlich mit jeweils 100 Seiten erscheinen. Ergänzend zu „Rundfunk und Geschichte“ erschien ab 2001 das „Jahrbuch des Studienkreises“, in dem anders als in einem laufenden Periodikum thematisch zusammenhängende Themen (jenseits auch der Jahrestagungen) in einem Band publiziert wurden.

Varianten eines bewährten Konzepts

Mit der Pensionierung Dillers zur Jahresmitte 2005 wurde die Zusammenarbeit des Studienkreises mit dem DRA aufgegeben. Die beiden Redakteure übergaben bereits zum Jahreswechsel 2004/05 die Geschäfte an ein mehrköpfiges Redaktionsteam, das am Institut für Medien und Kommunikation der Universität Halle-Wittenberg verortet war, dem längere Zeit auch der von 2007 bis 2011 amtierende Vorsitzende des Studienkreises Hans-Ulrich Wagner in Hamburg angehörte. Es gab eine gewisse Fluktuation in dem engagierten, von jüngeren Wissenschaftlern besetzten Team, so dass hier nicht alle Beteiligten namentlich aufgeführt werden können.

Mit der Verlagerung von Redaktionssitz und Herstellung nach Halle waren einige kleinere Veränderungen im Layout verbunden, doch blieb die inhaltliche Gliederung der einzelnen Hefte im Großen und Ganzen erhalten. Der Umfang reduzierte sich zwischenzeitlich leicht, auch weil die Zahl der Rezensionen zurückging. Eine gelungene Innovation war das „Forum“, in dem Doktoranden ihre Arbeitsvorhaben vorstellten. Alles in allem war die auf mehrere Schultern verteilte Redaktion und Herstellung nicht immer leicht zu ‚händeln‘, gleichwohl gab es keine Unterbrechung im Erscheinen. 2012 konnten mit der erfahrenen Zeitschriftenmacherin Margarete Keilacker, die viele Jahre die „Fernsehinformationen“ betreut hatte, Redaktion und Layout-Erstellung von „Rundfunk und Geschichte“ in einer Hand vereint werden. Redaktion, Beirat und Vorstand des Studienkreises haben jetzt auch beschlossen, den Untertitel „Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte“ zu streichen, da er dem Inhalt nicht mehr gerecht wird.

Es bleibt zu hoffen, dass trotz der zweifellos schwierigen Situation des Studienkreises es im Ensemble der medien- und kommunikationswissenschaftlichen Gesellschaften die Zeitschrift noch viele Jahre im Dienst der Medien- und Kommunikationsgeschichte erscheinen kann.

Edgar Lersch, Tübingen

Audiovisuelles Erbe Europas online zugänglich

Interview mit Prof. Dr. Eggo Müller, Projektkoordinator von EUscreenXL an der Universität Utrecht

Herr Professor Müller, Sie koordinieren das Internet-Portal EUscreenXL, das 2013 als Nachfolger von EUscreen gestartet ist. Können Sie den Leserinnen und Lesern von „Rundfunk und Geschichte“ zunächst kurz erklären, was darunter zu verstehen ist? Nach meinem Eindruck ist es wenig bekannt.

Das Portal EUscreen.eu macht Quellen aus den Archiven der teilnehmenden 20 Content-Partner aus ganz Europa online zugänglich. Die meisten Partner sind Fernseharchive großer öffentlich-rechtlicher oder staatlicher Fernsehsender aus Nord-, West-, Ost- und Südeuropa. Dazu kommen einige kleinere Archive und Filmsammlungen. Ziel ist es auf lange Sicht, das audiovisuelle kulturelle Erbe Europas für Europäer online zu erschließen und für kreative Nutzung sowie für Unterricht und Unterhaltung zur Verfügung zu stellen. Das laufende Projekt wird der bestehenden Online-Sammlung in den nächsten drei Jahren 20.000 Fernsehsendungen, Filme und Videos, auch auditive Quellen, Fotos und Texte zufügen, so dass Anfang 2016 mehr als 60.000 Quellen online zu finden sein werden. 60.000 ist natürlich nur ein sehr geringer Teil des europäischen audiovisuellen Erbes, aber das Portal mit dem Quellenmaterial ist auch nur das „Schaufenster“ des gesamten Projekts.

Hinter den Kulissen wird an einem europäischen Standard für die Dokumentation audiovisueller Quellen gearbeitet, der die Metadaten festlegt, um die Quellen in einen historischen Kontext zu stellen, damit sie auf vielen unterschiedlichen Wegen gesucht und gefunden werden können. Zudem mussten im ersten EUscreen-Projekt für die teilnehmenden Archive die Technologien für die Digitalisierung der Quellen entwickelt werden, und im laufenden Projekt richten wir uns neben dem Ausbau unserer Online-Sammlung vor allem darauf aus, die Metadaten bereits digitalisierter Sammlungen dem europäischen Kulturportal Europeana.eu hinzuzufügen. Dort – und auf unserer eigenen Website – sind dann die Online-Bestände der teilnehmenden nationalen Archive in *einem* Portal erschlossen. Benutzer können dort mit einem Suchauftrag Quellen unterschiedlichster Art aus den diversen lokalen Sammlungen und Archiven finden. Auf diese Weise wird die europäische Kulturgeschichte auch europäisch erschlossen. Das soll uns in die Lage versetzen, neue Fragen im Kontext europäischer Kultur und Geschichte zu stellen und zu untersuchen.

Am Projekt sind 30 Partner aus 21 Ländern beteiligt. Da können nationale und europäische Interessen durchaus konkurrieren. Wie läuft die Zusammenarbeit inhaltlich und technisch genau ab?

Ein Projekt mit so vielen Partnern aus so unterschiedlichen Ländern – Europa ist kulturell alles andere als homogen! – ist natürlich eine komplexe Angelegenheit. Wie bei einem Fernsehformat existiert eine alles bestimmende „Bibel“, die „Description of Work“, in der recht genau festgelegt ist, welche Partner welchen Beitrag wann leisten müssen. Rein technisch gesehen gibt es wie bei allen Europäischen Projekten ein Project Management Board, in dem die Leiter der unterschiedlichen Arbeitsbereiche, im Projekt-

jargon „Workpackages“, über den guten Verlauf des Projekts wachen. Das Projektmanagementboard von EUscreenXL berät sich alle drei Wochen online, trifft sich vier Mal im Jahr persönlich zu ausführlichen Beratungen und hält dann und wann Workshops und Konferenzen mit allen Partnern des Projekts ab. Durch die lange Projektgeschichte ist das Managementboard erfahren und eingespielt und löst die meisten Probleme in gutem Einvernehmen.

Nationale Interessen und europäische Zielsetzungen geraten vor allem bei Copyright-Fragen in Konflikt, ebenso können die Interessen der europäischen Open Access-Politik von Europeana.eu mit institutionellen oder nationalen Interessen der teilnehmenden Archive und Sammlungen in Konflikt geraten. Es wird immer deutlicher, dass audiovisuelles Erbe nicht nur kulturell wertvoll ist, sondern auch ökonomisch. Dazu kommt, dass mit der zunehmenden Bedeutung der Big Data auch der Wert von Metadaten steigt, so dass manche Partner zurückhaltender werden hinsichtlich Austausch und Zur-Verfügung-Stellen im europäischen Maßstab. Daneben gibt es natürlich – zum Glück – noch immer Mentalitätsunterschiede in Europa, und dann und wann kann das auch schon mal eine Rolle spielen in der internen Kommunikation.

Welche deutschen Einrichtungen sind beteiligt und welche Rolle spielen sie?

Im Moment ist nur ein Partner aus Deutschland am Projekt beteiligt, die Deutsche Welle. Sie ist ein sogenannter „Content Partner“, macht also audiovisuelle Bestände aus ihrem Archiv für das EUscreen-Portal zugänglich und steuert Metadatensätze der eigenen digitalen Sammlung für Europeana bei. Auf diesem Weg wird das digitale Archiv der Deutschen Welle für mehr Nutzer zugänglich, und manchmal finden auch Produzenten über EUscreen.eu oder in der Zukunft Europeana.eu Material, das sie in einer Produktion verwenden wollen. Zur Zeit sind keine weiteren deutschen Institutionen am Projekt beteiligt, obwohl lustiger Weise drei Deutsche, die für Partner in Griechenland, Großbritannien und den Niederlanden arbeiten, im Projektmanagementboard vertreten sind. Übrigens suchen wir andauernd neue Partner für das Projekt, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Eine Ausbreitung unseres Netzwerks ist eines der Ziele des laufenden Projekts bis Februar 2016.

Sehen Sie einen vernünftigen Grund dafür, dass sich die ARD-Anstalten, das DRA und das ZDF nicht beteiligen?

Offen gesagt: nein. Ich bin selbst erst seit zwei Jahren am Projekt beteiligt und kenne nicht alle Details der Geschichte des Projekts. Gestartet ist EUscreen als ein Netzwerk von Fernsehhistorikern, die sich zusammengeschlossen haben, um Fernsehgeschichte im europäischen Kontext, vergleichend und transnational zu schreiben. Zu der Gruppe der Gründungsmitglieder gehörten keine deutschen Fernsehwissenschaftler, und häufig sind persönliche Kontakte entscheidend für den Beginn einer Projektzusammenarbeit, zumal für transnationale Netzwerke. Aber es ist ausgesprochen schade, dass weder ARD noch ZDF am Projekt teilnehmen. Wie gesagt: Wir suchen andauernd neue Partner für's Projekt....

Wie viele Objekte sind derzeit verfügbar, und wie schnell wächst deren Zahl?

Auf unserem „eigenen“ Portal Euscreen.eu sind derzeit ca. 40.000 Fernsehsendungen, Filme, Videos und Fotos zugänglich. Das Portal wird Ende Oktober diesen Jahres ein neues Design bekommen, wird auch auf Tablets und Smartphones zu nutzen sein, mit einigen verbesserten und einigen neuen Funktionen. Von dem Moment an werden wir auch neue Objekte uploaden, zwischen 1.000 und 1.500 pro Monat, so dass am Ende der Laufzeit des Projekts im Februar 2016 ca. 60.000 Objekte auf dem Portal verfügbar sind. Gleichzeitig haben wir nach dem ersten Jahr des Projekts, in dem die nötige Technologie entwickelt wurde, begonnen, Metadaten von insgesamt einer Million Objekten nach Europeana.eu durchzuschleusen. Am Ende des Projekts können dann ca. eine Million vornehmlich audiovisuelle Objekte aus den Archiven und Sammlungen unserer Partner auf Europeana.eu gefunden werden. Die Suchfunktion auf unserem eigenen Portal soll so eingestellt werden können, dass bei Suchanfragen auf Euscreen.eu auch die Objekte auf Europeana.eu erfasst werden.

Gibt es urheberrechtliche Hindernisse?

Die urheberrechtlichen Probleme sind, wie schon angedeutet, groß. Archive und Sammlungen müssen die Rechte für Fernsehprogramme, Filme, Videos und Fotos oft je Einzelobjekt klären, und das ist vor allem für audiovisuelles Material komplex und zeitraubend, weil meistens mehrere Rechteinhaber beteiligt sind. Wir haben darum für diesen Förderungszeitraum lang laufende Programme und Serien ins Zentrum gestellt, für die die Rechte oft in einem Mal geklärt werden können. Ein weiteres Hindernis ist das sogenannte Geo-Blocking, mit dem vor allem unsere skandinavischen Partner zu tun haben: Sie haben zwar die Rechte für ihr nationales Online-Publikum, aber nicht für Nutzer aus anderen Ländern. Wenn man sich also beispielsweise auf einem Computer in Deutschland einloggt, kann man audiovisuelles Material des dänischen oder schwedischen Fernsehens nicht anschauen. Hier müssen politische Lösungen gefunden werden, und es gehört zu den Zielen und der Arbeit unseres Projekts, hier für die europäische Politik und Gesetzgebung Anstöße zu geben. Neuerdings wächst auch das Bewusstsein, dass Metadaten großen Wert haben, und die Bereitschaft einiger Partnerinstitutionen, die Metadaten ihrer digitalen Sammlungen Europeana.eu zur Verfügung zu stellen, droht zu sinken.

EUscreenXL ist Teil der virtuellen europäischen Bibliothek Europeana und bekommt Gelder von der Europäischen Union. Wer finanziert den Rest?

EUscreenXL ist ein Best Practice Network, das von der Europäischen Kommission gefördert wird, mit dem Auftrag, Europeana zuzuarbeiten. Formell gesehen sind wir kein Teil von Europeana, aber die Zusammenarbeit verläuft immer enger und besser. EUscreenXL ist der sogenannte Domain Aggregator für Europeana auf dem Gebiet von audiovisuellem kulturellem Erbe. Die Europäische Union trägt derzeit 80 Prozent aller Kosten, den Rest steuern die Projektpartner aus ihren eigenen Budgets bei, größtenteils in Sachleistungen. Für einige Projektpartner konnte so in den vorangegangenen Förderperioden mit der Digitalisierung der Bestände begonnen werden, und das war für sie natürlich ausgesprochen attraktiv. Und das Durchschleusen der Metadaten an

Europeana.eu wird über kurz oder lang dazu führen, dass die digitalen Bestände häufiger und hoffentlich auch über die Grenzen des eigenen Landes hinaus genutzt werden.

Sie sind seit anderthalb Jahren Projektkoordinator. Was fanden Sie in dieser Zeit besonders geglückt? Und was ärgert Sie besonders?

Ich bin besonders froh darüber, dass wir im Oktober unser neues, dynamisches Portal werden präsentieren können, das ein nicht-wissenschaftliches Publikum viel besser ansprechen wird. Hinter den Kulissen wird daran intensiv und nicht immer ohne Meinungsverschiedenheiten gearbeitet. Aber mit dem Ziel vor Augen finden die beteiligten Partner immer wieder gute Lösungen für Probleme. Mich ärgert, dass so ein Projekt abhängig von allerlei politischen, ökonomischen und institutionellen Entwicklungen ist und dass mit der ökonomischen Krise bei manchen Partnerinstitutionen der europäische Gedanke gelitten hat. Das Archiv des griechischen Fernsehens ist zusammen mit dem Griechischen Fernsehen schlicht geschlossen worden (wir verhandeln jetzt mit der Nachfolgeorganisation NERIT über eine Fortsetzung der Zusammenarbeit), in Belgien hat der Flämische Rundfunk beschlossen, die Zusammenarbeit aus Kostengründen zu beenden und große Teile der Archivbestände einer Stiftung übertragen, die wegen der ausbleibenden Regierungsbildung in Belgien noch kein Mandat hat, über eine Zusammenarbeit zu entscheiden. Bei anderen ehemaligen Partnern haben personelle Wechsel dazu geführt, dass Archive ihre Zusammenarbeit mit dem laufenden Projekt nicht fortgesetzt haben. Das ärgerlichste ist, dass öffentlich-rechtliche Fernsehanstalten bei Sparmaßnahmen oft mit ihren Archiven beginnen und die europäische Zusammenarbeit in Frage stellen.

In welchem Umfang wird EUScreen genutzt, und was wissen Sie über die Nutzer?

Für unser eigenes Portal Euscreen.eu haben wir durch die Möglichkeiten, die Google Analytics bietet, ein recht genaues Bild über Nutzerströme. Im Schnitt haben wir ca. 35.000 individuelle Zugriffe auf das Portal im Monat, wobei 80 Prozent neue und 20 Prozent wiederkehrende Besucher sind. Die meisten Nutzer kommen über die Google-Suche und soziale Medien zu uns, ein wachsender Teil auch via Europeana. Diese Nutzer interessieren sich für Videos, die sie auf Europeana gefunden haben oder auf die sie durch Suchmaschinen oder soziale Medien aufmerksam geworden sind. Auffällig ist, dass ein großer Teil der Besucher Sendungen, Filme und Videos aus dem eigenen Land bevorzugt. Oft hat das natürlich auch schlicht mit der Sprache eines Programms zu tun. Wir bieten zwar englischsprachige Zusammenfassungen an, aber wir haben im Projekt keine ausreichenden Ressourcen für Übersetzung und Untertitelung. Wir haben die Möglichkeiten automatischer Übersetzung untersucht und auch mit Experten auf dem Gebiet der Crowd-Untertitelung gesprochen. Die Möglichkeiten sind mittlerweile recht gut, im Rahmen des laufenden Projekts wird es aber leider bei einigen Pilots bleiben müssen.

Im Portal findet man nur Ausschnitte und Clips. Was bringt das dem Forscher?

Ich denke, dass dies ein Missverständnis ist. Im Portal sind vorwiegend komplette Sendungen oder Folgen von Serien zu finden. Clips und Fragmente sind häufig Beiträge

aus Nachrichten- und Magazinsendungen, die für sich genommen thematisch oder historisch interessant sind. In der ersten Projektphase hat EUscreen.eu Programm, Filme, Videos und anderes Material zu bestimmten politischen, sozialen und kulturellen Themen zugänglich gemacht, zum Beispiel zu Krieg und Konflikten, Arbeit und Produktion, Umwelt und Natur, Lifestyle, Erziehung, aber auch zur Geschichte des Fernsehens oder anderer Medien.

Im laufenden Förderzeitraum richten wir uns vor allem auf länger laufende Non-Fiction-Serien wie politische oder Kultur-Magazine. Ziel ist, möglichst viele Quellen zu vergleichbaren Themen im Portal zu präsentieren. Forscher können dann Quellen für vergleichende kultur- und medienhistorische Forschung finden. Sicherlich sind im Zeitalter der Big Data 60.000 Quellen aus ganz Europa nur ein sehr begrenzter Ausschnitt, aber über die Ausweitung unserer Suchmaschine über Europeana und andere öffentlich zugängliche Datenbanken hoffen wir, gegen Ende des laufenden Projekts den Zugriff auf viel umfassendere audiovisuelle Quellenbestände zu ermöglichen. Und wir sollten nicht vergessen, dass die meisten Forscher an Hochschulen und Universitäten lehren. Für den Lehrbetrieb ist Euscreen.eu eine hervorragende Quelle.

Das Projekt ist derzeit bis 2016 geplant. Wie kann es dann weiter gehen?

Das ist natürlich abhängig von der europäischen Politik, der Weiterentwicklung der europäischen ICT-Agenda und welche Rolle Europeana in diesen Plänen spielen wird. Als Aggregator für die audiovisuelle Domäne kann EUscreen dabei eine wichtige Funktion haben. Zudem haben wir die EUscreen-Stiftung ins Leben gerufen, um dafür Sorge zu tragen, dass unser Portal auch nach einem möglichen Ende europäischer Förderung weiter existieren kann. Zudem haben die Projektpartner in den letzten zwölf Jahren viel Knowhow auf dem Gebiet von Digitalisierung, Kontextualisierung und Gebrauch audiovisuellen kulturellen Erbes in Europa aufgebaut, das wir weiter zur Verfügung stellen wollen.

Interview: Margarete Keilacker

Thema:

**Deutsch-deutsch und international –
Rundfunk im Kalten Krieg**

„...was machen unsere West-Kollegen?“

Heinz Adameck (†) im Gespräch

Im Rahmen des DFG-Projektes „Programmgeschichte des DDR-Fernsehens“ führten Rüdiger Steinmetz und Tilo Prase (†) von der Universität Leipzig am 15. September 2005 mit dem ehemaligen Vorsitzenden des Staatlichen Komitees für Fernsehen der DDR, Heinz Adameck¹, ein mehrstündiges, bislang unveröffentlichtes Zeitzeugengespräch², aus dem hier Passagen zu den Beziehungen zwischen dem DDR-Fernsehen und dem Fernsehen der Bundesrepublik Deutschland wiedergegeben werden.

Tilo Prase: Zu einem anderen Fragekomplex überhaupt, zum Verhältnis zur Bundesrepublik beziehungsweise zum BRD-Fernsehen. Vielleicht zum Grundsätzlichen, welche Konsequenzen hat denn überhaupt die Grundsituation des DDR-Fernsehens gehabt, immer im Wettbewerb mit dem BRD-Fernsehen zu stehen?

Heinz Adameck: Die Frage, die Sie da gestellt haben, heißt ja auch, ob das offiziell thematisiert worden ist. Das ist nie passiert. Das war aber auch nicht nötig. Alle Leiter, die an meinem Tisch saßen, die kannten das Westfernsehen von vorne bis hinten. Also es war natürlich so, dass das BRD-Fernsehen seinem System gedient hat. Und wir unserem System. So wurden auch die Pläne angelegt. Aber im Hinterkopf hatte jeder: Wird das in einer Auseinandersetzung mit dem BRD-Fernsehen Bestand haben? Ja oder nein?

Also ich kann wirklich klar sagen, es hat eine Riesenrolle gespielt, ist immer präsent gewesen, jeder wusste das und jeder hat sich indirekt danach gerichtet. Es ging gar nicht anders. Das fing schon mit dem Eröffnungstermin³ an und da wurde alles ausgenutzt, bis zum Schluss. Da haben wir zum Beispiel auch Leo Kirch benutzt.⁴

Rüdiger Steinmetz: Inwiefern?

Adameck: Der hat uns benutzt als Prellbock für das BRD-Fernsehen – wenn ihr den Film nicht kauft, biete ich den im Osten an. Das tat er auch.

Prase: Ich will noch mal auf die Thematisierung im Komitee zurück. Auf der einen Seite finden sich viele Unterlagen, die das BRD-Fernsehen ganz intensiv auswerteten, es gibt ganz viele Unterlagen zur technischen Basis des BRD-Fernsehens. Also mit anderen Worten: Auf der einen Seite eine ganz intensive Beschäftigung damit, viele Papiere, und dann sagen Sie, es wurde eigentlich nicht thematisiert. Das würde heißen, es wurde nie richtig besprochen, problematisiert?

.....

¹ Heinrich (Heinz) Adameck, geboren am 21. Dezember 1921 in Silberhausen, Landkreis Mühlhausen in Thüringen, ab 1951 Mitarbeiter der Generalintendanz des Rundfunks und Leiter der Kaderabteilung, ab 1952 Mitglied des Staatlichen Rundfunkkomitees, von 1954 bis 1956 Intendant des Fernsehentrums, 1956 bis 1968 Intendant des Deutschen Fernsehfunks (DFF), 1959 bis 1968 stellvertretender Vorsitzender des Staatlichen Rundfunkkomitees, 1968-1989 Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Fernsehen. Außerdem war Adameck von 1963 bis 1989 Mitglied des ZK der SED und 1971 bis 1989 Mitglied der Agitationskommission beim Politbüro. Er starb am 23. Dezember 2010 im Alter von 89 Jahren.

² Die anderen Teile des Interviews wird „Rundfunk und Geschichte“ in künftigen Ausgaben sukzessiv publizieren.

³ Den damals prestigeträchtigen Wettlauf um den Sendestart gewann das Fernsehen der DDR, denn der Programmauftakt des offiziellen Versuchsbetriebs am 21. Dezember 1952 lag vier Tage vor dem Sendebeginn des Nordwestdeutschen Rundfunk.

⁴ Leo Kirch (1926-2011) gründete 1955 einen Filmverleih, den er schrittweise zur Kirch-Gruppe, einem der größten deutschen Medienkonzerne, ausbaute.

Adameck: Es gab keine Tagesordnungspunkte derart. Aber besprochen wurde das schon. Wie ist die Produktivität da, wie ist sie bei uns. Das war in Fleisch und Blut übergegangen. Bis auf Dresden haben ja alle das Westprogramm gesehen. Wobei das beidseitig war. Wir haben alles mitgeschnitten, Hauptnutznießler war Schnitzler⁵, die ZK-Abteilungen aber auch und die Spitze haben sich da bedient. Und wenn Bonn eine Sendung haben wollte, dann hatten sie auch einen riesigen Komplex in Bonn oder Köln ...

Steinmetz: In Hannover.

Adameck: ... wo alles mitgeschnitten wurde, was die Ministerien in Bonn abfordern konnten und das haben sie auch fleißig getan.

Prase: Wollten Sie nicht auch mal Westwerbung machen?

Adameck: Wir waren ja immer mit moderner Technik unterbilanziert. RTL-Chef Prof. Thoma⁶ wollte in den Zeiten, wo wir nicht senden, Westwerbung über die Grenzsender Brocken und Inselsberg ausstrahlen, für 100 Millionen DM. Schürer war einverstanden.⁷

Steinmetz: Wirklich? Das wollte Schürer machen?

Adameck: Prof. Thoma wollte das, und ich hatte ja Schürer dafür gewonnen. Dann hatte Thoma es fast geschafft, dass während der Leipziger Messe der Leipziger Sender wenigstens Westwerbung ausstrahlen sollte. Unsere Begründung war, die Leute wissen doch sowieso Bescheid, was es im Westen zu kaufen gibt.

Steinmetz: Wobei die Werbung offenkundig bei vielen DDR-Zuschauern das Bild von der Bundesrepublik prägte.

Adameck: Wir haben vorhin darüber gesprochen, etwa 50 Leute sind bei mir weggeblieben von Tausend.⁸ Die zurück kamen, waren ja zum Teil auch desillusioniert.

Steinmetz: War diese Orientierung am Westen also durchgängig im Bezug auf Programmformate, politische Magazine wie zum Beispiel „Prisma“?

Adameck: Die Leute haben das geguckt. Auch die Führung.

Steinmetz: Also würden Sie sagen, dass die Etablierung von „Prisma“ beispielsweise eine Reaktion auf die westlichen Politmagazine war?

Adameck: Nein, das würde ich nicht sagen. Es war ein eigenes Produkt, eine eigene Entwicklung. Aber es lief natürlich unter dem Gesichtspunkt – was machen unsere West-Kollegen?

.....

⁵ Karl-Eduard von Schnitzler (1918-2001) verwendete dieses Material hauptsächlich in seiner Funktion als Autor und Moderator des „Schwarzen Kanals“.

⁶ Helmut Thoma (geb. 1939) erhielt den Berufstitel Professor 1995 durch den österreichischen Bundespräsidenten.

⁷ Gerhard Schürer (1921-2010) war von 1965 bis 1989 Vorsitzender der Staatlichen Plankommission beim Ministerrat der DDR und bestimmte maßgeblich das Wirtschaftsgeschehen in der DDR.

⁸ An anderer Stelle berichtet Adameck hierzu folgendes: „Da gab es Anfang der 80er Jahre einen Beschluss, dass mehr Leute in den Westen fahren können. Das musste allerdings der Betriebsleiter verantworten. Also ich habe etwa in einem Jahr 1.000 Leute fahren lassen. Davon sind ganz wenige weggeblieben. Und daraufhin hatte Naumann in der Parteiorganisation des Fernsehens eine Untersuchung angestellt und behauptet, das Fernsehen wäre nicht sicher. Und dann kam Raddatz mit zehn Mann.“ Konrad Naumann (1928-1992) war von 1971 bis 1985 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Berlin und 1976 bis 1985 Mitglied des Politbüros des ZK der SED, Klaus Raddatz (geb. 1932) war von 1977 bis 1984 stellvertretender Leiter der Abteilung Agitation des ZK der SED und 1984 bis 1989 stellvertretender Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Fernsehen.

Steinmetz: Und andere Formate, also Fernsehspiel, Unterhaltungsformate?

Adameck: Na ja, wissen Sie, gegenüber dem BRD-Fernsehen waren wir besser im Sport, waren wir besser im Kinderfernsehen und besser in Literaturverfilmungen. Viele dieser Sendungen haben die BRD-Sender auch gekauft. Als wir in den 80er Jahren „Sachsens Glanz und Preußens Gloria“ an die ARD verkauft haben, da schrieb die „Frankfurter Allgemeine“ eine Kolumne mit der Überschrift: „Dank an Adameck“.

Steinmetz: Bei den „Lebensläufen“ von Winfried Junge war es dann aber umgekehrt, die hat er ja zuerst im Westen gebracht, ich glaub '82.

Adameck: Ja, kann ich mich jetzt nicht erinnern. Bei „Golzow“ ...

Steinmetz: „Die Kinder von Golzow“.

Adameck: Das war von der DEFA – und deren Absicht war Devisen. Wir haben da ja auch nicht anders gehandelt.

DDR-Fernsehen als Kontrastprogramm?

Prase: Vielleicht zum Gesamtverständnis. Als was verstand sich denn das DDR-Fernsehen in punkto bundesdeutsches Fernsehen – als eine Art Kontrastprogramm?

Adameck: Nein, dazu waren wir weder geeignet, noch in der Lage. Sondern wir haben gesagt, dass wir nicht alles können und auch nicht alles wollen. Auch die Auswüchse nicht. Wir müssen auf Substanz setzen. Das ist eigentlich bis heute hängen geblieben. Wenn ich jetzt Schauspieler oder Regisseure treffe, dann schwärmen natürlich alle noch von dieser Zeit. Auch wie wir produziert haben. Ich glaube, wir haben bestimmt bei den Literaturverfilmungen, für die Verbreitung von Weltliteratur, von Fontane, Feuchtwanger, Seghers und anderen, eine Menge getan.

Prase: Würde das heißen, dass das DDR-Fernsehen den Wettbewerb nur in bestimmten Feldern aufnahm? Und bei anderen dann halt auswich oder sagte, da stellen wir uns dieser Konkurrenz gar nicht.

Adameck: Das hätte gar keinen Sinn gehabt. Sagen wir mal, ein kritisches Magazin, wie „Kennzeichen D“, „Panorama“ oder „Monitor“ – da wussten wir, das geht nicht, das kriegen wir weder durch, noch war das in unseren Köpfen. Das muss man auch ehrlich sagen.

Prase: Man findet ja oft in den Unterlagen zugespitzte Begriffe wie „ideologische Diversion“. Zum Beispiel: Das BRD-Fernsehen betreibe „ideologische Diversion“. Das kam relativ häufig vor. Waren solche Beschreibungen oder solche Bewertungen überhaupt nutzbar für die Programmpolitik? Wo wurden die benutzt?

Adameck: Nein. Die wurden nur benutzt, um sich selbst zu beruhigen. Die Zuschauer haben das nicht akzeptiert, und das wussten wir auch. Vielleicht hat es die Führung so gesehen, aber die Fernsehmitarbeiter nicht.

Prase: Das wäre dann die Nachfrage gewesen. Aber Sie würden wenigstens einigen zubilligen, dass so tatsächlich die Gesamteinschätzung des BRD-Fernsehens von Seiten der Führungsspitze gewesen ist?

Adameck: Ja, das ist so gewesen. Die Spitze hat ja auch viel gesehen und wenn sie nicht gesehen hat, dann ...

Steinmetz: ... hat sie sehen lassen.

Adameck: Ja.

Zuschauerforschung

Steinmetz: Wenn Sie da einmal noch etwas dazu sagen könnten: Wie stark hat die Zuschauerforschung, also sowohl hinsichtlich Ihres Programms wie auch in Bezug auf den Westen, Ihre Programmplanung und Programmentscheidung beeinflusst? Wann hat das eine Bedeutung bekommen, wann ist, nicht jetzt die Einschaltquote, aber wann ist das für Sie eine wichtige Größe geworden?

Adameck: Eigentlich durchweg, immer. Die Zuschauerzahlen wurden unnötiger Weise nicht veröffentlicht. Natürlich war bekannt, dass die „Aktuelle Kamera“ höchstens zehn Prozent zum Schluss noch hatte. Andere Gewichte hatten Zahlen, da konnte das BRD-Fernsehen nicht mithalten, so zum Beispiel bei den großen dramatischen Serien und Fernsehromanen. Bei der Unterhaltung hatten wir eben nur einige Gewichte – den „Kessel“, „Showkolade“, „Da liegt Musike drin“, „Alles singt“. Zum Teil hat natürlich die Mannschaft in der BRD abgeguckt, aber die BRD-Mannschaft hat auch bei uns abgeguckt. Es gibt doch den berühmten Produzenten Rademann, der im ZDF „Traumschiff“ und die Arztserie „Schwarzwaldklinik“ produziert.⁹ Die Anregung fürs Traumschiff, so Rademann, bekam er durch das DDR-Fernsehen. Er hat die Serie „Zur See“ gesehen und sich gesagt, die können nur mit dem Frachtschiff so was machen. Sie können ja nicht die Leute reisen lassen. Ich mach das mit Reisen. Und die Anregung für „Schwarzwaldklinik“ hat er von der tschechischen Serie „Das Krankenhaus am Rande der Stadt“ bekommen. Die Tschechen waren übrigens die Tollsten auf dem Seriengebiet.

Steinmetz: Ich würde gerne noch an der Frage Zuschauerforschung weiterstricken.

Adameck: Ja, die gab es und die war bekannt im Haus.

Steinmetz: Also die haben am nächsten Tag sich das angeguckt und die Bewertungen bekommen.

Adameck: Wir kannten die ganze Skala der Zuschauerforschung.

Steinmetz: Also auch vom Westen?

Adameck: Auch vom Westen. Ich kannte sie, auf jeden Fall.

Steinmetz: Und da hat sich dann noch einmal etwas verändert, durch das duale Rundfunksystem am Anfang der 80er Jahre, ab 1984? Ist dadurch Ihre alternative Programmstruktur beeinflusst gewesen?

Adameck: Wir haben ja gar nicht reagieren können. Aber RTL hat natürlich damals in der DDR mit Krimiserien eingeschlagen wie ein Blitz.

.....

⁹ Zu den erfolgreichsten Sendungen des Produzenten Wolfgang Rademann (geb. 1934) gehören die ZDF-Reihe „Das Traumschiff“ (seit 1981) und die ZDF-Arztserie „Die Schwarzwaldklinik“ (1985–1989).

Steinmetz: Und haben Sie darauf reagiert?

Adameck: Nein, das hatte doch keinen Sinn mehr.

Steinmetz: Aber diese alternative Programmstruktur ist 1982/83 eingeführt worden und hat dann im Laufe der Zeit gegriffen, hatte das mit der Kommerzialisierung im Westen nichts zu tun?

Adameck: Nein, damit hat das nichts zu tun. Wir hätten ja auch nicht mithalten können. Wir konnten das gar nicht.

Ost-West-Verhältnis hat wachgehalten

Steinmetz: Womit hatte das denn zu tun?

Adameck: Wir merkten, dass wir mit bestimmten Serien zum Beispiel „Rentner haben niemals Zeit“ und der Serie „Zur See“ Erfolg hatten. Das waren Eigenerkenntnisse mit dem Wissen um die Art und Weise, wie die BRD-Leute das machen.

Steinmetz: Aber das hat doch ziemlich starke Eingriffe bedeutet, da sind internationale Spielfilme ins Programm gekommen, ab 82/83. Dokumentarprogramme sind zurückgefahren worden, ins zweite Programm oder auf spätere Zeiten verlagert worden – also im Grunde der klassische Prozess, wie er auch im Westen, ein bisschen früher, stattgefunden hat.

Adameck: So unterschiedlich haben sich die Gesellschaften, wie immer behauptet wird, zwischen Ost und West ja nicht entwickelt. Wir mussten natürlich zwangsläufig auf die selben Ideen kommen. Manches war auch abgekupfert, da bin ich mir völlig im Klaren. Selbst wenn wir keine Anweisungen gegeben haben – in den Köpfen der Mitarbeiter war ja immer das Ost-West-Verhältnis.

Prase: Von der Führungsspitze wurde dem bundesdeutschen Fernsehen relativ großer Einfluss zugebilligt, welchen tatsächlichen Einfluss hatte denn das bundesdeutsche Fernsehen auf die DDR-Zuschauer bzw. auf die Programmentwicklung des eigenen Fernsehens?

Adameck: Meiner Meinung nach einen großen. Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss gab es da, verknüpft mit der Illusion, dass im Westen alles so wie gezeigt ist. Und wenn du morgen da hinkommst, auch alles gleich hast. Also diese Illusion ist schon erzeugt worden.

Prase: Sie beziehen das jetzt auf das verbreitete Bild der Bundesrepublik, auf die Selbstdarstellung?

Adameck: Also vor allen Dingen die Konsumgesellschaft. Das war unsere schwächste Stelle. Wenn Sie keine Bananen haben, und in der BRD ist das selbstverständlich, kriegen sie Ärger. Bevor Lothar Bisky¹⁰ die Hochschule für Film und Fernsehen übernahm, hatte er im Jugendforschungsinstitut in Leipzig Untersuchungen für uns durchgeführt.

.....

¹⁰ Lothar Bisky (1941-2013) war von 1986 bis 1990 Rektor der „Hochschule für Film und Fernsehen Konrad Wolf“ in Potsdam-Babelsberg.

Aus denen ging hervor, dass wir zum Beispiel bei Beabsendungen hoffnungslos unterlegen waren.

Steinmetz: Sie haben also gemerkt, Sie würden die Jugend verlieren, wenn Sie da nicht aktiv werden?

Adameck: Die Gründerin von „Elf 99“ war übrigens Margot Honecker. Sie und nicht die FDJ, wie es heute immer heißt.

Prase: Sie haben mit Gewissheit auch viele internationale Programme gesehen, würden Sie zu der Einschätzung kommen, dass dieses Konkurrenzverhältnis für beide Fernsehsysteme förderlich war?

Adameck: Ja, eindeutig. Lapin¹¹ hat mir mal gestanden, es ist schade, dass wir kein West-Moskau haben. Moskau hat sich so richtig langweilig ausgebreitet. Das konnten wir nicht. Nein, das hat uns schon wach gehalten, das Ost-West-Verhältnis.

Prase: Und auf den DDR-Zuschauer bezogen – ergab der Konsum des bundesdeutschen Fernsehens, vielleicht im Sinne von therapeutischem Moment, dass die DDR-Bürger auch länger hier gehalten wurden? Dass sie nicht nur im Alltag des Sozialismus gelebt haben, sondern ein Stückchen geistige Fluchtmöglichkeit hatten und ein Stück Westen zu Hause konsumieren konnten?

Adameck: Ganz bestimmt war das so.

Steinmetz: Also deutsche Einheit auf Umwegen?

Adameck: Die DDR-Zuschauer haben alles, was wir nicht liefern konnten, sich ran geholt. Aber in Westberlin, in Hamburg, in Hannover bis runter nach Nürnberg, bis an die Porta Westfalica heran konnte man auch uns sehen. Die Westzuschauer haben sich auch das herausgepickt, was sie bei sich nicht kriegten. Und wir müssen mit dem Wettbewerb ja auch relativ gut zurecht gekommen sein, sonst würden DDR-Sendungen heute nicht so viel wiederholt werden. Leider kriegen die Künstler nichts dafür.

Informationen über Programmplanung

Steinmetz: Ich würde gerne noch eine Frage an Sie richten, zu Ihrer Information über das westdeutsche Fernsehprogramm, über die Programmplanung. In dieser Konkurrenzsituation war es doch ungeheuer wichtig, zu wissen, wie laufen die Programmplanungen. Hatten Sie da Informationen aus offiziellen oder inoffiziellen Quellen und, was wir vorhin auch schon hatten, die Programmdateien?

Adameck: Mir war nur zugänglich, was die Fernsehanstalten veröffentlicht oder intern verschickt haben. Also wir hatten die Rundfunk- und Fernsehzeitschriften vier Wochen vorher. Wir mussten unser Programm im Gegenzug an die Westzeitschriften geben. Das war aber ein Patt, bei dem man fast nicht mehr reagieren konnte.

Steinmetz: Ja eben, das ist ja die kurzfristige Programmplanung. Aber sagen wir, die mittelfristige – wenn man sagt oder erfährt, das Westfernsehen plant jetzt in ein, zwei

.....
¹¹ Sergej Georgijewitsch Lapin (1912-1990) war von 1970 bis 1985 Vorsitzender des sowjetischen Staatskomitees für Fernsehen und Rundfunk.

Jahren das und das. Oder eine große Serie oder einen großen Schwerpunkt – haben Sie solche Informationen aus internen Quellen, aus der ARD oder dem ZDF bekommen?

Adameck: Nein, leider nicht. Mielke¹² hätte das vielleicht besorgen sollen, hat er aber nicht.

Steinmetz: Hat er aber doch gemacht.

Adameck: Mir war das nicht zugänglich. Ich weiß, solche Informationen hatte Heinz Geggel.¹³

Steinmetz: Der Programmaustausch hatte das durchaus auch, also der Programmverkauf. Ich weiß, aus Quellen im Bundesarchiv für die Stasi-Unterlagen, dass dort in der ARD-Programmdirektion Anfang der 80er Jahre jemand saß, der Sie mit solchen Informationen versorgt hat.

Adameck: Also mich auf keinen Fall.

Steinmetz: Also Sie haben diese Informationen nicht gehabt?

Adameck: Ich weiß, dass Geggel solche Sachen ab und zu auf seinem Tisch hatte, die muss er da über diesen Weg gekriegt haben, und ich nehme an, dass der Seidowsky¹⁴ ...

Steinmetz: Genau, das waren Seidowsky und die entsprechende Mitarbeiterin in der ARD-Programmdirektion.

Adameck: Seidowsky hat mir das, aus welchem Grund auch immer, nicht zugänglich gemacht. Und es hätte uns auch nicht viel genützt.

Prase: Auch nicht im Sinne von zusammengefassten, perspektivischen Entwicklungen, wenigstens im Sinne von strategischen Zusammenfassungen, wo das BRD-Fernsehen hingehet?

Adameck: Nein, ich hatte eine Menge Informationen durch die Kontakte, die es trotz der Systemunterschiede gab. Wir haben uns auf internationalen Konferenzen getroffen und uns zusammengetan im Sport, damit das nicht so teuer wurde. Ich war eine Weile der Chef der Intervision und Herr Beckmann¹⁵ aus Frankfurt am Main vertrat die Eurovision und wir haben uns natürlich ausgetauscht und untereinander auch zusammengewirkt.¹⁶ Oder der erste Vertrag zwischen Intervision und Eurovision, dass man Konzerte übertragen kann, täglicher Austausch von Aktualitäten, das wurde da alles beschlossen. Da hat man natürlich auch diskutiert und erzählt, was man machen will und was man vorhat. Es war ja genug Öffentlichkeit auf dem Markt.

Steinmetz: Also Sie haben das ausgewertet oder auswerten lassen?

.....

¹² Erich Mielke (1907-2000) leitete von 1957 bis 1989 das Ministerium für Staatssicherheit.

¹³ Heinz Geggel (1921-2000) war von 1973 bis 1989 Leiter der Abteilung Agitation des ZK der SED.

¹⁴ Hans-Joachim Seidowsky (geb. 1932) war u.a. ab 1984 Leiter der Hauptabteilung „Internationaler Programmaustausch“ und der Stellvertreter Adamecks.

¹⁵ Eberhard Beckmann (1905-1962) war der erste Intendant des Hessischen Rundfunks (1946 bis 1962).

¹⁶ Der Programmaustausch war institutionalisiert durch die Intervision (sozialistische Länder, Gründung 1960) und die Eurovision (Westeuropa, Gründung 1954).

Adameck: Ja, das hat die Programmdirektion oder die Programmplanung ausgewertet.

Steinmetz: Und wenn wir jetzt mal zu dem Offiziellen, also zu den Verträgen kommen mit der ARD und dem ZDF, also Mitte der 80er Jahre, vor dem Honecker-Besuch. War das sozusagen der Aufhänger dafür, dass Sie gesagt haben, anderthalb Jahre oder zwei Jahre vorher oder ein Jahr vorher.

Adameck: Nein, eigentlich hatte das im höchst praktischen Sinne angefangen. Das hatte nicht so einen theoretischen Sinn. Da wurde dann sanktioniert, was es schon gab. Und mir war das sehr lieb. Dass sie uns zu ihren Vorführungen der kommenden Programme eingeladen haben und auch die BRD-Anstalten waren bei uns aufgetreten. Die Vorführungen fanden immer in Weimar statt, im Hotel Elefant. Die Medien-Vertreter haben auch manches von uns gekauft.

Kooperationen

Steinmetz: Das war in den 80er Jahren sozusagen eine Notwendigkeit.

Adameck: Notwendigkeit und gang und gäbe.

Steinmetz: Das kollidierte ja im Grunde mit der großen Politik, die ja da Anfang der 80er Jahre gerade noch einmal in die kalte Kriegsphase eintrat.

Adameck: Nein, das ist nie abgerissen. Das hätten wir uns auch gar nicht leisten können. Und wollten wir auch nicht.

Prase: Das heißt, dass eine Programmfarbe oder ein großes Paket im Programm immer schon mit Blick auf internationale Verkaufsfähigkeit produziert wurde?

Adameck: Also direkt in der Planung – das könnte man auch verkaufen – nein. Aber wenn die Programme fertig waren, ist überlegt worden, was kann man in dieser Vorführung zeigen. Was könnte interessieren und was nicht? Und da ist auch eine Menge übernommen worden.

Steinmetz: Würden Sie zwischen ARD und ZDF eine Unterscheidung machen, hinsichtlich der Intensität der Kooperation?

Adameck: Also vom Umfang her war es auf der Programmebene intensiver mit der ARD.

Steinmetz: Ja, hatte ich auch den Eindruck.

Adameck: Und vom persönlichen Kontakt her, gesprächsfreudiger war es mit dem ZDF, mit Prof. Stolte.¹⁷

Steinmetz: Wir haben ja vorhin über Nowotny gesprochen, der ist ja doch auch sehr intensiv gereist, auch privat in der DDR.¹⁸

.....
17 Dieter Stolte (geb. 1934) war von 1982 bis 2002 Intendant des ZDF.

18 Gemeint ist Friedrich Nowotny, der bis 1985 die ARD-Sendung „Bericht aus Bonn“ moderierte und dann WDR-Intendant wurde. Adameck erzählt zu Nowotny: „Honecker, das wusste ich von Günther Mittag, sah hauptsächlich Nachrichten und politische Magazine aus Ost und West. Den Moderator vom ‚Bericht aus Bonn‘, Friedrich Nowotny, hat er sehr geschätzt, so erklärt sich die beinahe herzliche Begrüßung Nowotnys durch Honecker beim Besuch Helmut Schmidts auf Schloss Hubertusstock. Honecker war so von der Parlamentsberichterstattung Nowotnys angetan, dass er davon Breschnew in Moskau vorschwärmte. Breschnew gab sogar seinem Fernsehen den Auftrag, so etwas ähnliches auch bei der Berichterstattung aus dem Obersten Sowjet einzuführen.“

Adameck: Ja, es waren fast alle Intendanten hier.

Steinmetz: Wie hat man sich die Atmosphäre, wenn Sie mit denen zusammen saßen, und auch sehr gut gespeist und getrunken haben, vorzustellen?

Adameck: Sehr offen, ohne Schwierigkeiten auszuklammern.

Steinmetz: Also, Sie haben mit denen auch über eigene Probleme gesprochen?

Adameck: Prof. Stolte schlug zum Beispiel vor, wie schon erwähnt, ich stelle den Löwenthal ein, und dann hat er gleich den nützlichen Zweck damit verbunden, dann können Sie den Schnitzler auch weg nehmen.¹⁹ Also das wurde ziemlich offen besprochen.

Steinmetz: Und dann, Ende 1988, Anfang 89 war es ja ein bisschen brisant, weil dann die Westkorrespondenten berichtet haben, über die Rosa-Luxemburg-Demonstration zum Beispiel. Richter als Auslandskorrespondent und andere waren da ein bisschen auf dem Kieker, sozusagen.²⁰ Das haben Sie dem ARD-Programmdirektor Schwarzkopf auch sehr deutlich gesagt, passt auf, hört da auf.²¹ War das eine Pflichtübung oder?

Adameck: Nein, das war nur ein Rat. Denn wir hatten damit Gott sei Dank nichts zu tun. Ich habe früher da immer gehadert, jetzt bin ich froh. Diese ganze Genehmigungsarie lief alles über das Außenministerium. Die BRD-Korrespondenten bedauerten das immer etwas. Sie meinten, wenn wir mit euch zu tun hätten, könnte man vielleicht mehr machen und nicht so unter Kuratel stehen. Manche haben es auch darauf angelegt, aufzufallen. Aber das zählt zu den Dingen, wo man heute weiß, dass das alles falsch war.

Steinmetz: Falsch inwiefern?

Adameck: Na, was da veranstaltet wurde, wenn Leute mit einer anderen Meinung kamen, gleich zuzuschlagen – das haben wir untereinander immer diskutiert, ob das nötig ist.

Lange Amtszeit

Prase: Herr Adameck, abgesehen von vielleicht diesem oder jenem Fleckchen auf der Erde waren Sie der am längsten amtierende Fernsehintendant der Welt, wie erklären Sie sich Ihre lange Amtszeit?

Adameck: Ein Grund ist ganz bestimmt, dass ich von Anfang an Intendant in Adlershof gewesen bin. Ich konnte in aller Ruhe Mannschaft und Programm aufbauen. Aber der Hauptgrund bestand ganz bestimmt darin, dass unter meiner Leitung hochtalentiertere und hochmotivierte Fernsenteams entstanden sind. Ihrer Kreativität und Arbeitsfreude sind die Sternstunden des Deutschen Fernsehfunks zu verdanken. Vor dieser Leistung verneige ich mich heute noch.

.....
¹⁹ Gerhard Löwenthal (1922-2002) leitete und moderierte von 1969 bis 1987 das „ZDF-Magazin“. In diesem Zusammenhang sagt Adameck an anderer Stelle: „Ich hatte lange Verhandlungen mit ARD und ZDF, wir mussten einen Vertrag abschließen, und ich habe auch Interviews für beide Anstalten gegeben. Prof. Stolte sagte bei dieser Gelegenheit, können wir denn nicht ein bisschen vernünftig miteinander umgehen. Das war ehrlich gemeint. Er hatte vorgeschlagen, wir stellen den Löwenthal ein und ihr hört mit dem Schnitzler auf. Aber die Mehrheit in der Spitze war dagegen. Honecker hatte dazu geneigt, zumindest in dieser Form, mit der Polemik aufzuhören. Weil das nicht ankam.“

²⁰ Claus Richter (geb. 1948) war von 1987 bis 1990 ARD-Korrespondent und Studioleiter in Ost-Berlin.

²¹ Dietrich Schwarzkopf (geb. 1927) wurde 1966 Programmdirektor und 1974 Stellvertretender Intendant des Norddeutschen Rundfunks und war 1978 bis 1992 Programmdirektor der ARD.

Ein weiterer Grund war, dass ich fest mit der Öffentlichkeit und ihren wichtigsten Persönlichkeiten verbunden war. So konnte ich mich immer auf den Rat und den Beistand solcher genialer Denker und Macher wie Brecht, Felsenstein, von Ardenne, Anna Seghers, Helene Weigel, Langhoff, Konrad Wolf, Eisler, um nur einige zu nennen, verlassen.

Ich war auch international ins Mediengeschäft eingebunden. Viele Jahre war ich Präsident der Intervision – das Gegenstück zur Eurovision. Ich war auch in vielen Medienkommissionen in Ost und West, Jurymitglied bei verschiedenen Fernsehfestivals und auch Präsident.

Und natürlich müssen sie von den Tausenden Mitarbeitern akzeptiert und unterstützt werden. Und wie schon erwähnt, gab es im Fernsehen den Slogan: Unser Chef ist nicht der Allerbeste, aber der Beste, den wir haben. Und das Wichtigste: Ohne meine kleine Familie, meine wunderbare Frau und meine zauberhafte Tochter, hätte ich die schönen und konfliktreichen Jahre im Fernsehen nicht überstanden.

Zum Schluss möchte ich doch bei dieser Gelegenheit den fleißigen und talentierten Mitarbeitern für die aufopferungsvolle, jahrzehntelange Arbeit und Treue in Adlershof danken. Die Ausbildung der Fernsehmitarbeiter war einmalig. Die meisten Kollegen hatten einen Hoch- oder Fachschulabschluss. So konnten wir, mit einer relativ kleinen Mannschaft, Millionen Zuschauern, zwar mit unterschiedlichen Ergebnissen, viel Freude und Unterhaltung bringen. Und wie schon gesagt: Vor diesen Mitarbeitern verneige ich mich heute noch.

Steinmetz: Herr Adameck, wir danken Ihnen für das Gespräch.

(Der Gesprächstext wurde von Judith Kretzschmar für „RuG“ bearbeitet.)

Christoph Classen

„Um die Empfangsmöglichkeiten ... des Senders RIAS völlig auszuschalten...“

Störsender in der DDR 1952 bis 1988¹

Im Jahr 1963 räsonierte der deutsche Staatsrechtler Carl Schmitt anlässlich einer Neuauflage seiner Begriffsbestimmung des Politischen über die Aktualität seiner Definition in Bezug auf den Kalten Krieg: Letzterer spotte, so Schmitt, „aller klassischen Unterscheidungen von Krieg und Frieden und Neutralität, von Politik und Wirtschaft, Militär und Zivil, Kombattanten und Nicht-Kombattanten – nur nicht der Unterscheidung von Freund und Feind, deren Folgerichtigkeit seinen Ursprung und sein Wesen ausmacht“.² Natürlich versuchte Schmitt damit, seine aus der ersten Jahrhunderthälfte stammende Definition der Freund-Feind-Unterscheidung als Kern von Politik in eine sich rapide verändernde Welt zu retten. Und doch schien es zwei Jahre nach dem Bau der Berliner Mauer gerade aus deutscher Perspektive nahe zu liegen, auf die antagonistische Struktur des Konfliktes zu verweisen. Denn hier zerteilte der „eiserne Vorhang“ bis 1989/90 eine Nation in zwei konkurrierende Teilstaaten, deren Bevölkerung sich traditionell als kulturelle Gemeinschaft verstand, von der aber nun, mit dem Aufkommen des Kalten Krieges ab 1947, ein klares Bekenntnis zum jeweiligen Lager gefordert wurde. Besonders zu Anfang – bis in die 1960er Jahre – basierten dabei die Identitätsangebote der beiden neuen, teilstaatlichen Gebilde in hohem Maße auf Abgrenzung nach außen und operierten dementsprechend mit massiven Diskriminierungen der Gegenseite.

Gerade die „Künstlichkeit“ der Grenze und die kulturelle Nähe der Antagonisten führte in Deutschland dazu, dass die Auseinandersetzung hier besonders erbittert ausgetragen wurde. Dabei lag es seitens der Politiker nahe, die Massenmedien als „Werkzeuge“ zu begreifen, mit denen man die Bevölkerung propagandistisch auf das eigene Lager einschwören wollte.³ Besondere Bedeutung kam dabei zunächst dem Hörfunk zu, nicht nur wegen seiner großen Popularität, sondern auch, weil er als Funkmedium die territoriale Grenze mehr oder minder ungehindert überschreiten konnte. Erst im Verlauf der 1960er Jahre löste das Fernsehen das Radio sukzessive als Leitmedium ab und rückte damit auch immer stärker in den Fokus der Politik. Die Grenzziehungen kamen dabei dem Westen entgegen: Die Westmächte (und indirekt auch die Bundesrepublik) verfügten mit Westberlin über eine Exklave inmitten der DDR, die sich als Senderstandort zur Versorgung insbesondere des nördlichen Teils der DDR mit den eigenen Programmen nutzen ließ. In Bayern platzierte Sendeanlagen strahlten darüber hinaus in den Süden des Landes ein.

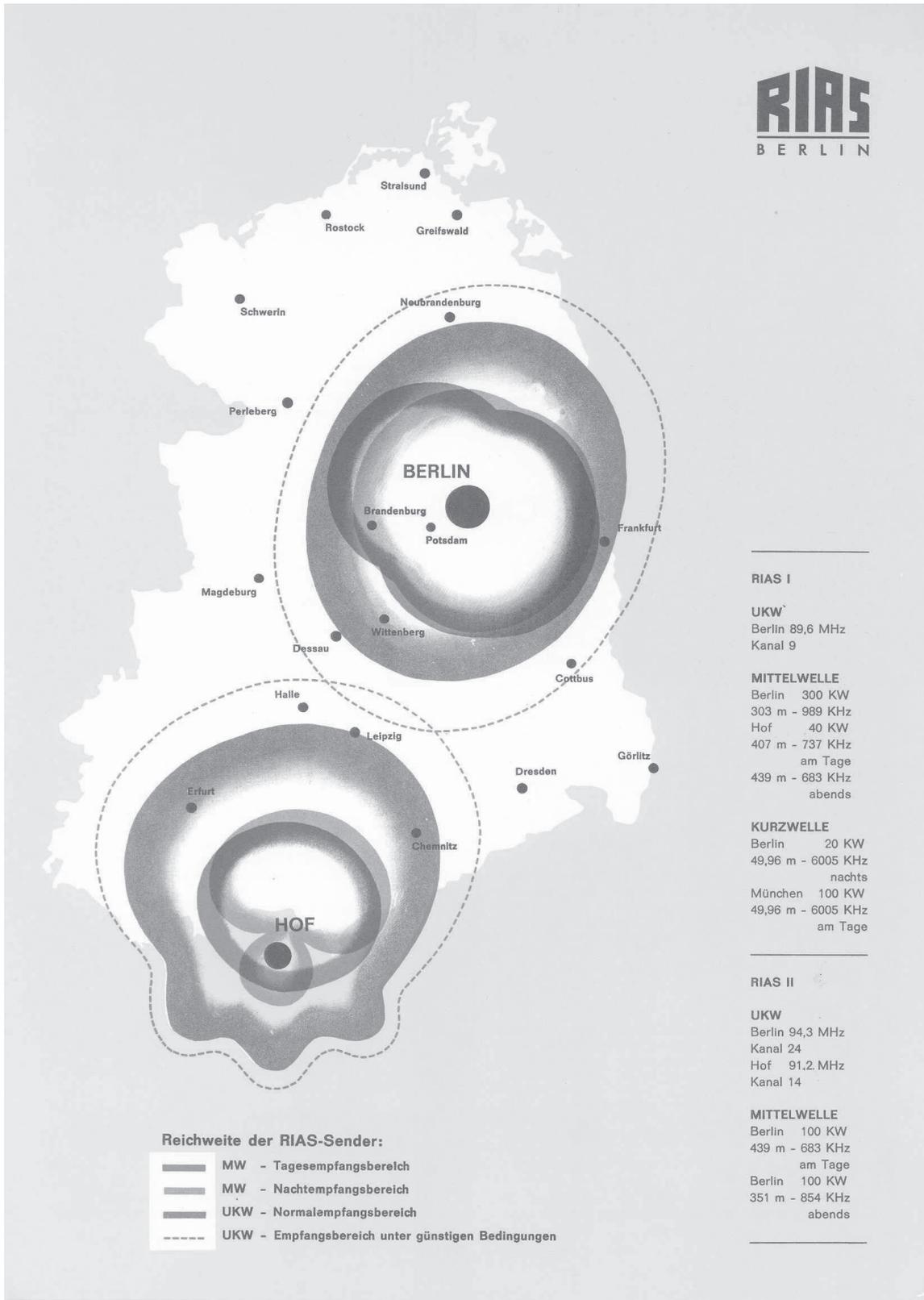
Die Charakterisierung der medialen Auseinandersetzung zwischen der DDR und der Bundesrepublik als „Kalter Krieg im Äther“⁴ trifft somit durchaus das Selbstverständnis

.....
¹ Der vorliegende Aufsatz basiert auf meinem englischsprachigen Artikel Jamming the RIAS. Technical Measures against Western Broadcasting in the GDR 1945-1989. In: Alexander Badenoch, Andreas Fickers und Christian Henrich-Franke (Hrsg.): *Airy Curtains in the European Ether. Broadcasting and the Cold War*. Baden-Baden 2013 (Badenoch et al. 2013), S. 321-346. Für die hier vorliegende deutsche Fassung ist der Text leicht überarbeitet und erheblich gekürzt worden.

² Carl Schmitt: *Der Begriff des Politischen*. Vorwort von 1963. Berlin 1996, S. 18.

³ Vgl. Jens Ruchatz: *Einleitung*. In: Jens Ruchatz (Hrsg.): *Mediendiskurse deutsch/deutsch*. Weimar 2005, S. 7-22.

⁴ So der Untertitel einer Ausstellung Ende 1997 in Berlin. Vgl. Zentral- und Landesbibliothek Berlin, Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt am Main und Berlin (Hrsg.): *O-Ton Berlin. Kalter Krieg im Äther*. Berlin 1997.



Reichweite der RIAS-Sender in der DDR in den 1970er Jahren
(Quelle: DRA Potsdam)

der Akteure, zumindest in den ersten beiden Jahrzehnten der Nachkriegsgeschichte. Allerdings stellt sich sowohl im internationalen Maßstab als auch im deutschen Fall die Frage, ob die binäre Freund/Feind-Logik tatsächlich geeignet ist, die komplexen Konstellationen zu beschreiben. So unterlag das deutsch-deutsche Verhältnis im Laufe der vierzigjährigen Teilungsphase erheblichen Veränderungen. Während beide Seiten zu Anfang noch davon ausgingen, dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis es gelänge, den anderen Teil Deutschlands zu „befreien“, zogen sich sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR seit den 1960er Jahren de facto zunehmend auf ein „teilstaatliches“ Selbstverständnis zurück. Im Zuge der Entspannungspolitik der 70er Jahre und auch aus rein pragmatischen Gründen gingen damit zwangsläufig zahlreiche Arrangements und Kooperationen einher.

Schwerer noch wiegt, dass die Funktion der Medien als Waffen der deutsch-deutschen Propagandaschlacht nicht nur in diachroner, sondern auch in gesellschaftshistorischer Perspektive zu eindimensional erscheint. Politiker mögen die Hoffnung haben, Medien unmittelbar zum Vehikel ihrer Interessen machen zu können, in der Praxis funktioniert das nicht so einfach. Vielmehr unterliegen sie auch unter den Bedingungen von Diktaturen technischen und ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, die ihre Inhalte (mit-)strukturieren. Hinzu kommt, dass die Massenmedien per definitionem stets auf gesellschaftliche Akzeptanz angewiesen sind. Unter den speziellen deutschen Bedingungen ergab sich außerdem eine Konkurrenzsituation zwischen ost- und westdeutschen Radio- bzw. Fernsehangeboten, die die Macht der Rezipienten im Kommunikationsprozess noch erheblich aufwertete. Anders als anderswo mussten hier weder sprachliche noch andere kulturelle Barrieren überwunden werden. Totalitarismustheoretische Modelle erfolgreicher, manipulativer Kommunikation, wie man sie in der historischen Diktaturforschung noch immer häufig findet, greifen wegen ihrer Fixierung auf die Anbieter schon generell zu kurz, unter diesen besonderen Bedingungen sind sie erst recht unzureichend. Zu Recht ist gefragt worden, „was [...] von einem Nachrichtenmonopol zu halten [sei], das jeden Abend um 20.00 Uhr von der Mehrheit der Staatsbevölkerung per Knopfdruck aufgehoben wurde?“⁵ Daher soll es im Folgenden darum gehen, die eindimensionale Vorstellung von Medien als „mächtiges Werkzeug“ der Politik zugunsten eines Ansatzes zu überwinden, der die sich wandelnden Interdependenzen von Politik, Medien und Gesellschaft in den Blick nimmt. Dabei ist stets zu beachten, wie sich das Medienensemble verändert hat und welche Einflüsse technische Entwicklungen, ökonomische Zwänge sowie die Erwartungen der Rezipienten jeweils hatten.

So ähnlich die Voraussetzungen für beide deutsche Staaten auch waren, so wenig besteht ein Zweifel daran, dass man ihnen in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich begegnete. So ist darauf hingewiesen worden, dass die bundesdeutschen Radio- und Fernsehprogramme seit den 1960er Jahren – von wenigen Ausnahmen abgesehen – immer weniger Bezüge zur DDR aufwiesen, während dort die Bundesrepublik als negative

.....
5 Vgl. Ralph Jessen: DDR-Geschichte und Totalitarismustheorie. In: „Berliner Debatte INITIAL“ 4/5 (1995), S. 17-24, hier S. 21.; Christoph Classen: Two Types of Propaganda? Thoughts on the Significance of Mass-Media Communications in the Third Reich and the GDR. In: „Totalitarian Movements and Political Religions“ 8 (2007), S. 3-4, S. 537-553.

Referenz erhalten blieb.⁶ Offenkundig orientierten sich die Medien in der Bundesrepublik seitdem weit weniger an deutschlandpolitischen Erwägungen als an den Erwartungen der Rezipienten, die in hohem Maße auf Unterhaltung ausgerichtet waren.⁷ Abstrakter formuliert: Die enge Kopplung zwischen Medien und Politik blieb in der DDR stets dominant, während sich diese Beziehung in der Bundesrepublik zunehmend lockerte – ein Wandel, der auch am öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht vorüberging.⁸ Der systembedingt stärkeren Orientierung an der Gesellschaft entsprach der Medienkonsum: Während die DDR-Medien bereits in den 1950er Jahren in der Bundesrepublik nur noch auf geringe Resonanz stießen, blieben die westlichen Sender in der DDR attraktiv und erfreuten sich entsprechenden Zuspruchs.⁹

Damit blieben die Westmedien in der DDR, anders als umgekehrt die ostdeutschen Medien im Westen, freilich auch eine politische Herausforderung, die sie über ihre gesamte, vierzigjährige Existenz begleitete.¹⁰ Zwar wandelte sich der Umgang mit dem weit verbreiteten Konsum westlicher Radio- und Fernsehprogramme im Laufe der 40-jährigen Existenz der DDR: So sanktionierte Staatschef Erich Honecker diese Praxis bereits 1972 offiziell, indem er öffentlich äußerte, jeder könne das westdeutsche Fernsehen „nach Belieben ein- und ausschalten“.¹¹ Doch in den 1950er und 1960er Jahren – und sogar noch über Honeckers halbherzige Plazet hinaus – wurde der Empfang westlicher Sender massiv behindert und konnte empfindliche Repressionen nach sich ziehen.

Gegenstand der folgenden Ausführungen soll daher sein, wie versucht wurde, westlichen Radioempfang mit Hilfe von Störsendern zu unterdrücken. Zwei Fragen stehen im Mittelpunkt: Wie verhielten sich Intentionen und tatsächliche Wirkungen zueinander, und wie und aus welchen Gründen veränderten sich die Strategien zur Verhinderung des Westempfangs?

Störsender gegen den RIAS

Aus kommunistischer Sicht handelte es sich bei den liberalen Medien des Westens um Manipulationsinstrumente, die einzig den Zweck hatten, das Proletariat von der Erkenntnis seiner eigentlichen Interessen abzuhalten und in der Abhängigkeit der herrschenden Klasse zu halten. Aus dieser Perspektive lag es nahe, die vermeintliche „manipulative Macht“ der kapitalistischen Medien zu begrenzen. Eine Möglichkeit bestand dabei im Einsatz von Störsendern. Dabei handelt es sich um Sender, die auf derselben oder einer unmittelbar benachbarten Frequenz senden wie das unerwünschte Signal. Durch die Überlagerung der Funkwellen wird der Empfang gestört oder ganz unmöglich. Diese

6 Vgl. Axel Schildt: Zwei Staaten – eine Hörfunk- und Fernsehnation. Überlegungen zur Bedeutung der elektronischen Massenmedien in der Geschichte der Kommunikation zwischen der Bundesrepublik und der DDR. In: Arnd Bauerkämper, Martin Sabrow und Bernd Stöver (Hrsg.): Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-deutsche Beziehungen 1945-1990. Bonn 1998, S. 58-71.

7 Michael Meyen und Ute Nawratil: The Viewers: television and everyday life in East Germany. In: „Historical Journal of Film, Radio and Television“ Vol. 24 (2004), S. 355-364.

8 Konrad Dussel: Der Streit um das große U. Die Programmgestaltung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und der Einfluss der Publikumsinteressen 1949-1989. In: „Archiv für Sozialgeschichte“ 35 (1995), S. 255-289.

9 Michael Meyen: Hauptsache Unterhaltung. Mediennutzung und Medienbewertung in Deutschland in den 50er Jahren. Münster 2001.

10 Vgl. Claudia Dittmar: Feindliches Fernsehen. Das DDR-Fernsehen und seine Strategien im Umgang mit dem westdeutschen Fernsehen. Bielefeld 2008.

11 Zit. nach Rolf Geserick: 40 Jahre Presse, Rundfunk und Kommunikationspolitik in der DDR. München 1989, S. 395f.

Praxis war bereits während des Zweiten Weltkriegs unter anderem von Deutschland gegen Sendungen der BBC eingesetzt worden.¹²

Obwohl die Existenz von Störsendern in der DDR von den Verantwortlichen stets bestritten wurde, war ihre Existenz unter der DDR-Bevölkerung wie auch im Westen ein mehr oder minder offenes Geheimnis.¹³ Allerdings unterlagen die Störsender strikter Geheimhaltung. Auch in den internen Dokumenten und Bezeichnungen ist niemals von „Störsendern“ die Rede, sondern stets nur euphemistisch von „Sonderanlagen“. Daran dürfte nicht zuletzt liegen, dass Einzelheiten auch nach dem Ende der DDR kaum an die Öffentlichkeit gelangt sind und sich bis heute zahlreiche Mythen um dieses Thema ranken.¹⁴

Der Aufbau des Störsendernetzes in den 1950er Jahren

Die Anfänge der Störsender in der DDR datieren auf das Jahr 1952.¹⁵ Sie begannen damit just zu dem Zeitpunkt, als die Beliebtheit der eigenen Rundfunkprogramme durch den Versuch, den Rundfunk konsequent zu einem politischen Erziehungsinstrument umzubauen, bei der Bevölkerung einen Tiefpunkt erreicht hatte. Dementsprechend waren die Hörer in großer Zahl auf westliche Programme ausgewichen.¹⁶ Möglicherweise standen sie auch direkt im Zusammenhang mit der Zentralisierung des DDR-Rundfunks nach sowjetischem Vorbild, mit dessen Hilfe der Rundfunk zu einem schlagkräftigen Instrument beim „planmäßigen Aufbau des Sozialismus“ werden sollte. Die Sowjetunion hatte bereits 1948 damit begonnen, die russischsprachigen Dienste von „Voice of America“ und der BBC zu stören.¹⁷ Fest steht, dass im September 1953 in der DDR zehn größere Sender (Leistung 2 kW) und 30 Kleinsender (Leistung 50 W) in Betrieb waren, die den Empfang des RIAS stören sollten. Dies geht aus einem vertraulichen Brief des damaligen sowjetischen Hohen Kommissars für Deutschland, Wladimir S. Semjonow, an Otto Grotewohl und Walter Ulbricht als Repräsentanten der DDR-Regierung hervor.¹⁸ Zugleich monierte Semjonow in seinem Brief, dass die bisher gegen die „reaktionären Rundfunksendungen“ des RIAS ergriffenen Maßnahmen „sichtlich unzureichend“ seien und forderte unter anderem einen raschen und entschiedenen Ausbau des Störsender-Netzes.

.....

¹² Andy O'Dwyer: Interfering with Auntie. An Uncomfortable Reception – Jamming the BBC. In: Badenoch et al. 2013, S. 347-357, hier: S. 352ff.

¹³ Lediglich der für sein Temperament berühmt-berüchtigte Kulturminister Johannes R. Becher verteidigte 1955 bei einer Diskussionsveranstaltung in West-Berlin die Existenz von Störsendern. Vgl. Gerhard Walter: Der Rundfunk in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Bonn und Berlin 1961 (Walter 1961), S. 119.

¹⁴ Verlässliche Darstellungen zum Thema gibt es bisher kaum; dies ist möglicherweise auch auf die schwierige Quellenlage zurückzuführen; zuverlässig, aber eher von der technischen Seite her argumentiert einzig Joachim Kullmann: Joachim Kullmann: Kalter Krieg im Äther: DDR-Störsender gegen den RIAS. In: „Funk-Amateur“ 45 (1996), H. 1, S. 29-31 und H.2, S. 145-147., Joachim Kullmann: Kalter Krieg im Äther. Die Störsender gegen den RIAS in der DDR und was das Werk für Fernsehelektronik damit zu tun hatte. Berlin o.J. (= Technikgeschichte im Industriesalon; 4).

¹⁵ Konzeption zum Vorschlag Erhöhung der Wirksamkeit der Sonderanlagen, 14.06.1962. S. 1. BArch Berlin, DM3 BRF II 1800 (Erhöhung der Wirksamkeit 1962).

¹⁶ Vgl. Christoph Classen: Revolution im Radio. Zur institutionellen Entwicklung des Hörfunks in der SBZ/DDR 1945-1953. In: Klaus Arnold und Christoph Classen (Hrsg.): Zwischen Pop und Propaganda. Radio in der DDR. Berlin 2004 (Arnold, Classen 2004), S. 47-66.

¹⁷ Vgl. George W. Woodard: Cold War Radio Jamming. In: A. Ross Johnson und A. Eugene Parta (Hrsg.): Cold War Broadcasting. Impact on the Soviet Union and Eastern Europe. A Collection of Studies and Documents. Budapest 2010, S. 51-66.

¹⁸ Semjonow an Grotewohl und Ulbricht, 21.9.1953 (ins Deutsche übersetzte Abschrift). SAPMO-BArch DY 30, NL 90/316 (Semjonow 21.09.1953).

Es liegt gewiss nicht fern, die sowjetische Initiative als Reaktion auf den Volksaufstand am 17. Juni 1953 zu interpretieren, den der junge Staat ohne das militärische Eingreifen der Sowjetunion kaum überlebt hätte. Erstmals zeigte sich hier die dynamisierende Wirkung elektronischer Medien in Zeiten revolutionärer Umstürze.¹⁹ Aus östlicher Sicht hatten insbesondere die Live-Sendungen des RIAS eine Schlüsselfunktion für den Aufstand und seine Dynamik.²⁰ Die Konzentration der Maßnahmen auf den RIAS schien deshalb nahezuliegen. Zwar konnten auch andere westliche Radioprogramme in Ostdeutschland empfangen werden, darunter der ebenfalls in West-Berlin ansässige Sender Freies Berlin (SFB, bis 1954 NWDR-Berlin). Kein anderer Sender erfreute sich allerdings in der DDR einer solchen Reichweite und Beliebtheit wie der bereits seit 1946 bestehende RIAS.²¹ Hinzu kam, dass der US-amerikanisch kontrollierte und prononciert antikommunistisch ausgerichtete RIAS aus Sicht der SED-Spitze wie keine andere Station den Vorstellungen von einem Instrument der psychologischen Kriegsführung entsprach. Die Propaganda der SED denunzierte ihn als „Agentenzentrale“, als verlängerten Arm amerikanischer Geheimdienste. Jenseits solcher propagandistischen Übertreibungen wurde er nicht völlig zu Unrecht als aktives Instrument der US-amerikanischen „containment-“ bzw. später „roll-back-policy“ wahrgenommen und bekämpft.²²

Jedenfalls wurde den sowjetischen Wünschen auf deutscher Seite umgehend entsprochen.²³ In den folgenden Jahren baute die Post in Ostdeutschland rasch ein Netz von Störsendern auf, das den Empfang des RIAS auf Mittel- und Langwelle möglichst flächendeckend verhindern sollte. Zuständig war dafür eine eigene Unterabteilung „Sonderanlagen“, die innerhalb der seit 1951 bestehenden „Hauptverwaltung Funkwesen“ gebildet wurde.²⁴ Bis 1961 entstand so ein Netz aus insgesamt 82 Sendern. Ein Sender störte die bis 1964 bestehende Langwelle-Frequenz des RIAS, alle übrigen richteten sich auf die drei (später vier) Mittelwelle-Frequenzen: drei stärkere Sender mit einer Leistung von 5 kW, 31 Sender mittlerer Leistung (2 kW) und 47 Kleinsender Typ TF 2 mit jeweils 100 W Leistung.²⁵ Die stärkeren Anlagen sendeten kein Störsignal, statt des RIAS war im Umkreis von 10 bis 20 Kilometern eines der normalen DDR-Rundfunkpro-

.....

19 Hans-Hermann Hertle: Volksaufstand und Herbstrevolution. Die Rolle der West-Medien 1953 und 1989 im Vergleich. In: Henrik Bispinck, Jürgen Danyel, Hans-Hermann Hertle und Hermann Wentker (Hrsg.): Aufstände im Ostblock. Zur Krisengeschichte des realen Sozialismus. Berlin 2004, S. 163-192.

20 Vgl. Manfred Rexin: „Feindsender“ RIAS. In: Heide Riedel (Hrsg.): Mit uns zieht die neue Zeit... 40 Jahre DDR-Medien. Berlin 1993, S. 38-42, bes. S. 39f.

21 Zur frühen Entwicklung des RIAS einschließlich der Hörerpräferenzen vgl. Petra Galle: RIAS Berlin und Berliner Rundfunk 1943-1949. Die Entwicklung ihrer Profile in Programm, Personal und Organisation vor dem Hintergrund des Kalten Krieges. Münster 2003.

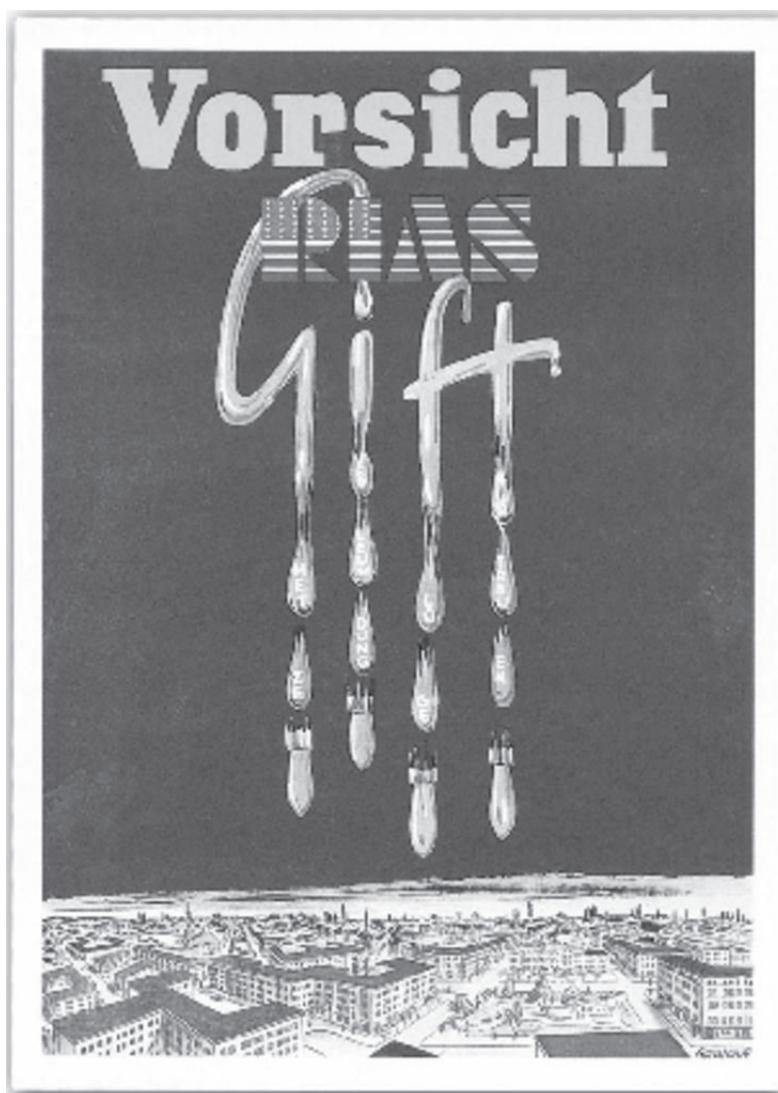
22 Vgl. Nicholas J. Schlosser: Creating an ‚Atmosphere of Objectivity‘: Radio in the American Sector, Objectivity and the United States’ Propaganda Campaign against the German Democratic Republic, 1945-1961. In: „German History“ 29 (2011), S. 610-627.; Bernd Stöver: Radio mit kalkuliertem Risiko. Der RIAS als US-Sender für die DDR 1946-1961. In: Arnold, Classen 2004, S. 209-228.

23 Vgl. handschriftlicher Vermerk vom 08.01.1954: „Weitere Geräte sind in Betrieb genommen“. In: Semjonow 21.09.1953.

24 Die Bezeichnungen der jeweiligen Abteilungen innerhalb der deutschen Post änderte sich im Laufe der Zeit; so hieß die HV Funkwesen ab 1961 „Hauptabteilung Rundfunk- und Fernsehbetrieb“, während das dort angesiedelte Referat „Sonderanlagen“ ab Anfang 1972 als „Gruppe Sonderanlagen und technische Sicherheit Rundfunk und Fernsehen“ firmierte. Bereits zum 01.01.1975 wurde die Unterabteilung erneut umbenannt, sie hieß nun schlicht „Betriebe und Verkehr des Funkwesens“. Damit war bereits mehrere Jahre vor dem Ende der Störtätigkeit auch intern jeder Hinweis auf die Störsender getilgt worden.

25 Einschätzung der Wirksamkeit und des derzeitigen Wirkungsgrades der Sonderanlagen in Bezug auf die z.Z. im Gebiet der DDR zu empfangenden Rundfunkstationen Westdeutschlands und anderer NATO-Sender. Vgl. Ministerium für Post- und Fernmeldewesen. Teilbestand Rundfunk und Fernsehen, undatiert 1962. BArch Berlin, DM 3 BRF II 1800 (Ministerium für Post- und Fernmeldewesen 1962).

gramme auf der Frequenz des RIAS zu hören, in größerer Entfernung mischten sich beide Signale.²⁶ Die Kleinsender wurden dagegen direkt mit einer Störfrequenz betrieben, die dafür sorgte, dass das Programm des RIAS im Umkreis von einem bis maximal fünf Kilometern von einem Heulton überlagert wurde.²⁷ Während die stärkeren Anlagen offiziell als „normale“ Rundfunksender betrieben und dementsprechend nicht weiter getarnt wurden, waren die kleinen Sender, die direkt Störsignale produzierten, aus Sicherheitsgründen ausschließlich in Polizeidienststellen untergebracht.²⁸ Entscheidend dafür dürfte die offizielle Unterscheidung von „jamming“ und „interference“ gewesen sein. Nur die Unterdrückung durch offenkundige Störsignale galt als „jamming“ und war international geächtet, während die gegenseitige Überlagerung von Rundfunkprogrammen auf der überlasteten Mittelwelle als unvermeidliche „interference“ toleriert wurde.



[Plakat: RIAS-Gift 1952, Quelle DHM Berlin]

.....
26 Durch eine leichte Abweichung von der RIAS-Frequenz wurde zudem erreicht, dass ein Interferenz-Pfeifton auftrat; ebd., S. 2.

27 Vgl. Einschätzung der Wirksamkeit... In: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen 1962. S. 3.

28 Ebd.

Allein die Anzahl der Anlagen zeigt den immensen Aufwand, den man betrieb, um nur einen einzigen der zahlreich von Westen einstrahlenden Sender zu unterdrücken. Angesichts der Tatsache, dass noch 1958 lediglich 60 Prozent der DDR-Bürger mit allen drei DDR-Hörfunkprogrammen versorgt waren und ein kleiner Teil (2 Prozent) sogar keines der eigenen Programme empfangen konnte,²⁹ war diese Prioritätensetzung gewiss bemerkenswert. Hinzu kam noch, dass zur gleichen Zeit weitere Aufgaben bewältigt werden mussten, namentlich der Aufbau des Fernsehens und einer UKW-Sender-Infrastruktur.³⁰ Abgesehen von den nicht unbeträchtlichen Ressourcen, die für den Aufbau des Sendernetzes aufgebracht werden mussten, zeigten sich auch im Betrieb recht bald einige Schwierigkeiten. Als generelles technisches Problem erwies sich, dass die Störsender nicht nur den unerwünschten Westrundfunk beeinträchtigten, sondern bisweilen auch eigene Übertragungen. Dies betraf insbesondere den Polizeifunk, der in der DDR im Laufe der 1950er Jahre etabliert wurde.

Die aus Sicherheits- und Geheimhaltungsgründen vorgenommene Platzierung der kleinen Störsender in den Polizeidienststellen erwies sich nun als Nachteil: „Die unmittelbare Nähe beider Anlagen verursacht von Seiten unserer 100W-Sender erhebliche Störungen im Funkverkehr der VP [Volkspolizei] bzw. macht diesen ganz unmöglich“.³¹ Da der Polizeifunk im Zweifel Vorrang hatte, konnten die entsprechenden Störsender nur noch zu bestimmten Zeiten arbeiten, was ihren Nutzen zusätzlich stark beeinträchtigte. Aber das Problem beschränkte sich nicht allein auf den Polizeifunk. So wandte sich im Jahr 1957 die „Bezirksdirektion für Post und Fernmeldewesen Neubrandenburg“ an die Abteilung „Sonderanlagen“, weil „eine starke Störung des Fernsprechverkehrs“ aufträte und verlangte die Umsetzung eines Störsenders, der im Gebäude einer ihrer Dienststellen montiert war: „Die Modulation der Sender ist [...] bereits beim Abnehmen des Handapparates deutlich vernehmbar.“³² Nicht nur, dass wegen der massiven Störungen andauernd Fernsprechgebühren erstattet werden müssten, auch für die dort beschäftigten Telefonvermittlerinnen sei dies unzumutbar, zumal „dabei noch ständig Elektrisierungserscheinungen auftreten“.³³

Die Wahl geeigneter Standorte erwies sich nicht nur unter dem Gesichtspunkt unbeabsichtigter Störungen von Funk- und Telefonverbindungen als schwierig, sondern auch, weil dabei unterschiedliche technische und politische Bedingungen zu erfüllen waren, die sich nicht selten widersprachen: Einerseits sollten die Sender eine möglichst große Reichweite haben und dabei insbesondere dicht besiedelte Gebiete erfassen. Zum anderen musste die Sicherheit und Geheimhaltung gewährleistet werden, und die Störungen durften nur auf dem Gebiet der DDR wirksam werden.³⁴ Ein Problem stellten dabei insbesondere die voluminösen Antennenanlagen da, die im Sinne optimaler Sendeleis-

29 Entwurf eines Beschlusses der Staatlichen Plankommission „über die schnellere Entwicklung des Hör- und Fernseh-Rundfunks in der DDR in den Jahren 1959–1960“, 14.07.1958. BArch, DR 6/662.

30 Vgl. Andreas Vogel: Innovationsprozesse in der Rundfunkgeräteindustrie der BRD und der DDR am Beispiel der Einführung der UKW-Technik. In: Johannes Bär und Dietmar Petzina (Hrsg.): Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen. Vergleichende Studien zur Entwicklung im geteilten Deutschland 1945–1990. Berlin 1996 (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte; 48), S. 165–187.

31 Vgl. Einschätzung der Wirksamkeit...In: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen 1962. S. 3

32 Vertrauliches Schreiben vom 28.05.1957. BArch Berlin, DM 3 BRF II 1774B

33 Ebd.

34 „Beim Aufbau der Sonderanlagen wurde von dem Standpunkt ausgegangen, die Leistung und die Standorte der einzelnen Anlagen so zu wählen, daß die unmittelbare Beeinflussung der entsprechenden Sender nur im Gebiet der DDR wirksam wird.“ Vertrauliche Mitteilung an das Funkamt Burg, 19.05.1958. BArch DM 3 BRF II 1774B.

tung auf öffentlich zugänglichem oder privatem Grund errichtet werden mussten. Dies war jedoch oftmals nicht möglich, weil die Eigentümer eine entsprechende Nutzung ihrer Grundstücke verweigerten.³⁵

Probleme beim Stören: Wirksamkeit und Wahrnehmung

Der Aufbau des Störsender-Netzes war also von Anfang an von diversen Zielkonflikten und Problemen begleitet, bei denen sich politische, technische und ökonomische Fragen überlagerten. In den 1950er Jahren scheint allerdings allein die Ressourcenproblematik den Aufbau der Infrastruktur gebremst zu haben. Zwar gab es schon früh Bemühungen, die Effektivität der Störsender zu prüfen. Anfangs griff man dabei noch auf die Dienste des Ministeriums für Staatssicherheit zurück. Im März 1954 ordnete Erich Mielke, damals stellvertretender Staatssekretär für Staatssicherheit, an, dass mit Hilfe der in den Büros vorhandenen Radiogeräte „in allen Kreisdienststellen“ die Empfangsmöglichkeiten des RIAS „acht Tage lang gewissenhaft“ daraufhin getestet werden sollten, „wie weit noch eine Hörmöglichkeit besteht“.³⁶ Damit diese Aufgabe die Geheimdienstmitarbeiter nicht überforderte, wurde eigens eine gedruckte Radioskala mitgeschickt, auf der die zu prüfenden RIAS-Frequenzen markiert waren.³⁷ Die Ergebnisse waren durchaus durchwachsen und reichten von ungestörtem Empfang bis hin zu völliger Unterdrückung des Senders. Aus damaliger Sicht handelte es sich dabei jedoch nur um eine Frage der Zeit: Ziel war laut Mielke, „die Empfangsmöglichkeiten der Frequenzen des Senders RIAS völlig auszuschalten.“³⁸

Bereits ein knappes Jahrzehnt später war von dieser Zuversicht nicht mehr viel zu spüren. Zwar offenbarten die nun genutzten Feldstärkemessungen der Post, dass es durchaus große Gebiete gab, in denen der RIAS auf Mittelwelle oder Langwelle nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten gehört werden konnte. Allerdings betreffe dies, so ein vertraulicher Bericht der zuständigen Fachabteilung der Post Anfang der 1960er Jahre, nur etwa „65% des Territoriums unserer Republik“. Alarmierender noch musste wirken, dass „70-80% unserer Bevölkerung heute den RIAS [...] ungestört empfangen können.“³⁹ Die Differenz resultierte dabei unter anderem daraus, dass der RIAS auch über Kurzwelle und UKW (seit 1952) gehört werden konnte, deren Frequenzen nicht gestört wurden. Mit der zunehmenden Verbreitung von UKW-Empfängern in der DDR im Laufe der 1960er Jahre stiegen somit auch die Empfangsmöglichkeiten des RIAS. Mitte der 1970er Jahre konnte er nahezu auf dem gesamten Gebiet der DDR (außer im äußersten Norden) über UKW empfangen werden. Die durch die Störungen vergleichsweise eingeschränkte Reichweite auf Mittelwelle spielte daher eine immer geringere Rolle.⁴⁰ Hinzu kam, dass alle anderen westlichen Sender ungestört blieben, eine Situation, die auch schon seinerzeit als unbefriedigend empfunden wurde: schließlich würden sich diese „in ihren Hetzsendungen gegen die DDR kaum vom Rias unterscheiden“.⁴¹

.....

35 Vgl. Einschätzung der Wirksamkeit... In: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen 1962. S. 4.

36 BStU, BV Leipzig, Leitung 00728/01, Bl. 74.

37 BStU, BV Leipzig, Leitung 00728/01, Bl. 75.

38 BStU, BV Leipzig, Leitung 00728/01, Bl. 74.

39 Vgl. Einschätzung der Wirksamkeit... In: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen 1962. S. 1f.

40 Vgl. HA Sendetechnik. Analytische Ermittlung der Senderreichweiten des RIAS aus Hörerzuschriften. 01.02.1977. DRA Potsdam, RIAS-Depositum, F 502-03-00/0083.

41 Einschätzung der Wirksamkeit... In: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen 1962. S. 1f.

Es verwundert daher nicht, dass der bereits erwähnte Bericht zu einem negativen Urteil über das Verhältnis von „Wirkungsgrad und Kostenaufwand“ der Störsender kam: Letzteres sei als „äußerst ungünstig“ einzuschätzen.⁴²

Dementsprechend empfahlen die Fachleute von der Post dem für Rundfunkfragen zuständigen stellvertretenden Postminister im Jahr 1962 auch keineswegs einen weiteren Ausbau des Störsendernetzes. Insbesondere Maßnahmen gegen andere Sender als den RIAS seien wegen „fehlender Senderkapazität“ von vornherein ausgeschlossen.⁴³ Fast vorwurfsvoll resümierte eine Vorlage der Abteilung, dass die Summe der für den Aufbau des Störsendernetzes bisher verbrauchten Investitionsmittel sich seit 1952 auf rund 7,5 Mio. DM belief. Allein für das Jahr 1961 betrügen die Kosten ca. 1,8 Mio. DM zuzüglich weiterer 1,7 Mio DM Personalkosten.⁴⁴ Die Zahlen müssen vor dem Hintergrund der stets angespannten finanziellen Situation beim Rundfunk interpretiert werden. Nur wenige Monate zuvor hatte die für das Programm verantwortliche Rundfunkleitung Kürzungen in Höhe von 2,7 Mio. DM hinnehmen müssen.⁴⁵

Die Vorschläge der Techniker von der Post konzentrierten sich daher darauf, das vorhandene Netz effektiver zu machen. Vorgeschlagen wurde, nun auch die stärkeren Sender nicht mehr ein DDR-Programm auf RIAS-Frequenz ausstrahlen zu lassen, sondern sie – wie bis dato nur die Kleinsender – mit einer Stör-Modulation zu betreiben, ein Verfahren, das etwa auch in der CSSR angewandt werde. Dadurch werde ihre Reichweite erheblich ausgeweitet, und ein großer Teil der Kleinsender könne entfallen.⁴⁶ Damit sei zwar keine Verbesserung hinsichtlich der Störwirkung erreicht, wohl aber beim Kosten-Nutzen-Verhältnis.⁴⁷ Da es allerdings in der DDR keine Erfahrungen mit dem Einsatz stärkerer Anlagen als Erzeuger von Störtönen gab, wurde zunächst ein Versuch mit einem Sender in Lübben durchgeführt. Nachdem dort „die Gesamterwartungen [...] nicht erfüllt werden [konnten]“, wurde ein weiterer Versuch anderswo „unter voller Ausnutzung der technischen Möglichkeiten“ beschlossen.⁴⁸ Offenkundig verlief dieser erfolgreicher. Die Entscheidung, den Vorschlägen zu folgen und alle Störsender in der DDR von nun an auf Heultöne umzustellen, mochte das Ministerium aber auf dieser Grundlage vorerst nicht treffen: „Dem vorgelegten Bericht über die Versuche mit der Mittelwellenanlage Weida wurde zugestimmt. Min RF [gemeint ist der für den Bereich Rundfunk und Fernsehen zuständige stellv. Postminister der DDR] weist jedoch nochmals daraufhin, daß bei weiteren Versuchen dieser Art besondere Vorsichts- und Sicherheitsmaßnahmen einzuhalten sind und daß vor einer endgültigen Einführung dieses veränderten Sendebetriebes eine Konzeption Min RF zur Bestätigung vorzulegen ist. Diese Konzeption muß gleichfalls eine Angabe des ökonomischen Aufwandes enthalten, der durch die neuartige Betriebsführung entsteht.“⁴⁹

.....

42 Ebd. S. 4.

43 Ebd. S. 6.

44 Konzeption zum Vorschlag... In: Erhöhung der Wirksamkeit 1962. S. 1.

45 Hermann Ley (Vorsitzender des Staatlichen Rundfunkkomitees) an Reginald Grimmer (Stellv. Leiter der Abteilung Agitation beim ZK der SED), 02.02.1962. BArch Berlin, DR 6/594.

46 Konzeption zum Vorschlag... In: Erhöhung der Wirksamkeit 1962. S. 1.

47 Einschätzung der Wirksamkeit... In: Ministerium für Post- und Fernmeldewesen 1962. S. 6.

48 Protokoll 24/62 der Dienstbesprechung beim stellvertretenden Minister, 21.07.1962. BArch Berlin, DM 3 BRF II, 2416.

49 Protokoll 34/62 der Dienstbesprechung beim stellvertretenden Minister, 03.11.1962. BArch Berlin, DM 3 BRF II, 2416.

Offenbar ist es dazu auch in den folgenden Jahren ebenso wenig gekommen wie zu einem weiteren Ausbau des Netzes. Messungen der westdeutschen Bundespost, die diese regelmäßig für den RIAS vornahm, wiesen jedenfalls noch in den 1970er Jahren darauf hin, dass Störsender in der DDR auf den Mittelwelle-Frequenzen des RIAS unverändert sowohl Heultöne sendeten als auch die Programme des DDR-Rundfunks ausstrahlten.⁵⁰ Die Gründe dafür liegen nahe: Entscheidend dürfte nicht zuletzt die delegitimierende Wirkung gewesen sein, die von offenkundigen Störungen sowohl innenpolitisch als auch außenpolitisch ausging. Nachweisbare starke Störsender stellten besonders auf internationaler Ebene ein Problem dar, da man in diesem Falle nicht mehr behaupten konnte, dass es sich um unvermeidliche Interferenz handele. Vermutlich kam auch ein konspirativer Betrieb der bisher ja nicht getarnten stärkeren Sendeanlagen nicht wirklich in Frage. Was aus Sicht der Fachleute bei der Post nahelag, nämlich die Steigerung der Effizienz des Netzes durch technische Maßnahmen, erwies sich unter politisch-legitimatorischen Gesichtspunkten als ausgesprochen problematisch.

Tatsächlich war die Existenz von Störsendern in der Bevölkerung ebenso bekannt wie unpopulär. Immer wieder sahen sich die Verantwortlichen von Rundfunk und Post mit Kritik an dieser Praxis konfrontiert. „Warum werden in der DDR überhaupt solch große Radiogeräte hergestellt, wenn man sowieso nur einen Sender hören kann? Auf der Mittelwelle sind fast alle Sender durch unsere Störsender in Mitleidenschaft gezogen oder man hört nur den sogenannten Wellensalat“, hieß es beispielsweise in einer Petition, die insofern typisch war, als hier Empfangsprobleme pauschal auf die Störsender zurückgeführt wurden.⁵¹ Schon im Kontext des 17. Juni 1953 gehörte die „Beseitigung der Störsender“ zu den prominenten Forderungen, die keineswegs nur von Privatleuten erhoben wurde, sondern auch von offiziellen Gremien, die sich als Interessenvertretung der Bürger verstanden.⁵²

Die Reaktion auf derartige Kritik und Interventionen fiel stets gleich aus: Die Existenz von Störsendern in der DDR wurde rundweg abgestritten. In einem Bericht über eine Diskussion mit Hörern hieß es beispielsweise: „Bei der Behandlung der technischen Fragen wurde am meisten über ‚Warum Störsender‘ diskutiert. Hier wurde von den Kollegen vom Funkamt und von der Post erklärt, daß auf dem Territorium der DDR keine Störsender stehen, daß das Pfeifen und Brummen einmal auf die Überlastung der Mittelwelle zurückzuführen sei und zum anderen würde man auf den westdeutschen und ausländischen Wellen auch die dort stehenden Störsender mit empfangen.“ (Wie aus den Unterhaltungen nach der Hörerversammlung hervorging, waren die Kollegen von den Ausführungen nicht überzeugt. Sie stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es bei uns Störsender gibt und daß die Kollegen von der Post das nicht sagen dürften).“⁵³

.....
50 Vgl. Fernmeldetechnisches Zentralamt der Bundespost an Technische Direktion des RIAS, 02.09.1977 S. 10. DRA Berlin, Bestand RIAS-Depositum, F506-00-00/0027.

51 Belegschaft des Kabelwerks Meißen an das Staatliche Rundfunkkomitee, 25.10.1956. BArch Berlin, DR 6/547.; Vgl. auch Funkkorrespondenten-Berichte zum Programm, 22.01.1954. DRA Potsdam, Staatliches Rundfunkkomitee, Büro des Vorsitzenden, F 094-00-00/0002.

52 Gewerkschaftsleitung des Signal- und Fernmeldewerks Dresden an das Staatliche Rundfunkkomitee, 23.07.1953. BArch Berlin, DR 6/193.; Ständige Kommission des Bezirkstages Karl-Marx-Stadt an das Staatliche Rundfunkkomitee, 20.11.1956.; Vgl. Zitate in: Walter 1961. S. 117.

53 Protokoll der Hörerversammlung im VEB Kraftwerks- und Industriebau Dresden, 16.01.1957. BArch Berlin, DR 6/559.

Der Bericht beleuchtet exemplarisch das grundsätzliche Glaubwürdigkeitsproblem, das sich aus dem Betrieb der Störsender innenpolitisch ergab. Hätte man deren Existenz zugegeben, wäre nicht nur die Bevormundung der eigenen Bevölkerung offenbar geworden, Es hätte zugleich auch indirekt als Eingeständnis von Schwäche gegenüber dem Westen gewertet werden können. Die Strategie der Leugnung litt dagegen von Anfang an unter fehlender Glaubwürdigkeit und erzeugte bei den Menschen den – richtigen – Eindruck, von der eigenen Regierung belogen zu werden. Die Geheimnistuerei führte darüber hinaus dazu, dass die Hörer für allerlei Empfangsprobleme anderer Sender als des RIAS vermeintliche Störungen verantwortlich machten, die damit in Wirklichkeit nichts zu tun hatten.

Die Wirkung nach innen, auf die eigene Bevölkerung, war eine Sache, aber nicht minder problematisch waren die außenpolitischen Signale. Das galt weniger in den konfrontativen 1950er und 1960er Jahren, als man sich auf internationaler Ebene darauf berief, dass es schließlich westliche Staaten gewesen seien, die die 1948 in Kopenhagen vereinbarte Koordinierung der Mittel- und Langwellenfrequenzen zuerst gebrochen hatten.⁵⁴ Unter anderem der RIAS nutze nicht genehmigte Frequenzen und Senderstärken.⁵⁵ Darüber hinaus argumentierte man, dass im Kopenhagener Wellenplan die Mittel- und Langwelle lediglich für die nationale Versorgung vorgesehen gewesen sei, ein Prinzip, welches der RIAS verletze.⁵⁶ Doch in den 1970er Jahren hatte sich das konfrontative Klima gewandelt, und die Störungen passten immer schlechter zu den intensiven Bestrebungen der DDR nach internationaler Anerkennung. Deutlich wurde dies etwa auf einer Pressekonferenz im Sommer 1975, auf der der stellvertretende Außenminister von einem westdeutschen Korrespondenten gefragt wurde, ob es im Zuge des KSZE-Prozesses auch zu einem Ende der Störungen des RIAS kommen könne. Die harsche Antwort offenbarte indirekt, dass die Frage einen wunden Punkt getroffen hatte: Man solle „im Zeichen der internationalen Entspannung keine Probleme aufwerfen, die frei erfunden sind und der Sache nicht dienen“.⁵⁷

Das Ende der Störsender und ein Nachspiel

Tatsächlich wurden die Störungen rund drei Jahre später eingestellt. Unmittelbarer Anlass war allerdings nicht die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte in Helsinki 1975, sondern ein anderes internationales Abkommen, das etwa zur gleichen Zeit verhandelt worden war, nämlich der sogenannte Genfer Wellenplan. Dessen Ziel war es, nach dem weitgehenden Scheitern der Frequenz-Koordinierung in Kopenhagen nun eine verbindliche Einigung für Europa und Afrika zu erreichen. Die DDR war erstmals offiziell beteiligt, und intern wurden die Verhandlungen als großer Erfolg gewertet.⁵⁸ Der damit verbundene Gewinn an internationaler Reputation erforderte freilich auch, dass man

.....
54 Vgl. Georg von Glowczewski: Der Kopenhagener Wellenplan. Seine politischen, rechtlichen und technischen Folgen für die ARD. In: Winfried B. Lerg und Rolf Steininger (Hrsg.): Rundfunk und Politik 1923-1973. Beiträge zur Rundfunkforschung. Berlin 1975, S. 385-410 (= Rundfunkforschung; 3).

55 Ebd.

56 So die Argumentation eines Angehörigen des DDR-Außenministeriums gegenüber einem RIAS-Redakteur; zugleich hielt ersterer an der Behauptung fest, der RIAS werde von Seiten der DDR nicht gestört. Vgl. Steinke an Hammerstein, 10.07.1975. DRA Potsdam, RIAS-Depositum, F 502-00-00/47.

57 Zitiert nach ebd.

58 Ministerrat der DDR, 15.03.1976. Information über die Ergebnisse der Lang- und Mittelwellenkoordination, Genf 1975. BArch Berlin, DM 3/14391, S. 142-156.

sich an die Vereinbarungen hielt und keine Frequenzen belegte, die eigentlich anderen Staaten zustanden. Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens am 23. November 1978 endete daher nach 26 Jahren die Ära der Störsender gegen den RIAS.

Rund ein Jahrzehnt lang schien es so, als sei die Geschichte der Störsender in der DDR damit zum Abschluss gekommen. Doch tatsächlich sollte noch eine Episode folgen. Denn im Jahr 1988, kurz vor seinem Untergang, ließ sich das Regime in Berlin zu einer punktuellen und regional begrenzten Neuauflage der Störungen provozieren. Hintergrund war ein Bündnis zwischen Oppositionellen in der DDR und linksalternativen Gruppen in Westberlin. Letztere nutzten die Liberalisierung der Rundfunkordnung in der Bundesrepublik zur Veranstaltung eines eigenen, legalen Rundfunkprogramms unter dem Namen „Radio 100“ auf UKW. Es beinhaltete seit August 1987 einen festen monatlichen Sendeplatz mit dem Namen „Radio Glasnost – Außer Kontrolle“, der ein Forum für die Opposition in Ostdeutschland schuf. Zur Sendung kamen kritische Berichte von Oppositionellen aus der DDR, die dort auf Tonbandkassetten produziert und über die Grenze geschmuggelt wurden.⁵⁹

Schon der Titel der Sendereihe illustrierte den programmatischen Anspruch, das Informations- und Meinungsmonopol der DDR-Medien zu brechen, und die behandelten Themen tangierten tatsächlich oftmals aus Sicht der Verantwortlichen in der DDR überaus heikle und öffentlich tabuisierte Fragen. Dementsprechend allergisch fiel die Reaktion aus: Im SED-Leitorgan „Neues Deutschland“ und sogar in der sowjetischen „Pravda“ war von „Hasstiraden gegen die DDR“ bzw. „konterrevolutionärer Propaganda“ die Rede.⁶⁰ Schon kurz nach dem Sendestart erarbeitete der Staatssicherheitsdienst Gegenmaßnahmen.⁶¹ Letztere gipfelten im April 1988 in zwei punktuellen Störaktionen der funktechnischen Abteilung der Staatssicherheit, mit denen der Empfang der regierungskritischen Beiträge in Ostberlin und in der DDR verhindert werden sollten.⁶²

Bei diesen beiden Aktionen unter den Tarnnamen „David 1“ und „David 2“ kamen zunächst zwölf, beim zweiten Mal sogar 18 UKW-Störsender zum Einsatz, die in Ostberlin und in Potsdam platziert waren. Als technisch schwierig erwies sich dabei, dass sich die Störungen nach Möglichkeit in Westberlin nicht auswirken sollten. An 64 Messpunkten in und um Berlin wurde die Wirksamkeit überprüft, zusätzlich sollten informelle Mitarbeiter in Westberlin prüfen, ob der Empfang hier störungsfrei möglich war.⁶³ Doch eine Verstärkung oder gar Ausweitung der Maßnahmen unterblieb. Stattdessen gab Minister Mielke kurz darauf den Befehl, „ab sofort“ keine weiteren Störungen mehr vorzunehmen.⁶⁴ Die Gründe dafür dürften ähnliche gewesen sein wie zuvor im Falle der RIAS-Störungen. Maßgeblich war dabei diesmal allerdings offenbar weniger das grotesk anmutende Missverhältnis zwischen dem betriebenen Aufwand und dem vermut-

59 Vgl. Jacqueline Boysen: „Radio Glasnost – außer Kontrolle“. Ein West-Berliner Sender der DDR-Opposition. In: „Deutschland Archiv“ 44 (2011), H. 1 (Boysen 2011), S. 35-40.

60 Ebd., S. 38.

61 Maßnahmen der Linie IX zur Zurückdrängung und Unterbindung feindlich-negativer Beeinflussung von Bürgern der DDR durch den Sendebeitrag „Radio Glasnost“ vom Westberliner Privatsender „Radio 100“; 23.09.1987. BStU MfS HA IX/1620, S. 101-105.

62 Hauptabteilung III, Information zu durchgeführten Maßnahmen gegen die Sendung „Radio Glasnost – außer Kontrolle“, 25.4. 1988. BStU MfS ZAIG 6252a Bl. S. 41-43.

63 Ebd.

64 Schreiben vom 16. Mai 1988. MfS ZAIG 6252a, Bl. 62.

lich sehr überschaubaren Hörerkreis der keineswegs professionell produzierten Sendung. Sorge bereitete den Verantwortlichen anscheinend vor allem, dass die Störungen vom Westen verifiziert werden konnten, und der Verstoß gegen internationale Vereinbarungen einen außenpolitischen Reputationsverlust der DDR mit sich bringen könnte.⁶⁵

Warum die DDR die Störsender abschaltete – oder: Grenzen der Instrumentalisierung

Das Stören westlicher Rundfunksender beruhte in hohem Maße auf der Vorstellung, die Bevölkerung vor „schädlichen“ Einflüssen des Kapitalismus schützen zu müssen. Entsprechend den kommunistischen Axiomen des Klassenkampfes nahm man an, dass es „das Kapital“ respektive dessen höchste Repräsentanten seien, die über die vermeintlich zentral gesteuerten westlichen Medien versuchten, die Arbeiterklasse zu manipulieren und dadurch auch den „ersten Arbeiterstaat auf deutschem Boden“ zu unterwandern. Die damit verbundene Unterstellung überaus „starker“ Medienwirkungen im Sinne unmittelbarer politischer Beeinflussung entsprach dabei den generellen Vorstellungen besonders in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Aus dieser Perspektive waren die Programme westlicher Rundfunksender nicht mehr und nicht weniger als ein Instrument psychologischer Kriegsführung. In besonderem Maße galt das in den Augen des Regimes für den US-amerikanisch kontrollierten RIAS, der sich explizit auch an die Hörer in der DDR richtete und dessen Berichterstattung während des Volksaufstandes im Juni 1953 für die Aufständischen von großer Bedeutung gewesen war. Die geheimdienstliche Logik des Kalten Krieges determinierte von Anfang an auch in diesem Bereich die Wahrnehmungen und die daran geknüpften Praxen.

Was lag also näher, als dessen Empfang mit technischen Mitteln zu unterbinden? Nach dem Krieg experimentierte man zunächst mit Drahtfunk, scheiterte dabei aber ebenso wie an dem Versuch, Empfänger mit einer fest eingestellten Frequenz einzuführen.⁶⁶ Erst der Aufbau des Störsendernetzes schien vielversprechender. Zu Beginn der 1950er Jahre glaubte man offenkundig, es sei nur eine Frage der Zeit, bis ein Empfang westlicher Sender in der DDR nicht mehr möglich sei. Von Beginn an ergaben sich allerdings auf unterschiedlichen Ebenen Probleme und Zielkonflikte. Dies zeigte sich zunächst auf der technischen Ebene. Zwar resultierten zahlreiche technische Probleme wie die Störungen von Polizeifunk und Telefonübertragungen sowie mit der optimalen Anordnung von Sendern und Antennen in erster Linie aus den politisch bedingten Zwängen zur Geheimhaltung der Anlagen. Allerdings konnten auch aus technischen Gründen von Beginn an nicht alle Frequenzbänder gestört werden. Auf längere Sicht erwiesen sich aber vor allem die raschen technischen Innovationen im Bereich der Rundfunktechnik als Problem, weil die Bedeutung der Störsender dadurch stetig abnahm. Zu Beginn der 1950er Jahre, als die Mehrzahl der Hörer noch lediglich über einfache, zumeist auf die Mittelwelle begrenzte Empfänger verfügte, mochten die Störungen vergleichsweise wirkungsvoll sein. Aber mit dem Aufbau eines UKW-Netzes, das auch in der DDR bereits in den 1960er Jahren flächendeckend zur Verfügung stand, und der Verbreitung immer hochwertigerer Empfangsgeräte nahm ihre Bedeutung zwangsläufig ab.

.....
65 Boysen 2011, S. 39.

66 Vgl. Christoph Classen: Jamming the RIAS. Technical Measures against Western Broadcasting in the GDR 1945-1989. In: Badenoch et al. 2013, S. 340ff.

Erst recht galt dies vor dem Hintergrund der Veränderung des Medienensembles, dessen Dynamik man zu Beginn der 1950er Jahre wohl ebenfalls nicht vorhergesehen hatte: gemeint ist der Aufstieg des Fernsehens, das in der DDR bereits in den 1960er Jahren das Radio als führendes Informations- und Unterhaltungsmedium abzulösen begann. Zwar gab es auch hier in den 1960er Jahren noch Versuche, den Westempfang mit technischen Maßnahmen zu behindern. Beispielsweise mobilisierte man nach dem Mauerbau die ostdeutsche Jugendorganisation FDJ, um im Rahmen der Kampagne „Blitz contra NATO-Sender“ nach Westen gerichtete Fernsehantennen unbrauchbar zu machen. Doch auf den technisch im Vergleich zum Radio wesentlich aufwendigeren Aufbau von Störsendern wurde hier verzichtet. Lediglich betrieb man offenbar mit Bedacht in einzelnen Städten (ohnehin notwendige) Fernseh-Umsetzer für das DDR-Fernsehen auf exakt jenem Kanal, auf dem man sonst das 1. Programm des Westfernsehens hätte empfangen können.⁶⁷ Dennoch war der Empfang zumindest eines der drei bundesdeutschen Fernsehprogramme mit Ausnahme von einigen Regionen im äußersten Süd- und Nordosten der DDR seit den 1960er Jahren überall möglich. Auch deshalb wirkten die Störungen des RIAS zunehmend anachronistisch.

Untrennbar verbunden mit der dynamischen Entwicklung der Rundfunktechnik war die ökonomische Problematik. Bereits zu Beginn der 1960er Jahre war dem Postministerium klar, dass trotz erheblichen finanziellen Einsatzes nur ein relativ kleiner Teil der Hörer am Empfang westlicher Stationen gehindert wurde. Tatsächlich konzentrierten sich die Maßnahmen nach wie vor nur auf die RIAS-Mittelwelle und Langwelle-Frequenzen, alle anderen Sender und Frequenzbereiche waren frei empfangbar. Dabei stellte angesichts der stets begrenzten Ressourcen schon die steigende Sendeleistung der zahlreich von Westen einstrahlenden Stationen eine permanente Herausforderung dar. Hinzu kam der immense Innovationsdruck auf dem Gebiet der Radio- und Fernsehtechnik, der neben der Sendetechnik auch die Empfangs- und Studioteknik betraf. Dem Aufbau der technischen Infrastrukturen, sei es UKW, Stereophonie oder (Farb-)Fernsehen, folgte zwangsläufig die Notwendigkeit, diese auch mit attraktiven und immer umfangreicheren Programmangeboten zu füllen. Offenbar erschienen hohe Investitionen in eine rein defensive Maßnahme wie die Störsender angesichts dieser Situation relativ bald als fragwürdig. Auch deshalb erreichte der Ausbau des Störsendernetzes seinen Höhepunkt bereits um 1960. Einen weiteren Ausbau, etwa in den UKW-Bereich oder auf andere Stationen als den RIAS, lehnte, nicht zuletzt mit Blick auf die Kosten, selbst die zuständige Fachabteilung im Postministerium ab.

Wie eingangs erwähnt, lagen dem Aufbau des Störsendernetzes politische Entscheidungen von deutscher und sowjetischer Seite zugrunde. Neben den technischen und ökonomischen Hindernissen zeigten sich allerdings auch auf der unmittelbar politischen Ebene Zielkonflikte. Gerade die autokratischen und diktatorischen Regime des 20. Jahrhunderts verwandten erhebliche Anstrengungen darauf, sich öffentlich zu legitimieren und ihre Politik als Ausweis der (vorgeblichen) Interessen der Bevölkerungsmehrheit darzustellen. Diesem, auch von der SED angestrengt verfolgtem Ziel waren die Störsender allerdings weder außenpolitisch noch innenpolitisch zuträglich. Wer, wie die DDR, behauptete, das bessere politische System zu besitzen, musste sich, um glaubwürdig

67 So in den 1960er Jahren in den Industriestädten Jena und Eisenhüttenstadt. Vgl. zu Eisenhüttenstadt Günter Fromm: Eisenhüttenstadt, sein Störsender und die verbotenen Antennen. In: Evamarie Badstübner (Hrsg.): Befremdlich anders. Leben in der DDR. Berlin 2000, S. 219-232.

zu bleiben, einem Wettbewerb stellen, anstatt ihn mit Gewalt zu verhindern. Aus den Legitimationsproblemen resultierte die strikte Geheimhaltung, die allerdings insbesondere innenpolitisch kaum durchzuhalten war und dadurch erst recht delegitimierend wirkte. Auf internationaler Bühne wollte die DDR ebenfalls nicht als „Störer“ dastehen. Deshalb wurden von Beginn bis zum Ende der Störungen alle stärkeren Sender mit Rundfunk-Modulation betrieben, so dass sie als interferierende Stationen gelten konnten. Dies beeinträchtigte allerdings den Wirkungsgrad nicht unerheblich. Mit den zunehmenden Bemühungen der DDR um internationale Anerkennung in der Honecker-Ära passten die Störungen zudem immer schlechter in das außenpolitische Konzept. So stand die Einstellung der Störmaßnahmen im November 1978 unmittelbar im Zusammenhang mit der Einbindung der DDR in den Genfer Wellenplan.

Der Nutzen, der sich unter diesen Bedingungen für die defensive Praxis des Störens ergab, musste also sowohl aus technischer als auch aus ökonomischer und politischer Perspektive zunehmend als fragwürdig erscheinen, die Einstellung gegen Ende der 1970er Jahre war überfällig. Doch ist damit noch nicht die Frage beantwortet, wieso die repressiven Strategien gegen den Westempfang (die ja neben den hier behandelten technischen Maßnahmen auch ein Arsenal von anderen Mitteln bis hin zur juristischen Verfolgung beinhalteten) seit den 1970er Jahren auch insgesamt spürbar abnahmen.⁶⁸ Die Antwort ist hier auf der gesellschaftlichen Ebene der Aneignung dieser Medien zu suchen. Letztlich waren die meisten Rezipienten nicht bereit, sich bei der freien Auswahl ihrer Programme einschränken zu lassen, zumal sie darin in den wenigsten Fällen eine politische Entscheidung sahen. Schon in den 1950er Jahren richtete sich das primäre Interesse der Hörfunk-Nutzer auf Unterhaltungssendungen, die man nutzte, um den beschwerlichen Alltag besser zu meistern. Diesem „privaten“ Anspruch auf selbstbestimmten Medienkonsum stand das kommunistische Verständnis der Medien als politische Instanzen durch die Partei entgegen. Insofern sanktionierte die zunehmende Duldung des Westempfangs seit den 1970er Jahren nur eine längst etablierte gesellschaftliche Praxis der Medienaneignung. Die de facto bestehende Konkurrenz-Situation wurde weniger bekämpft als widerwillig akzeptiert.⁶⁹ Radio und Fernsehen waren zu einem Konsumgut geworden, das sich den bipolaren Kategorien von Ost und West oder, in der Terminologie Carl Schmitts, von Freund und Feind weitgehend entzog. Der Versuch der Politik, sie auf eine rein politisch-instrumentelle Funktion festzuschreiben, war nicht nur auf der technischen Ebene gescheitert.

.....

68 Allerdings bedeute dies keineswegs das Ende aller Repressionen; letztere wiesen gerade auf den „unteren“ Ebenen des Apparates wie Schule, Universität etc. noch bis in die 1980er Jahre erhebliche Kontinuitäten auf; vgl. Hanno Hochmuth: Politisiertes Vergnügen. Zum Konflikt um das Westfernsehen an Schulen in der DDR. In: Ulrike Häußler und Marcus Merkel (Hrsg.): Vergnügen in der DDR. Berlin 2009, S. 287-303.

69 Vgl. Edward Larkey: Radio Reform in the 1980s. RIAS and DT 64 Respond to Private Radio. In: Annette Vowinckel, Marcus M. Payk und Thomas Lindenberger (Hrsg.): European Cold War Cultures, Perspectives on Eastern and Western European Societies. New York und Oxford 2012, S. 76-93.

Anke Hagedorn

Deutsch-deutsche Konkurrenz?

Die Deutsche Welle und der DDR-Auslandssender Radio Berlin International

Am 3. Mai 1953 meldete sich die Deutsche Welle (DW) erstmals offiziell als neuer deutscher Auslandssender aus einem Studio des damaligen Nordwestdeutschen Rundfunks: „Hier ist die Deutsche Welle. Sie hören uns aus Köln über Richtstrahler nach Fernost im 25-Meter-Band auf 11 795 khz. Die Deutsche Welle sendet dieses Programm im Auftrag der Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland. Sie hören uns täglich von 11:30 bis 14:30 Mitteleuropäischer Zeit.“ Zwei Jahre später, am 15. April 1955 um 18 Uhr, ertönte erstmals das Erkennungszeichen von Radio Berlin International (RBI) aus Ostberlin mit der bekannten Melodie aus Beethovens 9. Symphonie „Freude, schöner Götterfunken“, die die erste Fremdsprachensendung des Rundfunks der DDR mit der Stationsmeldung ankündigte: „Ici Berlin, la voix de la République Démocratique Allemande.“ Bis zum 3. Oktober 1990 gab es zwei Sender, die sich jeweils als *die* Stimme Deutschlands im Ausland verstanden. Wie war ihr Verhältnis zueinander? Waren sie als Konkurrenten entstanden und lieferten sich einen Kalten Krieg im Äther?

Die Beziehungen zwischen RBI und der DW sind bislang in der Forschung kaum berücksichtigt worden.¹ Dabei sind Ausrichtung und Selbstverständnis beider Sender ein äußerst interessanter Spiegel der außenpolitischen Prioritäten beider deutscher Staaten während des Kalten Krieges. Im Folgenden wird der Frage nach möglichen Parallelen in der Entstehungsgeschichte bzw. nach Abgrenzungsversuchen zwischen DW und RBI nachgegangen.

Als Hauptziel der Sendungen von RBI wurde definiert: „möglichst breite Massen und Einzelpersonen im kapitalistischen Ausland zu richtigen Erkenntnissen über die DDR zu führen. Es gilt, Freunde der DDR im kapitalistischen Ausland zu gewinnen. Der Inhalt der Auslandssendungen ist folgender: Ausgehend von der Lage in Deutschland, der Existenz der beiden deutschen Staaten, ist der Charakter und die Politik der Deutschen Demokratischen Republik als friedliebender, antiimperialistischer und sozialistischer Staat zu erklären. (...) Es ist demgegenüber die Gefahr des deutschen Imperialismus und Militarismus besonders für die westeuropäischen, skandinavischen und antiimperialistischen Staaten darzustellen.“² RBI war also eindeutig als Propagandainstrument der DDR konzipiert worden. Es ging vor allem darum, die DDR zu Lasten der BRD aufzuwerten, die als Nachfolgeregime des NS-Staats dargestellt wurde. Diese Strategie verfolgte man vor allem gegenüber den westeuropäischen und insbesondere den skandinavischen Ländern. Der zweite Ansatz war die internationale Propaganda gegenüber den Entwicklungsländern: 55 Prozent des Sendevolumens von RBI konzentrierte sich auf die ‚Dritte Welt‘. Dabei lag ein besonderes Augenmerk auf den neuen afrikanischen

.....
1 Über die Deutsche Welle gibt keine umfassende historische Arbeit, die sowohl die Gründungsgeschichte als auch die weitere Entwicklung bis in die heutige Zeit unter Berücksichtigung der jeweiligen politischen Kontexte analysiert. Über die Geschichte von RBI gibt es bis heute keine wissenschaftliche Publikation. Lediglich zwei unveröffentlichte Magisterarbeiten befassen sich mit dem Auslandssender der DDR und seiner Beziehung zur DW. Diese Lücke soll meine Dissertation schließen, die voraussichtlich Anfang 2015 publiziert wird (Anke Hagedorn: „Zwischen Sender und Sendungsbewußtsein. Die Entwicklung der Deutschen Welle und ihre politischen Kontexte“, unveröff. Diss. Universität Konstanz.)

2 Bundesarchiv (BArch), Bestand: Staatliches Komitee für Rundfunk – Signatur DR 6/272. Sommerprogramm 1959 Radio Berlin International.

Staaten, die nicht zu den sozialistischen ‚Bruderstaaten‘ gehörten, von denen man aber hoffte, dass diese sich auf die Seite der DDR stellen würden.

Diese Zielsetzung hielt bis kurz vor der Wende an. So definierte Klaus Fischer, RBI-Mitarbeiter seit 1960 und ab 1976 dessen Intendant, noch 1988 die Aufgaben des Senders folgendermaßen: „Wir wollten mit unseren Sendungen nicht nur den Ring der Verleumdungen sprengen, wir wollten auch helfen, den politisch-diplomatischen Wall, den die imperialistischen Staaten damals um die DDR gezogen hatten, zu durchbrechen.“³ Realität und Darstellung klafften ständig auseinander, bestätigt Manfred Böhm, ab 1975 Mitarbeiter bei RBI. Auch Hendrik Böhme, Redakteur im Deutschen Programm von RBI seit 1982, erklärt: „Es war auf jeden Fall ein Propagandasender. Wir waren ja direkt gelenkt von einer Abteilung Auslandsinformation vom Zentralkomitee der SED. Das waren die wirklichen Chefs. Unsere Chefredakteure haben nur durchgestellt.“⁴ Vor allem die Kommentare seien „Propaganda pur“ gewesen.⁵ Zusätzlich wurden die Sendungen von einer Fülle von Propagandaschriften begleitet, die außerhalb des Hauses erstellt wurden.

Bei der DW hingegen wurden die Unabhängigkeit des Senders und die Objektivität der Berichterstattung als oberste Gebote definiert. Eine Kontinuität mit dem Auslandsfunk der Weimarer und vor allem der NS-Zeit sollte tunlichst vermieden werden, der Bruch mit der medialen Vergangenheit des Auslandsrundfunks der 30er und 40er Jahre wurde geradezu inszeniert. Der offizielle Sendeauftrag der DW lautete, „den Hörern in Übersee ein möglichst lebendiges Bild von den politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen in der Bundesrepublik zu geben“.⁶ Doch der westdeutsche Auslandsfunk war ebenso wie RBI ein Kind des Kalten Krieges und als solches Teil der medialen Ost-West-Auseinandersetzung. Die Deutsche Welle stellte sich von Anfang an hinter die Bemühungen der Bundesrepublik um eine Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten. So betonte der erste Leiter des deutschen Programms, Werner Bader: „Wir hatten natürlich im Kalten Krieg eine klare Position: Die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Demokratie. Unsere Grundlage: Die DDR wird nicht diplomatisch anerkannt. Wir hatten eine ziemlich klare Position, eine bestimmte Ideologie, aber nicht kämpferisch.“⁷ Der Begriff ‚DDR‘ wurde daher konsequenterweise auch lange nicht verwendet. In ihrer Berichterstattung über die Deutsche Frage setzte die DW zumindest nach ihrer eigenen Einschätzung einen möglichst neutralen Ton ein, nicht zuletzt, um die Differenz zur aggressiven Propaganda der Ostblocksender hörbar zu machen. So betonte Intendant Wesemann 1967: „Je besser es uns gelingt, das ganze Deutschland zum Gegenstand einer wahrheitsgemäßen, nicht propagandistisch verfälschenden Darstellung zu machen, je klarer wir zu erkennen geben, daß ein gemeinsames deutsches Staatsbewußtsein auch durch Mauer, Stacheldraht und Todesstreifen nicht ausgelöscht werden kann, umso glaubwürdiger werden wir die gemeinsame Sa-

.....
3 Fischer, Klaus: Radio Berlin International – die Stimme des Friedens und des Sozialismus aus Berlin. In: Ingrid Pietrzynski (Hrsg.): Erinnerungen von Pionieren und Aktivisten des Rundfunks der DDR. Ausgewählte Erlebnisberichte. Berlin 1988, S. 147.

4 Interview der Verfasserin mit Hendrik Böhme vom 15. Oktober 2010..

5 Interview der Verfasserin mit Manfred Böhm vom 15. Oktober 2010.

6 Vgl. Informationsblatt für die Pressekonferenz am 30.3.1953.

7 Interview der Verfasserin mit Wolfgang Bader vom 5. November 2010.

che unseres Landes vor der Welt vertreten können.“⁸ Ihre Kritik am Mauerbau und an den Zuständen jenseits der Mauer fasste die Deutsche Welle aber in deutliche Worte. Sie strahlte in ihrem deutschen Programm ab 1964 alle 14 Tage den „DDR-Report“ aus. Daneben gab es das wöchentliche „Berliner Magazin“ und alle vier Wochen im Wechsel den „Bericht aus Mitteldeutschland“ bzw. den „Berliner Brief“. Dass diese Sendungen auch in der DDR gehört wurden, war kein explizites Ziel der DW – für die Berichterstattung in Richtung DDR war offiziell der eigens dafür gegründete Deutschlandfunk zuständig – wurde aber freilich einkalkuliert.

Besonders umkämpft aber waren die fremdsprachigen Hörer. So betonte der erste Intendant der DW, Hans Otto Wesemann, in Bezug auf die Sendungen für die arabische Welt: „Gerade in diesen Gebieten befindet sich die Bundesrepublik in einer informationpolitischen Verteidigungsstellung; sie steht vor der überaus schwierigen Aufgabe, ein Gegengewicht zu den propagandistischen Anstrengungen zu bilden, die der Ostblock mit einem unvergleichlich viel höheren Aufwand an Menschen, Geldern und Informationstechnik unternimmt.“⁹ Als direkter Konkurrent wurde dabei RBI angesehen, das „in der augenblicklichen Situation von besonderer Bedeutung“ sei, so eine Studie der DW über „trends of propaganda“¹⁰. Während die DW Ende der 60er Jahre pro Woche nur rund 14 Stunden auf Arabisch ausstrahlte, hatte RBI die Sendeleistungen auf rund 35 Wochenstunden exponentiell gesteigert und konnte darüber hinaus auch mit einer weit überlegenen Empfangsqualität punkten.

Erweiterte Sendezeit

Diese Aufrüstung von RBI lieferte ein weiteres Argument für den Ausbau der Sendezeiten und der Sendestärke der DW in Richtung Nahost und der Vereinigten Arabischen Emirate. Der Fokus der Deutschen Welle richtete sich vor allem auf diejenigen arabischen Länder, die sich während der Nahostkrise von 1965 auf die Seite Deutschlands gestellt hatten, nämlich Tunesien, Marokko und Libyen.¹¹ Es galt nun zu verhindern, dass diese drei noch „neutralen“ Länder die DDR diplomatisch anerkannten. Die DW reagierte zunächst mit einer kurzfristigen Erweiterung der arabischen Sendungen auf drei Stunden täglich. Diese Form der Beziehungspflege war offensichtlich erfolgreich: „Die [...] Hörerbriefe lassen nach dem 1965 vollzogenen Bruch mit der Bundesrepublik eine unveränderte Zuneigung zu den Deutschen erkennen“, konstatierte der Leiter der Nahostprogramme Ekkehardt Gentz.¹²

Auch in Afrika konkurrierten DW und RBI um die Hörerschaft. Mit der Umwandlung ehemaliger afrikanischer Kolonialstaaten in unabhängige Länder ab 1958 wuchs das Interesse des Ostens wie des Westens an einem Auf- bzw. Ausbau der eigenen Wirkungsmacht in diesem rohstoffreichen Kontinent. Dabei kam dem Rundfunk als wirksamem Massenmedium im Rahmen einer oral geprägten und in großen Teilen nicht

.....

8 Interview mit Hans Otto Wesemann in „fff-Courier“ Nr. 1 vom 5. Januar 1967, S. 7.

9 Willi Boelcke: Die Macht des Radios: Weltpolitik und Auslandsrundfunk 1924–1976. Frankfurt am Main 1977, S. 584.

10 Protokoll der 36. Sitzung des DW-Rundfunkrats vom 29. September 1967. BArch B 145/16.

11 Als die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zu Israel und Waffenlieferungen der Bundesregierung an Tel Aviv bekannt wurden, hatten neun arabische Länder den Kontakt zu Bonn abgebrochen. Vgl. AAPD 1965, Bd. 2, Dok. S. 203.

12 Ekkehardt Gentz in NN: Deutsche Welle 1963–1966, S. 87.

alphabetisierten Gesellschaft eine besonders wichtige Rolle zu. Die Ostblocksender begannen als erste mit einem massiven Auf- und Ausbau von Programmen für den afrikanischen Kontinent. Radio Moskau strahlte ab 1958 spezielle Sendungen für Afrika in französischer und englischer Sprache aus. Radio Berlin International rief Anfang Mai 1960 eine Afrika-Redaktion ins Leben und begann mit Sendungen in Französisch, Englisch und Deutsch für den Kontinent. Ab Juli 1964 wurden auch Sendungen in Suaheli ausgestrahlt. 1965 betrug die tägliche Sendezeit von RBI für Afrika 20 Stunden in fünf Sprachen.¹³ Dabei lag ein besonderes Augenmerk auf den neuen afrikanischen Staaten, die nicht zu den sozialistischen „Bruderstaaten“ gehörten, von denen man aber hoffte, dass diese sich auf die Seite der DDR stellen würden. Es entstanden RBI-Hörerklubs in Südostasien, Afrika und Lateinamerika. Heinz Odermann, der am Aufbau von RBI in den 60er Jahren beteiligt war, berichtet in seinem stark subjektiv gefärbten Porträt des Senders, das aus „dem Denken und dem Fühlen und den Meinungen der Hörerinnen und Hörer geschrieben“ wurde, von über 700 Hörerklubs in 54 Ländern im Jahr 1978, die meisten davon in Indien (283), Ghana (94), Algerien (54), Tansania (53) und Nigeria (40).¹⁴

Nachdem sie den Wert dieser Hörerklubs für eine bessere Vermarktung des Senders erkannt hatte, begann die Chefredaktion von RBI ab Ende der 60er Jahre, die Zusammenarbeit mit diesen zu gestalten: Im Programm wurden besondere Sendungen den Hörerklubs gewidmet, in denen Tipps für einen besseren Empfang gegeben, Erfolge der Öffentlichkeitsarbeit von einzelnen Klubs lobend erwähnt und auch Briefe von Klubmitgliedern vorgelesen wurden.¹⁵ Ziel war es, die Hörerklubs in die Bemühungen für eine diplomatische Anerkennung der DDR insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent einzubinden: Sie sollten – so Odermann – „eine öffentliche Aufmerksamkeit für diese Forderung schaffen, ohne daß der Sender sie als Propagandisten gegen ihre Regierung verwendet“, indem die Klubmitglieder beispielsweise Unterschriften für die Anerkennung der DDR sammelten.¹⁶ Die Klubs wurden also gezielt als Werber für RBI im Besonderen und die Außenpolitik der DDR im Allgemeinen eingesetzt. Anfang der 80er Jahre ließen die intensiven Bemühungen von RBI um die Hörerklubs nach, ihre Zahl schrumpfte bis 1988 auf rund 300 weltweit.¹⁷

Der Bundesrepublik ging es auf dem afrikanischen Kontinent in erster Linie darum, ihren Alleinvertretungsanspruch deutlich zu machen; entwicklungs- und wirtschaftspolitische Aspekte waren diesem Ziel untergeordnet. Genau wie gegenüber den Maghreb-Staaten drohte Bonn gemäß der Hallstein-Doktrin im Falle einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR mit zunächst nicht näher definierten „Konsequenzen“. Es war aber allen Beteiligten klar, dass diese vor allem finanzieller Natur sein, sprich eine Kürzung der Entwicklungshilfe als Folge haben würden.¹⁸ Dementsprechend sah auch die Deutsche Welle die Hauptaufgabe ihres Afrika-Programms darin, die Werbetrommel für die Bundesrepublik zu rühren: „Die Afrikaner kennen den Begriff Deutschland, der ihnen

.....
13 DW-Dokumentation „Kommunistische Auslandssendungen für Afrika“ vom 25. November 1965 in BArch B145/16.

14 Odermann, Heinz: Welle mit tausend Klängen. Berlin 2003, S. 23. Diese Zahlen sind mit Vorsicht zu genießen. Odermann gibt keine Belege an, die sie untermauern.

15 Odermann 2003, S. 21.

16 Odermann 2003, 24.

17 Odermann 2003, 27.

18 Siegmund Schmidt/Gunther Hellman/Reinhard Wolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Außenpolitik. Opladen 2007, 534.

gegenüber auf die verschiedenste Art und Weise interpretiert worden ist. Zweifel und begeisterte Haltung Deutschland gegenüber fordern unsere ständige Bemühung um eine überzeugende Selbstdarstellung.“¹⁹ Die ersten Sendungen der DW für Afrika wurden ab Anfang August 1962 in Englisch und Französisch ausgestrahlt; im Februar 1963 begann sie mit Programmen auf Kisuaheli und Haussa, 1964 auch in Kinyarwanda und Amharisch. „Das wichtigste Ergebnis dieser Sendungen in afrikanischen vernakulären Sprachen ist die Erzeugung des Gefühls bei unseren Hörern, dass Deutschland sie in ihrer kulturellen Umwelt versteht. Dies wird zur Voraussetzung für das Verständnis der Probleme der Bundesrepublik Deutschland und Deutschlands im Allgemeinen“, so Afrika-Programmleiter Wolfgang Teuscher.²⁰

Die Sendungen in afrikanischen Stammessprachen nahmen die Hörer mit Begeisterung auf: 1964 bekam die Afrika-Redaktion der DW über 4.500 Hörerbriefe aus der Region, was angesichts der hohen Zahl von Analphabeten recht beachtlich war.²¹ Die Hörer bekundeten ein lebhaftes Interesse an der besonderen Situation Deutschlands, und so wurden Sendungen zu Themen wie „Wie hoch ist die Berliner Mauer?“ oder „Wie ist jetzt die Situation der ostdeutschen Regierung?“ ausgestrahlt.²² Ihre Begeisterung für die Deutsche Welle drückte sich auch in der Gründung von Hörerklubs aus: 1969 gab es in Afrika bereits 174 Hörerklubs der Deutschen Welle mit etwa 6.600 Mitgliedern. Aus diesen Hörerklubs gingen Fußballmannschaften, Tanzgruppen und sogar Ehen hervor.²³

Potentieller Konkurrent ausgeschaltet

Beiden Sendern ging es also darum, sich vom anderen deutlich abzugrenzen und die Vorzüge des eigenen Systems ebenso wie die Situation im anderen Teil Deutschlands aus der eigenen Perspektive im Ausland möglichst effektiv zu präsentieren. Während sich RBI von Anfang an als direkter Konkurrent der DW verstand, fand eine direkte inhaltliche Auseinandersetzung der DW mit den Sendungen von RBI allein schon deshalb nicht statt, weil sich paradoxerweise gerade der unmittelbare Nachbar nicht so leicht abhören ließ, da er in der Bundesrepublik nicht zu empfangen war. Leute im Ausland mit dem Abhören zu betrauen, wurde von den Verantwortlichen als zu umständlich und zu kostspielig angesehen. So war die DW auf entsprechende Berichte von deutschen Auslandsvertretungen bzw. Hörern im Ausland angewiesen, um sich ein Bild der Zielrichtung von RBI zu machen. Eine direkte Auseinandersetzung mit Sendungen von RBI hätte dessen Bedeutung aber auch aufgewertet, so die Ansicht der Programmverantwortlichen der DW, die es aus demselben Grund auch vermieden, sich mit den deutlich aggressiveren Angriffen von Radio Moskau in ihren Sendungen auseinanderzusetzen. Dass die Wirkung von RBI aber durchaus ernst genommen wurde, zeigen die Bestrebungen der DW, die eigene Sendeleistung und den Programmumfang gegenüber RBI zu steigern. Es fand also ein mediales Wettrüsten zwischen den beiden Sendern statt, wobei die DW auf längere Sicht eindeutig die Nase vorn hatte.

.....

19 Redaktionsleiter Wolfgang Teuscher in Deutsche Welle 1963–1966, S. 78.

20 Ebd., S. 77.

21 Ebd., S. 210.

22 Ebd., S. 77.

23 Vgl. „Das größte Tar-Tam“. In: „Der Spiegel“ 53/1969, S. 69.

Nach dem Fall der Mauer wurde im Zuge der deutschen Wiedervereinigung die deutsche Rundfunklandschaft neu gestaltet. Nachdem es sowohl in West- als auch in Ostdeutschland einen Auslandssender gab, ging es sehr bald um die Frage, wer in Zukunft *die* Stimme im Ausland für das Vereinigte Deutschland sein würde. Radio Berlin International hatte zwar nicht mit der plumpen Propaganda der DDR-Inlandssender operiert, war aber durchaus als Werbetrommel für das SED-Regime eingesetzt worden. An diese Tradition anzuknüpfen, kam nach der Wende nicht in Frage. Was die weitere Zukunft des Senders betraf, gab es im Wesentlichen drei Optionen:

- Eine Umwandlung von RBI nach den Grundsätzen eines staatsfernen, freiheitlich-demokratischen Senders. Das hätte bedeutet, dass das wiedervereinigte Deutschland zwei Auslandssender hätte betreiben müssen.
- Eine Kooperation bzw. Fusion zwischen DW und RBI.
- Eine Übernahme von RBI durch die DW.

Um die Wirkung von RBI besser einschätzen zu können, hatte DW-Intendant Dieter Weirich vorsorglich am 5. Februar 1990 das von DW finanzierte Radio Antilles damit beauftragt, mittels eines Monitor-Reports die deutschen Programme beider Sender zu vergleichen. Dieser abgelegene quasi Ein-Mann-Betrieb eignete sich bestens für eine Untersuchung, deren Ergebnisse möglichst nicht an die Öffentlichkeit gelangen sollten. Der Leiter von Radio Antilles, Kristian Knaack, kam dabei zu folgendem Ergebnis: „Machart des Programms ist nicht so professionell und perfekt wie bei DW, gewinnt aber gerade dadurch an Glaubwürdigkeit und Attraktivität. [...] Resümee: RBI ist zu einem ernsthaften Konkurrenten der DW geworden und wird mit Sicherheit der DW Zuhörer im Ausland wegnehmen, da für einen Großteil der Zuhörer ein Unterschied zwischen DW und RBI gar nicht mehr feststellbar ist. Der Sendestandort ‚Berlin‘ ist ohnehin mehr dafür geeignet, für Deutschland zu sprechen als der Standort ‚Köln‘.“²⁴ Für Weirich, der von der Idee einer Zusammenarbeit zwischen beiden Sendern von Anfang an nichts hielt, war dies ein weiteres Argument, einen Fortbestand von RBI auf jeden Fall zu verhindern: Es galt nun auch, einen potentiellen Konkurrenten auszuschalten. Diesen Gedanken behielt er bei den ersten Kontakten mit der Führungsmannschaft von RBI freilich für sich: „Es ging darum, gute Kontakte zu knüpfen, immer mit dem Hintergedanken, die übernehmen wir eines Tages.“²⁵

Bei RBI hingegen war man naturgemäß viel eher an einer Kooperation mit der DW unter größtmöglicher Eigenständigkeit des Senders interessiert. Doch die Idee einer Fusion auf Augenhöhe wurde auch durch die äußeren Umstände zunichte gemacht: Im Juni 1990 stellte sich heraus, dass der DDR-Rundfunk insgesamt vor dem finanziellen Ausstand; damit wurde RBI zum lästigen Klotz am Bein. Am 22. Juni informierte Manfred Klein, der neue Generalintendant für Rundfunk, auf einer „Vertrauensleutenvollversammlung“ die RBI-Belegschaft über die notwendigen Einsparungen im DDR-Rundfunk sowie die damit verbundenen personellen Konsequenzen: Laut seinen Aussagen sollten 43 von 243 Beschäftigten bei RBI entlassen werden. „Des Weiteren geht unsere Rech-

.....
 24 Monitor-Report v. Radio Antilles v. 6. Mai 1990. „DW“-Archiv.

25 Interview der Verfasserin mit Dieter Weirich vom 22. Juli 2011.

nung davon aus, daß unser gesamter Auslandsrundfunk RBI zum Ende des 3. Quartals ausgegliedert wird und mit der Deutschen Welle fusioniert, worüber eine politische Entscheidung noch aussteht.“²⁶ Anfang Juli machte DDR-Staatssekretär Manfred Becker in einem Interview im Deutschlandsender klar: „Radio Berlin International wird verschwinden.“²⁷ Statt Kooperation ging es nun also auch offiziell um Fusion.

Für die Belegschaft von RBI kam der Übernahmebeschluß sehr plötzlich und wurde ganz klar als feindlicher Akt interpretiert. Sie reagierte mit Protestschreiben und öffentlichen Kundgebungen. Doch vergeblich: In der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1990 stellte RBI nach 35 Jahren als Auslandssender der DDR seine Tätigkeit ein. Die letzte Sendung des Deutschen Programms endete mit der Titelmusik von „Spiel mir das Lied vom Tod“ von Morricone mit den Worten: „Die Deutsche Einheit steht vor der Tür. Doch in den Freudentaumel mischen sich auch Wehrmutstropfen. Einer davon ist dieser hier. Denn dies ist der unwiederbringlich letzte Sendetag der Deutschen Sendung von Radio Berlin International.“²⁸

Nun ging es um die Frage des RBI-Personals: DW-Intendant Weirich hatte in der Übernahme von RBI von Anfang an vor allem die Möglichkeit gesehen, Frequenzen und Sendestellen des DDR-Auslandsfunks für die DW zu gewinnen und damit die technische Leistung der DW zu verbessern. An einer umfangreichen Übernahme der Beschäftigten des Senders war er weniger interessiert. In den Vereinbarungen der Regierung der DDR mit der Bundesregierung in Bonn wurde schließlich festgelegt, daß lediglich 21 Mitarbeiter von Radio Berlin International durch die DW übernommen werden sollten. Die Entscheidung darüber, wer das war, oblag allein DW-Intendant Weirich. Für ihn waren vor allem Alter und Fachkompetenz ausschlaggebend: „Ich hatte genügend alte Leute bei der Deutschen Welle in Köln“, so Weirich. Darüber hinaus habe er bei den Mitarbeitern aus Fremdspracheredaktionen diejenigen ausgewählt, „die in der jeweiligen Region einen Namen hatten“.²⁹ Weirich entschied sich letztlich für insgesamt zwölf Redakteure, die von RBI zur DW wechseln sollten: Drei kamen ins deutsche Programm, einer jeweils ins arabische, ins französische Programm für Afrika sowie in die Suaheli-Redaktion, zwei Redakteure sollten ins Hindi-Bengali-Programm wechseln, einer in die Zentralredaktion und eine Redakteurin in die Abteilung „Hörerpost“. Hinzu kamen zwei Sekretärinnen und sieben Techniker. Eine Übernahme des ehemaligen RBI-Intendanten Klaus Fischer kam nicht in Frage, so Weirich: „Fischer hätte ganz gerne eine Position übernommen. Aber das war politisch nicht erwünscht, daß derjenige, der sozusagen die Stimme der DDR repräsentiert hat, zur Deutschen Welle kam, das war politisch nicht durchsetzbar.“³⁰

Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Frage der politischen und ideologischen Vorbelastung der ehemaligen RBI-Mitarbeiter fand jedoch nicht statt. Weirich hatte die Hoffnung, dass er durch die Auswahl junger Redakteure dafür gesorgt hatte, dieses Problem möglichst zu umgehen: „Wenn einer noch relativ jung war, konnte er noch

.....
26 Pietrzynski, Ingrid (Hrsg.): Radio im Umbruch. Oktober 1989 bis Oktober 1990 im Rundfunk der DDR. Darstellungen, Chronik, Dokumentation, Presseresonanz. Berlin 1990, S. 488f.

27 Abschrift DW-Monitordienst v. 4. Juli 1990. BArch B 187/7575.

28 Vgl. Letzte Sendung RBI 2.10.1990. DRA Archiv Potsdam.

29 Interview der Verfasserin mit Dieter Weirich vom 22. Juli 2011.

30 Ebd.

keine große SED-Vergangenheit haben. Das heißt, sehr viele Schweinereien konnte er noch nicht gemacht haben.“ Es gab aber auch keine Bestrebungen, diesen Fragen wirklich auf den Grund zu gehen: „Im Grunde genommen hat es keine großen ideologischen Rasuren gegeben. Ich wollte möglichst schnell die Kiste mit den 21 Übernahmen über die Bühne bringen“, so Weirich, der sich auch für ein eventuelles Engagement der RBI-Mitarbeiter für die Staatssicherheit nicht wirklich interessierte: „Diese Frage hatte für mich, zumal ich mit den Leuten direkt geredet habe, nicht die ganz große Rolle gespielt.“³¹

In den Fragebögen, die den neuen Mitarbeitern ausgeteilt wurden, wurde auch nach einer Tätigkeit für das frühere Ministerium für Staatssicherheit sowie nach einer Funktion in der SED oder einer sonstigen herausgehobenen Funktion im System der ehemaligen DDR gefragt.³² Überprüft wurden diese Angaben allerdings nicht. DW-Intendant Weirich sah in der Übernahme des RBI-Personals offenbar kein ideologisches Problem, sondern behandelte diese Frage als reinen bürokratischen Vorgang. Für die Vergangenheit der neuen Mitarbeiter, deren beruflichen Werdegang sowie deren ideologische Fundierung interessierte sich Weirich wenig. Dies ist eigentlich erstaunlich, weil die meisten Journalisten der DDR an der Karl-Marx-Universität Leipzig ausgebildet worden waren.³³ Wenn auch das Interesse an der Vergangenheit der RBI-Redakteure bei der DW-Leitung gering war, so reagierten doch zumindest einige Hörer mit Empörung. So schrieb ein Hörer aus Köln Anfang November 1990 empört an Intendant Weirich: „Ich glaube, auch Sie werden nicht bestreiten, daß es weltweit keinen Sender gab, der mehr gegen die Bundesrepublik polemisiert und gehetzt hat als die Damen und Herren von RBI. [...] Ich war deshalb fassungslos, als ich heute zwischen 5:00 und 06:00 UTC bei der DW eine Stimme hörte, die mir in schlechter Erinnerung ist. [...] Die berichtende Dame war bis vor wenigen Wochen eine besonders eifrige Propagandistin des Kommunismus mit vielen gehässigen Kommentaren. [...] Nach der heutigen Sendestunde befürchte ich, daß stets antifreiheitliche und antiwestliche 150%ige Stalinistinnen und Stalinisten gut beim Klassenfeind angekommen sind.“³⁴

Die 21 von RBI übernommenen Mitarbeiter wurden nicht ins Mutterhaus nach Köln versetzt, sondern blieben zunächst in der Nalepastraße, in den ehemaligen Räumlichkeiten des RBI. Die DW hatte nun neben dem Westberliner auch ein eigenes Ostberliner Studio. Eine Zusammenführung der beiden Studios wurde offensichtlich nicht als mögliche Option angesehen. „Im Westberliner Studio wollten die uns auch gar nicht haben, die haben uns ja alle als Kommunisten angesehen“, so Böhme.³⁵ Die beiden getrennten Berliner Studios blieben bis 1994 bestehen. Erst mit der Übernahme von RIAS-TV durch die DW kam es zu einer Zusammenlegung beider Studios und einem Neuanfang in den ehemaligen RIAS-Räumlichkeiten in der Berliner Voltastraße.

.....

31 Ebd.

32 Vgl. Personalfragebogen. BArch B 187/7172.

33 Zur Ausbildung von Journalisten in der DDR vgl. Brigitte Klump: *Das rote Kloster*. Hamburg 1978; Michael Meyen/Anke Fiedler: *Die Grenze im Kopf. Journalisten in der DDR*. Berlin 2011; Christian Schemmert/Daniel Siemens: *Die Leipziger Journalistenausbildung in der Ära Ulbricht*. „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ 61/2 (April 2013), S. 201–237.

34 Brief eines Hörers von DW und RBI aus Köln an Intendant Weirich vom 3. November 1990. BArch B187/7575.

35 Interview der Verfasserin mit Hendrik Böhme v. 16. Juni 2010.

Laurens Form

Aus dem „Wunderland des Sports“

DDR-Sportberichterstattung im ZDF von 1963 bis 1992

Am 29. November 1978 strahlte das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF) eine Dokumentation in der Reihe „Der Sportspiegel“ aus. Dieses hintergründige, der Aktualität oft ferne Format, das schon seit Beginn des ZDF ein fester Bestandteil in der Programmfamilie war, galt bis zu seiner bedauerlichen Einstellung als eines der herausragenden sportjournalistischen Formate in der deutschen Fernsehlandschaft. Inhaltlich widmete sich der „Sportspiegel“ an diesem Tag in einer Länge von 45 Minuten einem ganz besonderen Gegenstand: dem Sportsystem der Deutschen Demokratischen Republik. Unter dem Titel „Zwischen Turbine und Friedrichshain – Nahaufnahmen vom Nachbarn DDR“ war der Film nur eine von mehreren längeren Dokumentationen im ZDF, die sich, ausgehend von den frühen 1970er Jahren bis 1980, mit dem vielleicht wichtigsten Subsystem der zweiten deutschen Diktatur journalistisch befasste. In dieser Hochphase des DDR-Sports errangen die „Diplomaten im Trainingsanzug“, die Athletinnen und Athleten aus dem Arbeiter- und Bauernstaat, einen Großteil der insgesamt 519 Medaillen bei Olympischen Spielen sowie Welt- und Europameisterschaften. Eine schier unglaubliche Bilanz für das Land, das gerade einmal 17 Millionen Einwohner zählte. „Auferstanden aus Ruinen“ wurde zum Dauerbrenner bei den großen Sportveranstaltungen. Wer erinnert sich nicht an die Bilder der Sportlerinnen und Sportler in den markanten blauen, aber immer etwas altmodisch aussehenden Trainingsanzügen? Eisprinzessin Katarina Witt, Sprintkönigin Renate Stecher, Schwimmer Roland Matthes oder Skispringer Jens Weißflog – klangvolle Namen, Athleten von Weltformat, die dafür sorgten, dass das Kürzel „DDR“ auf sportlicher Ebene in aller Munde war. Durch den Sport war die DDR „wer“, sie konnte sich auf der weltpolitischen Landkarte im Kalten Krieg positionieren, den Medaillen sei Dank.

Einblicke in das ‚Land der Sieger‘ zu erlangen war kaum möglich, die DDR schottete ihr Sportsystem, besonders den prestigeträchtigen Leistungssport, fast komplett ab, ein konspirativer Schleier umgab den „Staat im Staate“. „Zwischen Turbine und Friedrichshain“ sollte dem westdeutschen Zuschauer einen möglichst unverbauten Blick über die Mauer auf die Sportlandschaft der DDR liefern. Der Zuschauer bekam zwar Einblicke in ein erfolgreiches System – Station machte der Autor an der renommierten Deutschen Hochschule für Körperkultur, der DHfK in Leipzig, er besuchte Freizeitkicker und Tennisspieler in Ostberlin und verweilte in Erfurt beim Sportclub „Turbine“, der sportlichen Heimat hochdekorierter Spitzenathleten – doch wirklich zu sehen oder essentiell hörensenswert waren am Ende nur einige wenige Momente. Zu sehr schienen die Dreharbeiten wiederholt unter den Restriktionen der DDR-Verantwortlichen gelitten zu haben, zu handverlesen und politisch geschult waren die Interviewpartner, zu ausgewählt die gedrehten Bildeinstellungen.

Dennoch schaffte es die Dokumentation, nicht zuletzt dank einiger kritischer Anmerkungen von Autor Robert Hartmann, dem westdeutschen Zuschauer die Grundzüge des DDR-Sportsystems näher zu bringen, inklusive des stiefmütterlich behandelten Freizeit- und Erholungssports. Da sich die Verantwortlichen des ostdeutschen Sport-

wunders natürlich nicht von einem westdeutschen Filmemacher in die Karten schauen lassen wollten, verweigerte beispielsweise der Silbermedaillengewinner der Olympischen Spiele 1968, Lothar Milde, im Interview wohl auch hartnäckig Auskunft über die speziellen Kriterien, die bei der Suche nach besonders talentierten Jugendlichen im Sportsystem der DDR zum Tragen kamen. Der prominente Diskuswerfer sprach wohl ganz bewusst den Königsweg der DDR, sportliche Talente im ganzen Land zu finden, nicht an (oder durfte er es nicht?) – die Einheitliche Sichtung und Auswahl, kurz ESA genannt. Ein wesentliches Merkmal des Verfahrens: Die Berücksichtigung von Körperbaumerkmalen bei der sportlichen Prognose.¹ Das mit Mildes Verhalten einhergehende Drehverbot in Halle/Saale kommentierte Robert Hartmann damals mit Unverständnis und Kritik daran, dass es von DDR-Seite aus verboten sei, „fünfjährige Kinder bei der Ausübung von Gymnastik“² zu zeigen.

Diese Episode aus der Dokumentation passt bezeichnenderweise in das innerdeutsche Gefüge³ im Sport der damaligen Zeit. Einerseits war die DDR nicht bereit, irgendetwas preiszugeben, was dem Klassenfeind im Westen hätte helfen können, das Wettrennen um möglichst viele Medaillen vielleicht doch noch ein wenig offener zu gestalten. Andererseits interessierten sich westdeutsche Medien sowie der Sport mitsamt seinen Verbänden und Institutionen umso mehr für das, was sich auf sportlicher Ebene in der DDR abspielte. Denn mit dem extrem erfolgreichen Spitzen- und Leistungssport verfügte die Deutsche Demokratische Republik über ein in nahezu aller Welt bewundertes, aber im Lauf der Jahre auch immer mehr kritisch hinterfragtes Subsystem. Die bei zahlreichen Olympischen Spielen sowie Welt- und Europameisterschaften gewonnenen Medaillen lieferten jenes, so formulierte es zum Beispiel die Potsdamer Sporthistorikerin Jutta Braun treffend, „Sportwunder DDR“⁴ und erleichterten es der politischen Führung der DDR, ihre ehrgeizigen Ziele anzustreben, nämlich außenpolitisch Staat zu machen und innenpolitisch eine erhöhte Identifikation der Bürger mit dem Staats- und Gesellschaftssystem der DDR zu erreichen.⁵ Ausgehend von diesen ersten Vorüberlegungen soll festgehalten werden, dass sich der erfolgreiche Leistungssport in der DDR über verschiedene Etappen hinweg zu einem steten Gegenstand in der sportlichen Berichterstattung der BRD entwickelte. Im vorliegenden Beitrag wird explizit die Rolle des Fernsehens in den Mittelpunkt gerückt und exemplarisch die Sportberichterstattung des ZDF herangezogen, um wesentliche Fragen zu erörtern.⁶ Dabei stützt sich der Autor

.....
 1 Bei der ESA handelte es sich um den in der Welt einmaligen Versuch, sämtliche Schulkinder durch anthropometrische Messverfahren und andere Testbatterien auf ihr leistungssportliches Talent zu überprüfen und sie für den Leistungssport zu gewinnen. Vgl. Hans Joachim Teichler/Klaus Reinartz (Hrsg.): Das Leistungssportsystem der DDR in den 80er Jahren und im Prozess der Wende. Schorndorf 1999, S. 121.

2 Diese Aussage ist der ZDF-Dokumentation „Zwischen Turbine und Friedrichshain“ entnommen.

3 Vgl.: Hans Walter Hütter: Vorwort. In: Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Wir gegen uns. Sport im geteilten Deutschland. Darmstadt 2009.

4 Jutta Braun: „Jedermann an jedem Ort – einmal in der Woche Sport“. Triumph und Trugbild des DDR-Sports. In: Thomas Grossböling (Hrsg.): Friedensstaat, Leseland, Sportnation? DDR-Legenden auf dem Prüfstand. Berlin 2009, S. 177.

5 Hans Joachim Teichler nennt vier Standardziele diktatorischer Leistungssportmodelle. Neben der oben erwähnten „Internationalen Repräsentanz“ und der „Binnenidentifikation“ kommen noch die „Ablenkung von inneren Schwierigkeiten“ sowie die „Vorspiegelung einer Scheineffektivität“ hinzu. Siehe dazu: Hans Joachim Teichler: Sport in der DDR. Eigensinn, Konflikte, Trends. Köln 2003, S. 12.

6 Erkenntnisleitend für das Projekt waren folgende Fragen: Warum haben sich die ZDF-Sportredaktion oder andere Redaktionen immer wieder mit dem Sportsystem der DDR auseinandergesetzt? In welcher Form hat sich das ZDF mit dem Sportsystem der DDR in seinen journalistischen Darstellungsformen befasst? Wie gestaltete sich die quantitative Verteilung der verschiedenen journalistischen Darstellungsformen? Wie kann mit dem heutigen Kenntnisstand über die damalige sportjournalistische Berichterstattung geurteilt werden (Qualitative Bewertung)?

auf die Ergebnisse einer von ihm durchgeführten Untersuchung,⁷ die sich mit dem methodischen Instrument der hermeneutischen Film- und Fernsehanalyse ganz besonders der Hintergrundberichterstattung im Programm des ZDF über den DDR-Sport genähert hat, da sich von dieser ein höherer Erkenntnisgewinn erwarten lässt als von der Analyse rein ergebnisorientierter Berichte zum Wettkampfgeschehen.

Das DDR-Sportsystem im Blickpunkt der westdeutschen Medien

Zum Sportjournalismus der DDR liegt eine Vielzahl unterschiedlicher Publikationen⁸ vor. Als Desiderat kann hingegen die Analyse bundesdeutscher DDR-Fernsehberichterstattung über das ostdeutsche Sportsystem angesehen werden.⁹ Nach Christopher Young waren schon ab den frühen 1950er-Jahren „Sportübertragungen im Fernsehen [...] fundamentaler Bestandteil der deutschen Erfahrungen während des Kalten Kriegs“.¹⁰ Besonders im Sport war das Fernsehen in zweierlei Hinsicht von strategisch wichtiger Bedeutung: Einerseits auf dem Feld der innerdeutschen Sportpolitik, zum anderen auf dem Feld des sportlichen Wettkampfes zwischen „Ost“ und „West“.¹¹

Berücksichtigt werden muss, dass die verschiedenen Sendungen über den DDR-Sport jedoch nicht nur in der Bundesrepublik versuchten, einen Eindruck vom „anderen“ deutschen Sportsystem zu vermitteln, sondern dass diese Sendungen auch in der DDR gesehen werden konnten, von wenigen Gebieten abgesehen.^{12/13} Somit bestand für die DDR-Bürger durchaus die Gelegenheit, sich über sportliche Begebenheiten und Entwicklungen im eigenen Lande auch durch das Westfernsehen zu informieren, besonders dann, wenn es sich um eine eher hintergründige Berichterstattung handelte, beispielsweise im ZDF-„Sportspiegel“. Hintergründe zum Sport wurden nämlich im DDR-Fernsehen als eher vernachlässigenswert angesehen, im Fokus standen hier die Übertragungen von Großveranstaltungen wie Olympischen Spielen sowie Welt- und Europameisterschaften. Veranstaltungen von solcher Relevanz wurden durch das staatliche Fernsehen der DDR in der Regel sehr gut abgedeckt.¹⁴

7 Der vorliegende Beitrag basiert auf der 2012 vom Autor bei der Universität Potsdam eingereichten Dissertation, die im Februar 2013 unter dem Titel „Im Blick des Zweiten: Die DDR-Sportberichterstattung im ZDF - Eine quantitative und qualitative Analyse anhand ausgewählter Beispiele aus dem Programm des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF)“ veröffentlicht wurde. Hamburg 2013.

8 Friedrich liefert in seiner Arbeit einen umfassenden Forschungsstand zum Sportjournalismus in der DDR. Vgl.: Jasper A. Friedrich: Politische Instrumentalisierung von Sport in den Massenmedien. Eine strukturationstheoretische Analyse der Sportberichterstattung im DDR-Fernsehen. Köln 2010. (Friedrich 2010)

9 Dies gilt besonders für die Hintergrundberichterstattung. Aktuelle Berichterstattung war schon früher Gegenstand von Untersuchungen: Siehe dazu: Manfred Messing/Dieter Voigt: Exkurs: Die Olympischen Spiele in Montreal und Moskau in der Berichterstattung der Medien. In: Gunter Holzweißig: Diplomatie im Trainingsanzug. München, Wien 1981, S. 131-144. Darin verglichen die Autoren anlässlich der Olympischen Spiele 1976 die zusammenfassenden Sendungen in ARD/ZDF mit ihrem Pendant im DDR-Fernsehen und erfassten in ihrer Untersuchung quantitative und qualitative Daten. Zu einer weiteren Facette des medialen Ost-West-Vergleichs siehe auch: Jobst Thomas: Denn sie leben ja voneinander. Analyse von Sportinterviews im Zweiten Deutschen Fernsehen und im Fernsehen der DDR. Frankfurt am Main 1988.

10 Vgl.: Christopher Young: Sport und Medien. Deutschland und die Möglichkeit europäischer Perspektiven. In: Dietrich Leder/Hans-Ulrich Wagner (Hrsg.): Sport und Medien. Eine deutsch-deutsche Geschichte. Köln 2011, S. 22. (Young 2011)

11 Ebd., S. 23-24.

12 Die genannten Ausnahmen beziehen sich auf Bereiche rund um die Regionen Dresden und Greifswald. Vgl. Stefan Woll: Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989. Bonn 1999, S. 69.

13 Beide deutschen Staaten unternahmen sportliche und politische Anstrengungen, um den Medienraum des anderen zu durchdringen und somit eigene Ziele zu verwirklichen. Vgl. Thomas Lindenberger: Massenmedien im Kalten Krieg. Akteure, Bilder, Resonanzen. Köln u. a. 2006. Zit. nach: Young 2011, S. 22

14 Michael Meyen: Denver Clan und Neues Deutschland. Mediennutzung in der DDR. Berlin 2003, S. 83ff.

Warum es zu einer westdeutschen Berichterstattung über verschiedene Aspekte des DDR-Sports kam, hat unterschiedliche Gründe. In den Jahren von 1956 bis 1964 startete bei den Olympischen Spielen eine gesamtdeutsche Mannschaft, für die sich jeweils die Sportler aus Ost und West nach internen Ausscheidungswettkämpfen qualifizieren mussten. Diese internen innerdeutschen Qualifikationen verliefen in frostiger Atmosphäre zwischen Sportlern und Funktionären und stellten für die Athleten mitunter eine härtere nervliche Belastung dar als die eigentlichen Wettkämpfe später bei den Olympischen Spielen.¹⁵

Den prestigeträchtigen Posten des „Chef de Mission“ konnte die DDR einzig und allein in Tokio besetzen. Manfred Ewald, der mächtige DDR-Sportboss, führte das damals letzte gesamtdeutsche Team an und zwar deshalb, weil erstmals mehr ostdeutsche Athletinnen und Athleten in der Mannschaft standen, als aus der BRD kamen. Tokio wurde zum Wendepunkt, in vielerlei Hinsicht. Denn ausgehend vom internationalen sportlichen Leistungsniveau, das sich in Tokio deutlich erhöhte¹⁶, führte dies in der leistungssportlichen Struktur der BRD zu weitreichenden Veränderungen¹⁷, die dann wiederum auch in den westdeutschen Medien verstärkt die Frage nach dem „Warum“ aufkommen ließen. Weiterhin kann die gestiegene mediale westdeutsche Berichterstattung als Reaktion auf die massiven DDR-Erfolge¹⁸ angesehen werden.

Neben einer Zunahme der Berichterstattung aufgrund der leistungssportlichen Entwicklung in den beiden deutschen Staaten muss auch die damit einhergehende „innerdeutsche Frage“ und somit die Sportpolitik als weiterer Grund genannt werden. Werden damalige aktuelle Entwicklungslinien¹⁹ berücksichtigt und die innerdeutsche Systemkonkurrenz sowie die sich sukzessiv steigernde gesellschaftliche Bedeutung des Spitzensports als weitere wesentliche Aspekte angeführt, wird deutlich, warum das Sportsystem der DDR und dabei ganz besonders der prestigeträchtige Leistungssport in der medialen und journalistischen Betrachtung der Bundesrepublik eine gesteigerte Aufmerksamkeit erfuhr.

Fernab von Erfolgen und der (sport)-politischen Großwetterlage ist das Interesse einzelner ZDF-Redakteure am DDR-Sport als ein weiterer Grund zu nennen. Ferner muss bemerkt werden, dass es zur damaligen Zeit wesentlich einfacher gewesen sein dürfte,

.....
 15 Dies äußerten beispielsweise die Olympiasieger Helmut Bantz in der ZDF-Sendung „Der Sportspiegel“ vom 12.11.1963 mit dem Titel „Verbannte Hymne“ sowie Ingrid Mickler-Becker in der ZDF-Dokumentation „Gold um jeden Preis – Sport im geteilten Deutschland“ vom 21.11.2010.

16 Uta-Andrea Balbier: *Kalter Krieg auf der Aschenbahn. Der deutsch-deutsche Sport 1950-1972. Eine politische Geschichte.* Paderborn, München u. a. 2007, S. 100 (Balbier 2007)

17 Genannt seien hier beispielsweise die Gründung des Bundesausschusses für Leistungssport (BAL) sowie des Bundesinstituts für Sportwissenschaft (BiSP). Zu den strukturellen Entwicklungen und Veränderungen im beiden deutschen Sportsystemen siehe besonders Balbier 2007, 99 ff.

18 Entscheidend für die Berichterstattung waren nicht zuletzt die großen DDR-Erfolge. Dies bestätigte der ehemalige ZDF-Leichtathletikreporter und Sportstudiomoderator Bernd Heller: „Andere Gründe hat es nicht gegeben, außer dem Phänomen, die DDR ist Weltspitze in vielen Bereichen und wir mit dem ZDF-Sport, das ist unser Selbstverständnis, dass wir regelmäßig dicht dran sind an der Weltspitze, und wenn es halt die DDR ist, dann müssen wir versuchen, so dicht wie möglich da dran zu sein. Ich glaube, andere Motive und Gründe hat es entscheidende nicht gegeben.“ Zeitzeugeninterview mit Bernd Heller vom 30.12.2011 in Mainz, Tonbandprotokoll.

19 Damit ist beispielsweise die Mitte der 1960er Jahre erfolgte Münchner Olympiabewerbung für die Sommerspiele von 1972 gemeint sowie das stete Streben der DDR nach einem eigenständigen Nationalen Olympischen Komitee mit eigener Mannschaft.

Themen rund um den DDR-Sport im Programm zu platzieren, da der heute herrschende Quotendruck noch nicht bestand.²⁰

Methodisches Vorgehen bei der quantitativen Analyse

Bei der Erhebung des quantitativen Bestandes im Programmarchiv des ZDF wurde aus forschungspragmatischen Gründen die reine Live-Berichterstattung von Wettkämpfen mit Beteiligung von DDR-Athleten bei sportlichen Großereignissen außen vor gelassen, da die Live-Wettkampfberichterstattung in der Regel streng an das unmittelbar ablaufende Ereignis bzw. direkt an den Wettkampf selbst geknüpft und somit vom Charakter her eindeutig als aktuelle Berichterstattung zu bezeichnen ist. Diese lässt weitergehende Informationen und Hintergründe unbeachtet, beziehungsweise greift diese fast immer nur dann auf, wenn sie sich in direkten Bezug zum Wettkampf oder einem Sportler setzen lässt.

Die qualitative Analyse der Darstellungsformen wurde mit dem methodischen Zugang der hermeneutischen Film- und Fernsehanalyse durchgeführt. Übergeordnet sollte dabei der Grundgedanke der Medieninhaltsanalyse Beachtung finden, zu dem Rössler ausführt: „Ihrem ursprünglichen Wesen nach reduziert die Medieninhaltsanalyse die Komplexität der Berichterstattung, indem sie deren zentrale Muster herausarbeitet.“²¹ Hickethier bestimmt zwei grundsätzliche Ansätze bei der Film- und Fernsehanalyse, den empirisch-sozialwissenschaftlichen und den hermeneutischen.²² Für die analysierten journalistischen Darstellungsformen wurde das methodische Vorgehen von Lothar Mikos als zielführend und praktikabel angesehen, da hier die Analyse versucht, „(...) die einzelnen Bestandteile eines Films oder einer Fernsehsendung gründlich herauszuarbeiten und diese Bestandteile zu versprachlichen, sie also zu beschreiben und somit die erhobenen Befunde zu sichern. Die abschließende Interpretation stellt die Ergebnisse der Analyse in einen theoretischen und historischen Kontext (...).“²³

Diese Differenzierung von Mikos bildete auch den methodischen Zugang bei der Analyse des Archivbestandes zum DDR-Sportsystem. Dabei wurde der empirisch-sozialwissenschaftliche Zugang im Sinne einer streng durchgeführten Inhaltsanalyse aus forschungspragmatischen Gründen vernachlässigt und stattdessen ein hermeneutischer Ansatz gewählt, da sich mit diesem Vorgehen günstiger dem Dreiklang Analyse – Beschreibung – Interpretation genähert werden konnte. Nach wiederholter Sichtung der einzelnen Berichte, Interviews, Reportagen und Dokumentationen erfolgte eine Protokollierung. Die Film- und Fernsehanalyse bietet zur Datenerfassung mit dem Einstellungsprotokoll und dem Sequenzprotokoll zwei mögliche Formen. Innerhalb der Untersuchung wurde aus methodischen Überlegungen auf die dezidierte tabella-

.....
20 In früheren Zeiten war eine abseitige Berichterstattung „leichter“ zu platzieren, dies stützt sich auf folgende Aussage von Wolf-Dieter Poschmann, dem ehemaligen Sportchef des ZDF: „(...) Man darf ja nicht vergessen: In dieser Zeit, vom journalistischen Standpunkt aus gesehen und von der Perspektive eines rein journalistischen Herangehens an Stoffe und Themen in einer Sportberichterstattung, war das damals ja geradezu paradiesisch, weil es ja das duale System noch nicht gab, das heißt die Konkurrenz mit RTL, mit Sat1, mit Premiere, mit den Privaten ja nicht gab, das heißt im Grunde hatte man auch keinen Quotendruck, also man konnte sich diese Themen leisten. Da guckte doch damals keiner, ob ein Beitrag über das Schleizer Dreieck und das Autointeresse, ob das Quote hatte, das war später schwieriger, ist doch klar“. Zeitzugeinterview mit Wolf-Dieter Poschmann vom 3.1.2012 in Mainz, Tonbandprotokoll.

21 Vgl. Patrick Rössler: Inhaltsanalyse. Konstanz 2005, S. 17.

22 Vgl. Knut Hickethier: Film- und Fernsehanalyse. 4. Auflage. Stuttgart, Weimar, 2007, S. 29 ff.

23 Vgl. Lothar Mikos: Film- und Fernsehanalyse. Konstanz 2003, S. 70 ff.

rische Beschreibung der Bild- und Toninhalte mit Hilfe eines (sehr fein strukturierten) Einstellungsprotokolls oder eines (gröber strukturierten) Sequenzprotokolls²⁴ verzichtet. Stattdessen wurde ein Zugang zur Datensicherung gewählt, der die wesentlichen Elemente der einzelnen gesichteten Darstellungsformen auf Bild- und Tonebene „offener“ protokolliert. Dies führte zur schriftlichen Erfassung wichtiger Strukturmerkmale wie im Beitrag angesprochene Themen, Schauplätze, Ortswechsel sowie handelnde und interviewte Personen. Bei der Datenerfassung wurde besonderer Wert auf die Originalausagen der Interviewpartner sowie auf den im Off zu hörenden Text des Reporters bzw. Redakteurs gelegt. Diese Textpassagen wurden, je nach Relevanz, wortgetreu protokolliert.

DDR-Sport im ZDF von 1963-1992 – Quantitative Ergebnisse

Die quantitativen Ergebnisse zur Untersuchung des Archivbestandes²⁵, ermittelt durch zahlenmäßige Analyse der journalistischen Darstellungsformen, lassen erste Rückschlüsse auf die DDR-Sportberichterstattung im ZDF zu.²⁶ Insgesamt konnten im ZDF-Archiv 550 journalistische Darstellungsformen mit inhaltlichem Bezug zum Sportsystem der DDR erhoben werden. Diese verteilen sich auf folgende Sendungen und Formate: „Aktuelles Sportstudio“, „Sportreportage“, „Sportinformation“, „Sportspiegel“ sowie weitere Reportagen und Dokumentationen. Die Nachrichtensendungen, politische Magazine wie „Kennzeichen D“ und „Drüben“, weitere Sportsendungen wie „Sport am Freitag“, „Sport aktuell“ und „Sport am Sonntag“ sind ebenso eingerechnet worden wie Sendungen, bei denen keine konkrete Zuordnung erfolgen konnte, die aber erfasst sind („Weitere Sendungen“).

Die Ergebnisberichterstattung und die aktuell angebundene Berichterstattung überwiegen mit 307 Darstellungsformen deutlich. Mit insgesamt 72 Beiträgen ist das Themengebiet „Wendezeit und Wiedervereinigung ab November 1989“ das zweitstärkste. Begründet wird dies durch zwei Tatsachen, die unmittelbar miteinander in Verbindung stehen: Erstens konnte nach dem Fall der Mauer überhaupt ein direkter, unzensurierter Blick auf das Sportsystem der DDR, seine Athleten und Funktionsträger geworfen werden; zweitens entwickelte sich nun auch langsam zum ersten Mal die Chance, über dieses System ohne die Einschränkungen berichten zu können, die vor dem Mauerfall durch die DDR gegenüber westdeutschen Medien verhängt wurden, beispielsweise Restriktionen bei Dreharbeiten oder im Zugang von Örtlichkeiten.

.....
24 Das Einstellungsprotokoll untergliedert einen Film oder eine Fernsehsendung in seine kleinsten filmischen Einheiten, es erfasst z.B. Kameraeinstellungen, Kamerabewegungen sowie Lichteinsatz und ist demnach sehr umfangreich. Das Sequenzprotokoll ist gröber strukturiert und erfasst das Ausgangsmaterial in seinen dramaturgischen Einheiten. Siehe dazu: Korte, Helmut: Einführung in die Systematische Filmanalyse. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage. Berlin 2004, S. 66-68. Sowie: Werner Faulstich: Grundkurs Filmanalyse. München 2002, S. 66 ff.

25 Für eine sinnvolle Struktur wurden einzelne Kategorien gebildet. Dies waren: 1. Ergebnisberichterstattung/ aktuell angebundene Berichterstattung, 2. Leistungssportsystem/Nachwuchsleistungssport, 3. Freizeit- und Erholungssport, 4. Sport in Betriebssportgemeinschaften, 5. Deutsch-deutsche Sportpolitik bis zum Oktober 1989, innerdeutscher Sportverkehr und Sportler als Republikflüchtlinge, 6. Doping, 7. Ministerium für Staatssicherheit, 8. Massenorganisationen, Deutsches Turn- und Sportfest und Spartakiaden, 9. Wendezeit und Wiedervereinigung und 10. Weitere Themen.

26 Begründet werden muss in diesem Zusammenhang der Erhebungszeitraum. Dieser wurde vom Jahr 1963, dem Sendestart des ZDF bis zum März 1992 gewählt, da mit den kurz zuvor zu Ende gegangenen Olympischen Winterspielen von Albertville und dem ersten Auftreten einer gesamtdeutschen Mannschaft nach der friedlichen Revolution eine erste Zäsur gesetzt werden konnte.

Wenig verwunderlich ist, dass Beiträge zu den Themengebieten „Betriebssport“ und „Freizeit- und Erholungssport“ mit zwei bzw. fünf Nennungen nur in verschwindend geringer Zahl zu finden sind. Der DDR-Sport lebte auch im Westen von seinem Mythos, die Stars des Sports waren durchaus präsent, nicht zuletzt durch die Ergebnisberichterstattung von Wettkämpfen. Somit kann angenommen werden, dass „Randaspekte“ des DDR-Sports wie der Freizeit- und Erholungssport nicht besonders stark zum Attraktivitätsniveau des ZDF-Programms beitragen konnten und aus diesem Grunde in der quantitativen Erhebung auch deutlich unterrepräsentiert sind.

Anders verhält es sich mit Themengebieten wie dem „Leistungssportsystem/Nachwuchsleistungssport“ sowie der „Deutsch-deutschen Sportpolitik bis zum Oktober 1989“, mit dem „Innerdeutschen Sportverkehr“ und „Sportlern als Republikflüchtlinge“. Die untrennbare Verbindung von Sport und Politik im innerdeutschen Verhältnis war Hauptgrund dafür, dass diese Thematik ebenfalls einen gewissen Raum einnahm.²⁷ Der Leistungssport und der Nachwuchsleistungssport stellten für die bundesrepublikanischen Sportjournalisten und Filmautoren womöglich einen ganz besonders attraktiven Gegenstand dar. Denn den Spitzensport in der DDR umwehte ein Mythos, er galt als geheimnisvoll, dem westdeutschen Sport um Jahre voraus. Die langen Reportagen, die sich diesem komplexen System näherten, liefen fast nie in direkter Anbindung zu einem sportlichen Großereignis, sondern verteilten sich über mehrere Jahre.²⁸ Im Falle der innerdeutschen Sportpolitik dagegen waren die Berichte fast immer an aktuelle Entwicklungen gekoppelt, zum Beispiel an die innerdeutschen Sportgespräche in Dresden oder an die Gesamtdeutsche Olympiamannschaft. Die deutlich längeren Reportageformate wie der „Sportspiegel“ dagegen versuchten schon vor 1989 einen kritischen Blick auf den DDR-Sport zu richten und bezogen sich auf wichtige Eckpfeiler des Systems wie z.B. die Spartakiadewettkämpfe. Sehr zurückhaltend berichtete das ZDF über zwei im DDR-Sportsystem relevante Faktoren, nämlich die Rolle des MfS und die staatlich angeordnete, kontrollierte und konspirative Verabreichung von Dopingmitteln. Während sich in lediglich fünf Darstellungsformen Hinweise zur Stasi finden lassen, wird „Doping“ doch intensiver behandelt, immerhin in 16 Berichten und Beiträgen.

Als gänzlich losgelöst von der Ergebnisberichterstattung und auch relativ unabhängig von aktuellen Entwicklungen berichteten die politischen Magazine „Drüben“ und „Kennzeichen D“.²⁹ Beide Formate lieferten einen Blick auf Besonderheiten des DDR-Sports, der so in anderen ZDF-Sendungen nicht vorgenommen wurde, mitunter aber auch, zum Beispiel in einer reinen Sportsendung, nicht vorgenommen werden konnte. Aus diesem Grunde war es umso wichtiger, dass mit diesen beiden Sendungen ein Sendefäß bestand, das sich bewusst von der aktuellen Berichterstattung absetzte und die Besonderheiten und Randaspekte des DDR-Sports thematisieren konnte. Deutlich wird dies vor allen Dingen an Berichten über die Gesellschaft für Sport und Technik

.....

27 Das Themengebiet „Sportpolitik“/„Sportverkehr“/„Fluchten“ wird in insgesamt 29 journalistischen Darstellungsformen behandelt. Vorrangige Sendeformate waren dabei die Nachrichtensendungen des ZDF sowie Magazine, besonders „Kennzeichen D“ und „Drüben“.

28 So wurden im Zeitraum zwischen 1975 und 1980 gleich drei zeitlich längere Reportagen von jeweils 45 Minuten Sendelänge zum DDR-Sportsystem mit einem Schwerpunkt auf den Leistungssport im ZDF-Programm platziert. In etwa diesen Zeitraum fällt auch die Hochphase des DDR-Sports mit einer extrem erfolgreichen Teilnahme an den Olympischen Spielen 1976 und 1980.

29 Beide Sendungen wurden unter „Politische Magazine“ bei der Archiverhebung eingeordnet.

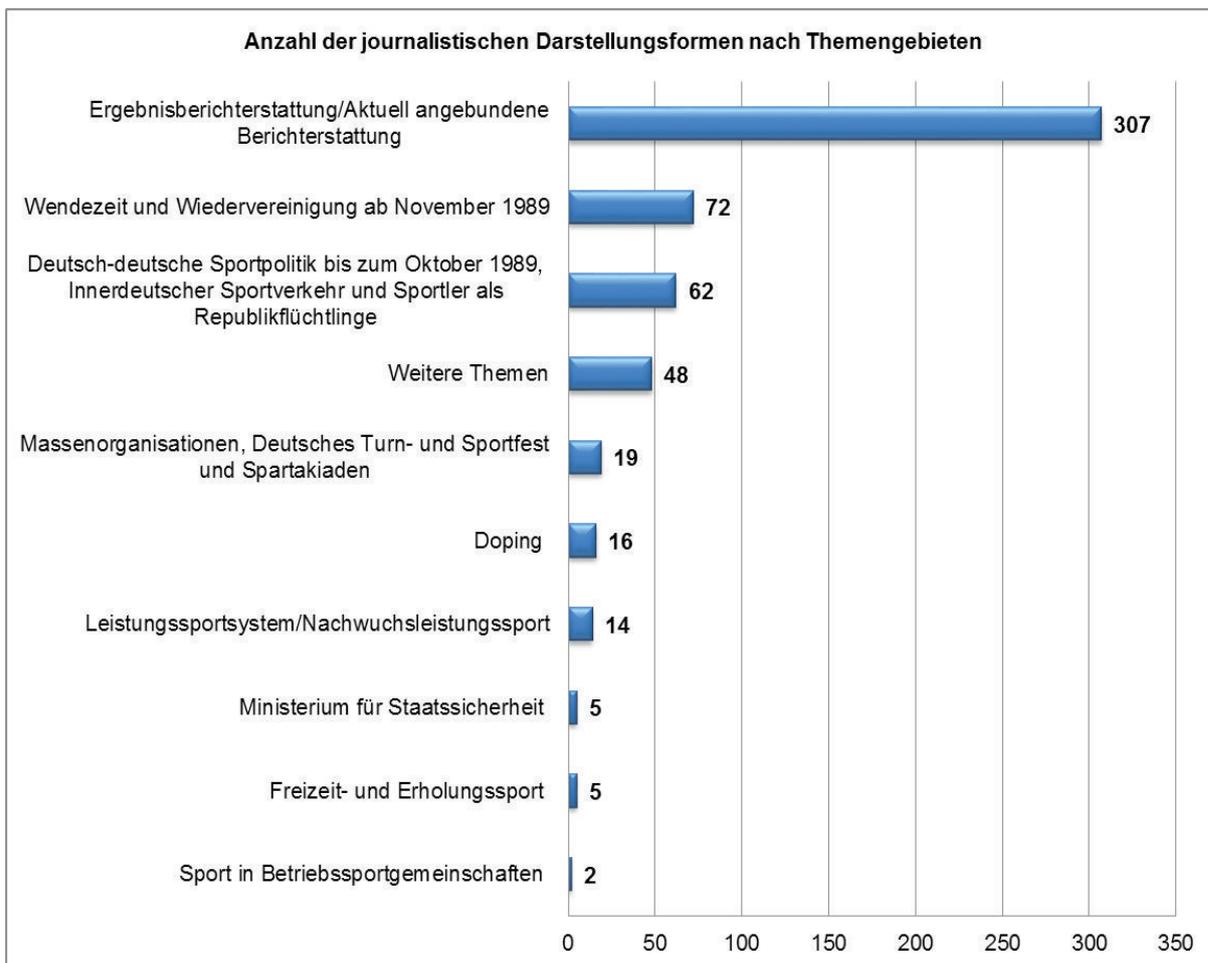


Abb. 1 Anzahl der journalistischen Darstellungsformen nach Themengebieten

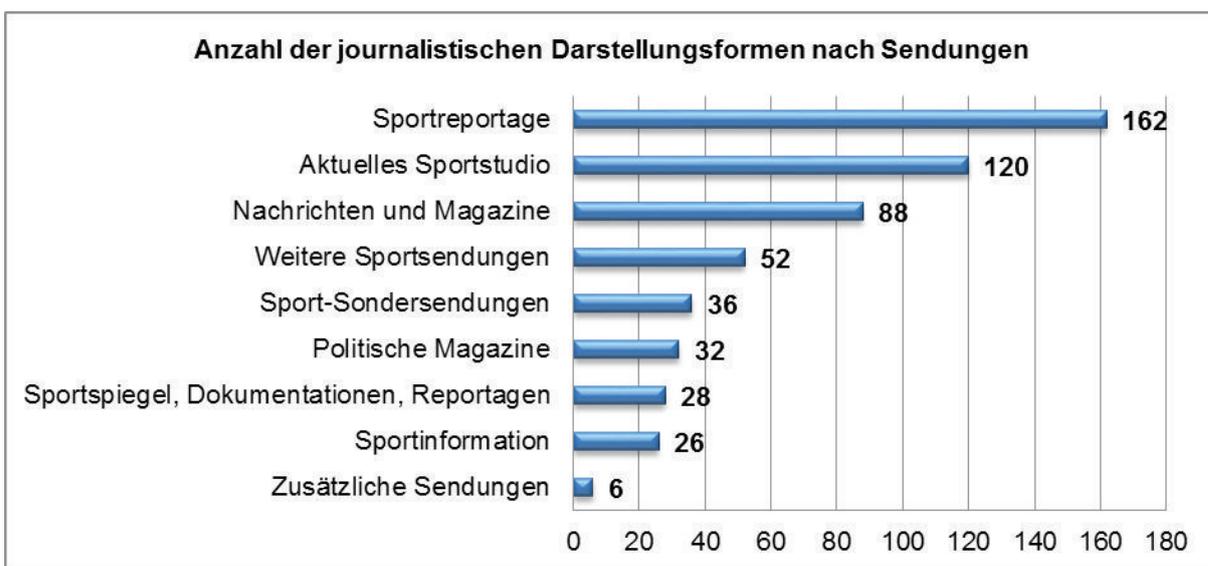


Abb. 2 Anzahl der journalistischen Darstellungsformen nach Sendungen

(GST)³⁰, den Innerdeutschen Sportverkehr oder das Verhalten von DDR-Massenmedien in der Sportberichterstattung.

Der ZDF-Sport im Visier des Ministeriums für Staatssicherheit

Als totalitärer Staat überzog die DDR den Leistungssport aufgrund seiner politischen Bedeutung mit umfassenden Überwachungsmechanismen durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Die sehr enge Verzahnung zwischen dem MfS und den verschiedenen Ausprägungen des DDR-Sportsystems wurde an vielen Stellen deutlich. Aussagekräftige Belege finden sich bei Giselher Spitzer, der dies nachgewiesen hat.³¹ Ebenso verwundert es nicht, dass Westmedien insgesamt ebenfalls unter Beobachtung des MfS standen.^{32/33}

Dazu gehörte beispielsweise die zielgerichtete punktuelle Sichtung und Aufzeichnung von ZDF-Sendungen. Dies belegt unter anderem ein BStU-Aktenhinweis auf „Das Aktuelle Sportstudio“ vom 8.7.1989. Hier wird penibel dokumentiert, dass in der Nachrichtenübersicht der Sendung nach dem Skisprung-Olympiasieger Hans-Georg Aschenbach auch die ehemalige Spitzenschwimmerin Christiane Knacke-Sommer³⁴ Doping zugegeben hat.³⁵ Als meldende Diensteinheit wird die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) „Funk“ angegeben, als Uhrzeit der Meldung 23 Uhr 45. Nach Archivrecherchen im ZDF lief der besagte Nachrichtenblock in der Sendung von 23 Uhr 17 und 30 Sekunden bis um 23 Uhr 19 und 40 Sekunden³⁶. Demnach ist zeitnah nach der Sendung die MfS-Notiz entstanden und klarer Beleg dafür, dass eine Ausspähung dieser Sendung vorgenommen wurde.

Weitere Nachweise für die Aufzeichnung und Protokollierung von Sendungen sind die originalen, im Wortlaut vorgenommenen Abschriften der Interviews vom 14.9.1989 mit dem kurz zuvor geflüchteten DDR-Sportmediziner Dr. Jürgen Apel in der ZDF-Sendung „Tele-Illustrierte“³⁷ sowie das am 22.1.1988 im „heute-journal“ geführte Interview mit Jürgen Sparwasser,³⁸ dem kurz zuvor geflüchteten DDR-Fußballstar.³⁹ Auch die wortgetreue Abschrift des von Moderator Peter Voß im „heute-journal“ am 21.3.1986 geführten Interviews mit dem zwei Tage vorher geflüchteten DDR-Fußballer Frank Lippmann belegt die Ausspähung von Sendungen im ZDF.⁴⁰ Die Aktennotiz stammt vom 22.3.1986

30 Die GST war von 1952 bis 1990 eine paramilitärische Jugendorganisation in der DDR. Siehe dazu besonders: Ringo Wagner: Der vergessene Sportverband der DDR. Die Gesellschaft für Sport und Technik in sporthistorischer Perspektive. Aachen 2006.

31 Vgl. Giselher Spitzer: Sicherungsvorgang Sport. Das Ministerium für Staatssicherheit und der DDR-Spitzensport. In: Schorndorf 2005.

32 Vgl. Jochen Staadt/Tobias Voigt/Stefan Wolle: Operation Fernsehen. Die Stasi und die Medien in Ost und West. Göttingen 2008.

33 Vgl. Hubertus Knabe: Der diskrete Charme der DDR. Stasi und Westmedien. Berlin, München 2001.

34 Christiane Knacke schwamm 1977 als erste Frau der Welt die 100m Schmetterling unter einer Minute (59,78 sec.). 1980 gewann sie in dieser Disziplin Olympiabronze in Moskau.

35 BStU, MfS, HA XX, Nr. 3396.

36 Die genauen Sendezeiten konnten in der ZDF-Archivdatenbank nachgewiesen werden.

37 BStU, MfS, HA XX, Nr. 14011.

38 Sparwasser erzielte bei der Fußball-WM 1974 im Spiel BRD-DDR (Endstand 0:1) in Hamburg das entscheidende Tor für die DDR-Elf. Die BRD wurde am Ende des Turniers Weltmeister.

39 BStU, MfS, ZKG, Nr. 3220.

40 Lippmann nutzte den Aufenthalt in Uerdingen anlässlich des Europapokalspiels Bayer Uerdingen gegen Dynamo Dresden (Endstand 7:3) am 19.3.1986 zur Republikflucht.

und wurde von der ZAIG vorgenommen.⁴¹ Im Archiv der BStU-Außenstelle Chemnitz konnte ferner ein ZDF-Interview mit der Eiskunstläuferin und zweimaligen Weltmeisterin Gabriele Seyfert recherchiert werden, auch hier handelt es sich um die wortgetreue Abschrift.⁴²

Die Befunde lassen folgende Interpretation zu: Die Aufzeichnung und inhaltliche Protokollierung von Sendungen und deren Inhalt im ZDF wurde dann vorgenommen, wenn mindestens zwei Faktoren erfüllt waren. Erstens die Prominenz der beteiligten Person, so im Falle der geflüchteten Fußballer Jürgen Sparwasser und Frank Lippmann. Deren Republikfluchten bedeuteten einen enormen Imageschaden für das SED-Regime. Die Äußerungen im Westfernsehen wurden demnach genauestens verfolgt, zumal die Brisanz der Interviews ja auch dahingehend noch gesteigert wurde, dass sie vom Großteil der DDR-Bürger im dort empfangbaren Westfernsehen verfolgt werden konnten. Als zweiter Faktor muss die Flucht von Geheimnistägern des DDR-Sports angesehen werden, belegbar im Fall des geflüchteten Sportmediziners Dr. Jürgen Apel. Hierbei musste die DDR „mit dem Schlimmsten rechnen“, sprich mit einer vollständigen Demaskierung von Strukturen im konspirativen Sportsystem. Zwar hat die Realität gezeigt, dass geflüchtete Sportler oder anderweitig in das Leistungssportsystem involvierte Personen bei relativ zeitnahen Auftritten vor der Kamera mitunter deutlich zurückhaltend agierten⁴³, doch weisen die wortgetreuen Abschriften der ZDF-Interviews deutlich darauf hin, dass das MfS die Vorgänge als wichtig ansah und entsprechend agierte.

Ebenfalls konnten für die vorliegende Untersuchung Hinweise erhoben werden, die auf eine direkte Überwachung von ZDF-Mitarbeitern und eine bewusste Steuerung von Dreharbeiten hinweisen. So wurde ein Fußballreporter bei seiner Tätigkeit für das ZDF von einem inoffiziellen Mitarbeiter begleitet, ein weiterer Sportredakteur zu einer Sportkonferenz vom selben „IM“.⁴⁴ Ein dritter Hinweis ist in der Tätigkeit einer Frau zu sehen, die als inoffizielle Mitarbeiterin Kontakt zu einem ZDF-Sportreporter Ende der 1970er Jahre aufbaute.⁴⁵ Anschaulich kann an folgendem Beispiel festgemacht werden, wie Einschränkungen bei Dreharbeiten aussahen und mitunter auch umgangen werden konnten.

„Bei den Dreharbeiten auf dem Stadiongelände wurde den West-Journalisten verschiedentlich aus Zuschauerkreisen zugerufen: ‚Filmt lieber die Grünen da! ... Die Bullen, die müsst ihr filmen.‘ – Rein äußerlich ignorierten die ZDF-Leute solche Bemerkungen. (XXX) wies jedoch (XXX) an, Sperrketten von Volkspolizisten aufzunehmen. Auch hier gab er in Gegenwart des Fachredakteurs seine Weisungen nicht direkt, sondern

.....
41 BStU, MfS, BV Dresden, Abt. XII, Nr. 1849/86.

42 BStU, MfS, BV Chemnitz, Abt. XX, Nr. 2497.

43 Die Zurückhaltung vor der Kamera in den ersten Tagen nach der Flucht ist sehr wahrscheinlich der Tatsache geschuldet, dass die in der DDR verbliebenen Familienangehörigen nicht noch stärkeren Repressalien ausgesetzt werden sollten.

44 Dies deckt sich mit den Aussagen des Kameramannes Yoash Tatari, der im Interview mit dem Verfasser angab, dass bei Gesprächen von ZDF-Kamerateams untereinander schnell klar wurde, dass Aufpasser des MfS mehrere ZDF-Teams betreuen mussten.

45 Zit. nach: Christhard Läßle: Die Feindzentrale. Die Geschichte der Geheimaktionen gegen das ZDF im geteilten Deutschland. Unveröffentlichter Recherchebericht. Berlin 2007. Die genannten drei Fälle stammen aus dieser ZDF-internen Untersuchung. Die Hinweise zur Überwachung von Sportredakteuren des ZDF beziehen sich auf die Seiten 75-79 und 347-348 des Berichts.

verpackte sie: ‚Nimm mal dort die Menschenmenge auf.‘⁴⁶ Einschätzungen von ZDF-Mitarbeitern während ihrer praktischen Arbeit stützen die Aussage, dass während der Dreharbeiten eine umfassende Überwachung und MfS-Begleitung bestand.⁴⁷

Qualitative Inhaltsanalyse der Darstellungsformen

Bezüglich der qualitativen Komponente müssen mit heutigem Kenntnisstand Informations- und Wissensdefizite für verschiedene Themengebiete festgestellt werden. Dies gilt für den Leistungssport und Nachwuchleistungssport sowie für das Doping. Zu kritisieren ist beispielsweise, dass Strukturmerkmale des Systems, wie die Rolle der Kinder- und Jugendsportschulen in der DDR oder die Funktion der Spartakiadewettkämpfe, zwar angerissen, aber nicht ausreichend auf ihre Besonderheiten thematisiert werden. Zu bemängeln sind ferner Angaben zum ungeheuer hohen finanziellen und personellen Ausstattungsgrad des Leistungssports in der DDR, diese werden nicht mit entsprechenden Werten aus der BRD verglichen.

Die Dopingberichterstattung des ZDF muss als sehr zurückhaltend angesehen werden. So wurde erst im Jahre 1975 das staatlich angeordnete und kontrollierte Dopingsystem der DDR erstmals in einer Reportage thematisiert, und dies auch nur mit einer verbalen Einlassung. Es hätte jedoch schon deutlich früher zu einer journalistischen Begleitung dieses ganz wesentlichen „Erfolgsgeheimnisses“ kommen müssen, nicht zuletzt aufgrund der fast schon unglaublichen DDR-Erfolge. Zu berücksichtigen ist aber, dass die Umsetzung eines Fernsehbeitrags in der Zeit vor der friedlichen Revolution zum Doping ganz sicher von den extrem schwierigen Rahmenbedingungen abhängig gewesen wäre.⁴⁸ Erst in einer zweiten Phase, ab dem Spätsommer 1989, wurde verstärkt über Doping berichtet, da durch die Flucht von Geheimnisträgern über DDR-Doping in seinen unterschiedlichen Ausprägungen mehr und mehr Interna bekannt und in der Berichterstattung aufgegriffen wurden.

Für die Darstellungsformen der innerdeutschen Sportpolitik, des Sportverkehrs oder der politischen Instrumentalisierung des DDR-Sports kann konstatiert werden, dass Informationslücken nicht festgestellt werden konnten, von kleineren Ausnahmen abgesehen. Punktuell ist eine Differenz in der journalistischen Bewertung des DDR-Sports zwischen dem damaligen und dem heutigen Kenntnisstand zu erkennen. Erst mit dem Ende der DDR konnte diese Diskrepanz verringert werden. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass die fehlende Einbindung von Experten, zum Beispiel von westdeutschen Sporthistorikern, in den verschiedenen Darstellungsformen zu bemängeln ist. Weiter muss konstatiert werden, dass der in vielen Berichten zu beobachtende kritische Ansatz in Bezug auf das Erfolgsgeheimnis des DDR-Sports nicht konsequent beibe-

.....
46 Zit. nach ebd., S. 75-79.

47 Yoash Tatari arbeitete als Kameramann bei der Reportage „Zwischen Turbine und Friedrichshain“ im Jahre 1978. Er bestätigte, dass z.B. bei Dreharbeiten an der DHfK in Leipzig von Seiten der DDR peinlich genau darauf geachtet wurde, „dass nichts im Hintergrund zu sehen ist, was für Westler interessant ist“. Schriftliche Notiz eines im April 2010 per Telefon geführten Interviews.

48 So konnten Dreharbeiten in der DDR nur unter erschwerten Bedingungen und Restriktionen durchgeführt werden, Bildbelege zum Doping waren nicht realisierbar. Schreibende Journalisten hatten es leichter, sie konnten berichten, weil sie nicht auf Bildeinstellungen angewiesen waren. Diese Anmerkung reißt nur punktuell ein mitunter für den Fernsehjournalisten auftretendes Dilemma an, nämlich, dass er in seiner Berichterstattung immer von Bildeinstellungen abhängig ist.

halten wurde, was sich gerade bei der Einordnung von Interviewaussagen von DDR-Funktionären negativ bemerkbar machte, die teilweise unkommentiert und unkritisch die Vorzüge des DDR-Sportsystems im ZDF anpreisen durften.

Zweigeteilt fällt das Urteil zum Themengebiet der Wendezeit und der Wiedervereinigung aus. Einerseits wird hier, bedingt durch die gefallene Mauer, die Vielzahl von Veränderungen abgebildet, die auf das ehemalige DDR-Sportsystem einwirkten. Andererseits wird jedoch verpasst, das Kernthema dieser Zeit, den Transformationsprozess⁴⁹ des DDR-Sports in den wiedervereinigten deutschen Sport, journalistisch zu begleiten. Es fehlt eine kritische Aufarbeitung zur Sportstättenmisere im Osten und dem von der Sportpolitik angestrebten „Goldenen Plan Ost“.

Neben der quantitativen und qualitativen Untersuchung des Archivbestandes wurde auch nach den Gründen gefragt, warum sich die Sportredaktion des ZDF sowie weitere Redaktionen mit dem Staatssport der DDR journalistisch auseinandersetzten. Schlussendlich haben sich insgesamt vier Gründe herauskristallisiert:

- Die persönliche Motivation von Redakteuren und Reportern war für die Umsetzung von Themen aus dem DDR-Sport in der Sportredaktion ausschlaggebend. Dies bezieht sich besonders auf Themen, die außerhalb der Ergebnisberichterstattung angesiedelt waren.
- Für eine aktuell arbeitende Redaktion gehörte es zum Selbstverständnis, das aktuelle sportliche Geschehen eng zu begleiten. Aufgrund der stetigen und herausragenden Erfolge wurde bzw. musste der DDR-Sport demnach thematisiert werden.
- Im Zuge der friedlichen Revolution erleichterte Zugangsbedingungen zum ostdeutschen Sportsystem förderten die Berichterstattung.
- Die im Untersuchungszeitraum erstellten Beiträge unterlagen nicht oder nur gering dem heute herrschenden Quotendruck, was die redaktionelle Entscheidung, Beiträge zum DDR-Sport zu produzieren, erleichterte.

Schlussbemerkung

Die Berichte, Beiträge und Dokumentationen aus dem „Sportwunderland DDR“ stellten über viele Jahre eine feste Größe in der Sportberichterstattung des ZDF dar. Sie gaben Einblicke in ein konspiratives System, speziell in den Leistungssport, so gut dies aufgrund der Zugangsvoraussetzungen der Fall sein konnte. Partiiell ist Kritik zu äußern, zum Beispiel an der Dopingberichterstattung, aber auch daran, dass einige Thematiken so gut wie gar nicht im ZDF auftauchten. Der westdeutsche Fernsehzuschauer wurde aber durch die dennoch vielfältige und konstante Berichterstattung des ZDF sowohl über strukturelle Merkmale als auch über Eigen- und Besonderheiten des DDR-Sportsystems informiert.

.....
 49 Die vom Bund zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel zur Förderung des Sports wurden von 1990 auf 1991 ganz erheblich angehoben, von 220 auf 336 Millionen D-Mark. Der Förderung des Leistungssports wurde mit einer Intensivierung von 127 auf 259 Millionen D-Mark Rechnung getragen, also einer Verdoppelung. Zit. nach: Peter Busse: Wie steht es um das Erbe des erfolgreichen DDR-Sports? In: „Deutschland Archiv“ 43 (2010) 5, S. 886.

25 Jahre nach der friedlichen Revolution wird der Sport im vereinigten Deutschland in immer wiederkehrenden Abständen regelmäßig vom Erbe und besonders den Altlasten des DDR-Sportsystems tangiert. Ein zielführender Diskurs kann nur dann geführt werden, wenn ein Konsens zwischen weiterhin notwendiger Aufarbeitung, aber auch einem vernünftigen Augenmaß in der Bewertung relevanter Sachverhalte angestrebt wird. Es ist Fakt, dass sich die Bundesrepublik nach dem Fall der Mauer gerne an den Überresten des DDR-Sports bedient hat. Die willige Übernahme von strukturellen Merkmalen aus dem Sportsystem der DDR hatte dabei aber mehr den Charakter eines Beitritts, eine echte Vereinigung fand auch im Sport nicht statt. Dieses Fazit berührt auch die zukünftige Rolle des Sportjournalismus in Deutschland.

Das, was im Staatssport der DDR passierte, und das, was im gesamtdeutschen Sport geschehen soll, muss kritisch und reflektierend, auf der Basis gründlich erworbenen Wissens über den DDR-Sport eingeordnet werden. Denn es wird noch immer über eine Ausprägung eines sportlichen Systems berichtet, welches unter diktatorischen Bedingungen Medaillen am Fließband produziert hat, jedoch auch zahlreiche Lebensläufe zerstörte. Nicht zuletzt aus diesen beiden Gründen stellt das Sportsystem der DDR auch heute weit mehr dar als eine Fußnote der innerdeutschen Sportgeschichte.

Alina Laura Tiews

Egon Günther als Grenzgänger

Deutsch-deutsche medienhistorische Verflechtungen am Beispiel des Falls Feuchtwanger

„Die Sache reizt mich“, schrieb der DDR-Filmregisseur Egon Günther am 25. Mai 1978 an den Direktor des DEFA-Studios für Spielfilme Hans-Dieter Mäde.¹ Gemeint war ein ganz besonderes Projekt: die Verfilmung von Lion Feuchtwangers Roman „Exil“ (1940). Doch die „Sache“, wie Günther es nannte, war pikant. Denn nicht für die DEFA in der DDR, sondern für den Westdeutschen Rundfunk (WDR) wollte er den historischen Roman in Szene setzen.

Brief aus Köln

Die Anfrage war kurz zuvor aus Köln gekommen. Am 23. März 1978 erhielt Egon Günther, einer der wichtigsten und anerkanntesten Filmregisseure der DDR, von WDR-Fernsehspielredakteur Gunther Witte die Information, dass der WDR beabsichtigte, „Exil“ zu verfilmen. Witte erkundigte sich, ob er „grundsätzlich an diesem Projekt interessiert“ sei. Ob er „eine Möglichkeit“ sehe, „längere Zeit“ für den WDR zu arbeiten, wollte Witte wissen. Man kenne seine „hervorragenden Filme“ und könne sich vorstellen, dass sich Günther „mit den Intentionen dieses großen antifaschistischen Stoffes“ besonders „identifizieren würde“.²

Egon Günther wollte das „Feuchtwanger“-Projekt übernehmen. Nach zähen Verhandlungen mit der Hauptverwaltung (HV) Film im Ministerium für Kultur (MfK) und dem ZK der SED erhielt Günther die Arbeitserlaubnis in der Bundesrepublik schließlich von ganz oben: „Einverstanden“, vermerkte SED-Generalsekretär Erich Honecker persönlich am 7. November 1978 auf dem Antrag.³

„Asymmetrisch“ medienhistorisch verflochten

Wie und warum es dazu kam, dass Honecker am Ende seine Zustimmung zur westdeutschen Arbeit Egon Günthers gab – davon handelt dieser Artikel. Der Fall Feuchtwanger ist von hoher medienhistorischer Relevanz, zum einen weil er eine wichtige Zäsur in Günthers Schaffen markiert, zum anderen weil er kulturpolitische Verflechtungen zwischen den beiden deutschen Staaten exemplarisch offenlegt. Bei Egon Günther liefen 1977/78 Fäden zusammen, die illustrieren, was der Zeithistoriker Christoph Kleßmann als „asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte“ des geteilten Deutschlands beschrieben hat.⁴

Forschungen, die das Konzept Kleßmanns dezidiert verfolgen, stellen noch immer Ausnahmen dar. Darauf machten Detlev Brunner, Udo Grashoff und Andreas Kötzling jüngst aufmerksam.⁵ Sie leuchteten das weite Forschungsfeld „asymmetrischer Verflechtungen“ zwischen DDR und Bundesrepublik in Form von Mikrostudien verdienstvoll aus.

.....

¹ Egon Günther an Hans Dieter Mäde, Groß-Glienicke, 25. Mai 1978 (Abschrift, Anlage zu Schreiben Hans Dieter Mäde an Ursula Ragwitz, Babelsberg, 29.5.1978), BAB DY 30 IV B 2/2.024/114.

² Gunther Witte an Egon Günther, Köln, 23.3.1978, BAB ebd.

³ Vermerk Erich Honecker am 7.11.1978 auf Schreiben Kurt Hagers an denselben, Berlin, 6.11.1978, BAB ebd.

⁴ Christoph Kleßmann: Verflechtung und Abgrenzung. In: APuZ 43(1993) 29-30, S. 30-41; Ders: Spaltung und Verflechtung. In: Ders. und Peter Lautzas (Hrsg.): Teilung und Integration. Bonn 2005 (=Schriftenreihe Bundeszentrale für politische Bildung; 482), S. 20-37.

⁵ Vgl. Detlev Brunner, Udo Grashoff und Andreas Kötzling (Hrsg.): Asymmetrisch verflochten? Neue Forschungen zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte. Berlin 2013, S. 13.

Gerade für die Mediengeschichte erscheint der Verflechtungs-Ansatz relevant. Forschungen von Nora Hilgert, Andreas Kötzing oder Christoph Lorke führten dies zuletzt beispielhaft vor.⁶ An diese jüngsten medienhistorischen Interpretationen schließt der folgende Beitrag an.

Er zeichnet deutsch-deutsche Verflechtungen auf der Ebene einzelner Akteure eines film- und fernsehpolitischen Netzwerks exemplarisch nach. Am mikrohistorischen Beispiel zeigt er auf, wie sich die DDR abgrenzend zur Bundesrepublik definierte, wie aber dennoch Lösungen für den Fall Feuchtwanger gemeinsam ausgehandelt werden mussten. DDR-Kulturpolitiker schätzten die Wirkung von „Massenmedien“⁷ als besonders bedeutsam für die deutschlandpolitischen Entwicklungen ein und handelten dementsprechend. Mit einem Nachweis zu dieser These unterstützt der Artikel letztlich die Bedeutung von Mediengeschichte als elementarem Bestandteil der Zeitgeschichte.

Der Text analysiert nicht den Film; nicht die eigentliche Produktion ist hier von Interesse, sondern wie es zu ihr kam. Warum der WDR an Egon Günther Interesse hatte und wie die SED-Führung diese Anfrage bewertete, wird hier erzählt. Damit ist dies nur indirekt auch eine Geschichte von Dissidenz in der DEFA, denn diese ist im Allgemeinen ebenso wie im Falle Egon Günthers bereits gut untersucht.⁸ Vielmehr ist dies eine Mikrostudie, die die bisher kaum erforschten medienhistorischen „asymmetrischen“ Verflechtungen zwischen DDR und Bundesrepublik am Beispiel des TV-Politikums „Exil“ nach Lion Feuchtwanger offenlegt.

Die Quellengrundlage für den Text bildeten Archivalien aus dem Bestand „Büro Kurt Hager“ des Bundesarchivs in Berlin-Lichterfelde.⁹ Edierte Quellen liegen dank Ingrid Poss vor, die Dokumente und Aussagen von DEFA-Zeitzeugen vorbildlich zusammengetragen hat.¹⁰ Ferner wurde versucht, ein persönliches Gespräch mit Egon Günther zu führen, doch stand er für ein Interview leider nicht zur Verfügung.

Vorgeschichte: Schrittweiser Bruch mit der DEFA

Im Mai 1978 teilte Egon Günther seinem Chef bei der DEFA, Hans Dieter Mäde, mit, dass er an dem Angebot des WDR interessiert sei. Günther wollte die DDR für eine „längere Zeit“¹¹ verlassen. Doch nicht erst der WDR-Brief im März 1978 hatte zum Bruch mit der DEFA geführt. Der Fall hatte eine Vorgeschichte.

.....

6 Nora Hilgert: *Unterhaltung, aber sicher! Populäre Repräsentationen von Recht und Ordnung in den Fernsehkrimis „Stahlnetz“ und „Blaulich“ 1958/59-1968*. Bielefeld 2013. Andreas Kötzing: *Kultur- und Filmpolitik im Kalten Krieg. Die Filmfestivals von Leipzig und Oberhausen in gesamtdeutscher Perspektive 1954-1972*. Göttingen 2013. Christoph Lorke: *Armut im geteilten Deutschland (1949-1989). Images zwischen Verflechtung und Abgrenzung*. Frankfurt am Main und New York, voraussichtlich Frühjahr 2015. *Relevant für medienpolitische Wechselwirkungen zwischen den beiden deutschen Staaten außerdem: Claudia Dittmar: Feindliches Fernsehen. Das DDR-Fernsehen und seine Strategien im Umgang mit dem westdeutschen Fernsehen*. Bielefeld 2010. Dittmar wendet jedoch nicht den Verflechtungsansatz nach Kleßmann an.

7 Vgl. Hans Dieter Mäde, Notiz über ein Gespräch mit Egon Günther am 31.3.1978, Babelsberg, 3.4.1978, BAB DY 30 IV B 2/2.024/114.

8 Vgl. Ingrid Poss und Dorett Molitor: *Ich war immer ein Spieler. Egon Günther*. Berlin 2013 (=Schriftenreihe der DEFA-Stiftung). (Poss und Molitor 2013); Thomas Beutelschmidt und Franziska Widmer: *Zwischen den Stühlen. Die Geschichte der Literaturverfilmung URSULA von Egon Günther – eine Koproduktion des Fernsehens der DDR und der Schweiz*. Leipzig 2005 (= Materialien Analysen Zusammenhänge 14). (Beutelschmidt und Widmer 2005); Dagmar Schittly: *Zwischen Regie und Regime. Die Filmpolitik der SED im Spiegel der DEFA-Produktionen*. Berlin 2002.

9 BAB DY 30 IV B 2/2.024/114.

10 Poss und Molitor 2013; Ingrid Poss und Peter Warnecke (Hrsg.): *Spur der Filme. Zeitzeugen über die DEFA*. Bonn 2006 (=Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung; 568). (Poss und Warnecke 2006).

11 Vgl. Anm. 2.

Den Auftakt zum offenen Konflikt mit der HV Film bildete Günthers Austritt aus dem „Verband der Film- und Fernsehschaffenden der DDR“ (VFF), eine „Interessensvertretung der Branche“ und gleichzeitig eine „Kontrollinstanz zur Durchsetzung des rigiden Mediendiskurses nach dem 11. Plenum [des ZK der SED 1965]“.¹² Präsident des VFF war Andrew Thorndike. Auch Egon Günther gehörte dem Präsidium an, doch am 21. Januar 1977 erklärte er: „Mit sofortiger Wirkung trete ich hiermit aus dem Präsidium des Verbandes für Film und Fernsehen aus und bitte darüber hinaus, meine Mitgliedschaft im Verband mit dem heutigen traurigen Tage zu annullieren.“¹³ Deziert legte Günther seine Motive für den Austritt gegenüber Thorndike dar – und kritisierte damit offen die staatliche Film lenkung in der DDR.

Günther schrieb: „Andere mögen stillhalten, ich kann es nicht. Mag daraus werden, was will. Ohne Aufrichtigkeit mag ich nicht leben und kann mich als sozialistischer Filmschöpfer nicht begreifen. (...) Ich fürchte, daß das Maß verlorengegangen ist, welche staatliche Leitung und individuelle Ziele der Künstler zum Nutzen aller und zur Ehre unseres Landes miteinander auskommen läßt. (...) Worte nützen nichts mehr. Ob ich schreibe oder drehen will, (...) es bleibt sich gleich. Das Ergebnis heißt nein.“ Günther klagte an. Er stellte, wie der Zeithistoriker Thomas Beutelschmidt es nannte, „die Machtfrage“¹⁴, indem er schloss: „Was gibt staatlichen Leitern das Recht, so auf ihre Dinge zu pochen und so zu tun, als wüssten sie alles besser [?]“¹⁵

Erster Anstoß des Widerstands war für Günther der Umgang mit seinen Filmen „Abschied“ (1968) und „Die Schlüssel“ (1974) gewesen. Beide wurden streng zensiert. „Abschied“ blieb nach der Premiere „nur eine limitierte Nischenexistenz“; der Film „Die Schlüssel“ erfuhr in der DDR ebenso geringe Resonanz und blieb für die Aufführung im Ausland verboten.¹⁶ Günther empfand die Vorgänge als „unverständlich[e] und unverantwortlich[e] Kampagne“¹⁷ – Tropfen, die den Stein hölhten.

Weiterhin hatte Günther ein „Büchner“-Projekt „zugunsten eines Gegenwartsfilms“ aufgeben müssen, was ihm „unendlich schwer“ gefallen sei.¹⁸ Doch die Bücher, die er so dann für Gegenwartsfilme geschrieben hatte, seien ebenso wenig zugelassen worden („Vietnam oder die Kunst zu heiraten“, „Exempel“). Das bedeutete weiteren Frust.

Und schließlich lehnte die HV Film ein Exposé für einen Film namens „Auf deutsch“ ab.¹⁹ Ihr Leiter, Horst Pehnert, war der Meinung, das Skript entspreche „nicht den Erwartungen der Gesellschaft in die künstlerischen Entdeckungen [der] Gegenwart“ der DDR.²⁰ So lehnte die HV Film das Projekt ab. Egon Günther verlor die Geduld. „Wieder einmal“ sei ihm „alle Aussicht genommen“, klagte er, auf „Nebenstraßen“ verweise man ihn.²¹ Er wollte dies nicht länger hinnehmen. Seine Replik: Der Austritt aus dem VFF.

.....
12 Thomas Beutelschmidt: Kooperation oder Konkurrenz? Das Verhältnis zwischen Film und Fernsehen in der DDR. Berlin 2009 (=Schriftenreihe der DEFA-Stiftung), S. 133f.

13 Egon Günther an Andrew Thorndike, Groß-Glienicke, 21.1.1977 (Abschrift als Anlage des Schreibens Andrew Thorndike an Kurt Hager, 25.1.1977), BAB DY 30 IV B 2/2.024/114, publiziert in: Poss und Molitor 2013, S. 266f.

14 Beutelschmidt und Widmer 2005, S. 72.

15 Wie in Anm. 13.

16 Fred Gehler: Das Kino des Egon Günther. (Gehler 2013) In: Poss und Molitor 2013, S. 22ff.

17 Wie in Anm. 13.

18 Ebd.

19 Günthers Entwürfe zu „Auf deutsch“ publiziert in: Poss und Molitor 2013, S. 41-47.

20 Horst Pehnert an Kurt Hager, 9.2.1977, BAB DY 30 IV B 2/2.024/114. Vgl. Gehler 2013, S. 23.

21 Wie in Anm. 13.

Die Verantwortlichen in der HV Film, der DEFA und dem VFF zeigten sich ob der Abkehr eines ihrer besten Talente sehr besorgt. Sie waren beunruhigt, dass Günther zum Exempel avancieren und eine Protestwelle unter den Filmschaffenden auslösen könnte. Sichtlich alarmiert schrieb Andrew Thorndike deshalb an Kurt Hager: „Soweit ich die Lage im DEFA-Spielfilm übersehe, formuliert Genosse Egon Günther in seinem Schreiben keineswegs nur seine persönlichen Sorgen. Ich glaube, daß er weitgehend die Stimmung einer ganzen Anzahl von Regisseuren zum Ausdruck bringt.“²²

Die nur gut zwei Monate zurückliegende Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann und die daraus folgende Ausreisewelle sympathisierender DDR-Künstler/innen spielte auch in den Fall Feuchtwanger hinein. Es ist anzunehmen, dass die SED-Leitung die Haltung Egon Günthers vor dem Hintergrund der Biermann-Affäre als doppelt bedrohlich empfand. Egon Günther hielt dessen Ausbürgerung für „unannehmbar“²³, wie man wusste. Und in der Bundesrepublik gab es öffentliche Stimmen, die in dieselbe Kerbe schlugen: Der VFF-Austritt Günthers sei Zeichen dafür, „daß die durch die Ausbürgerung von Wolf Biermann geschürte Unruhe und Verzweiflung unter den Künstlern und Intellektuellen der DDR nun auch die privilegierte, hochbezahlte Kaste der Filmregisseure erreicht [hatte].“²⁴ Dies schrieb Hans C. Blumenberg in der Wochenzeitung „Die Zeit“.

So nahm Andrew Thorndike die veränderte Stimmung unter den DEFA-Regisseuren sehr ernst. Über Egon Günther und auch Heiner Carow befand er: Die „Genossen [sind] sehr verbittert und festgefahren“.²⁵ Tatsächlich war Günther wenigstens im Mai 1977 offiziell krank geschrieben²⁶ und verweigerte seit der Ablehnung seines Exposés „Auf deutsch“ die Arbeit zu den bisherigen Bedingungen. Aber „es sei nicht richtig, anzunehmen, daß er in einer Krise sei“, erklärte Günther dem ZK, „er wolle Filme machen, aber anders als bisher“.²⁷

Günther wollte die Erlaubnis erwirken, mit Filmen „experimentieren“ zu dürfen. Nicht nur am Skript wollte er gemessen werden, sondern am filmischen Beispiel.²⁸ Dies aber widersprach dem grundsätzlichen Procedere der DEFA.

Filmische Experimente wollte man Günther nicht gewähren. Stattdessen bot DEFA-Spielfilmchef Mäde ihm neue Stoffe an in der Hoffnung, diese könnten den Widerspenstigen zähmen. Mäde hatte einen großen Stoff antifaschistischer Thematik im Visier, einen berühmten Namen, ein anspruchsvolles historisches Sujet: den Roman „Erfolg“ von Lion Feuchtwanger. Feuchtwanger war in der DDR hoch angesehen und seine Stoffe politisch sicheres Terrain. Der im US-Exil lebende Autor sympathisierte mit der DDR und hatte dort viele Ehrungen erhalten.²⁹ Aber Günther ließ sich nicht ködern. Er sehe

.....
22 Andrew Thorndike an Kurt Hager, Babelsberg, 25.1.1977, BAB ebd.

23 Egon Günther an Werner Lamberz, ohne Ort und Datum. In: Poss und Molitor 2013, S. 96.

24 Hans C. Blumenberg, Unbequemer Weg. Ist der DDR-Filmregisseur Egon Günther der nächste Übersiedler? In: „Die Zeit“ (Hamburg), 12.8.1977, S. 33, online unter: <http://www.zeit.de/1977/33/unbequemer-weg> (zuletzt abgerufen am 2.10.2014).

25 Notiz über ein Gespräch zwischen Erika Hinckel und Andrew Thorndike, Berlin, 4.2.1977, BAB DY 30 IV B 2/2.024/114.

26 Vgl. Notiz über ein Gespräch zwischen Kurt Hager und Egon Günther, Berlin, 11.5.1977, BAB ebd.

27 Ebd., S. 2.

28 Vgl. ebd. sowie Notiz über ein Gespräch zwischen Erika Hinckel und Andrew Thorndike, Berlin, 4.2.1977, beide BAB DY 30 IV B 2/2.024/114.

29 Vgl. Thomas Beutelschmidt und Henning Wrage: Lion Feuchtwanger und das DDR-Fernsehen. In: Ian Wallace (Hrsg.): Feuchtwanger and Film. Bern 2009, S. 177-193, S. 178 und 185.

„keine Möglichkeit mehr, den Angeboten auf andere Filme (z.B. nach Feuchtwangers ‚Erfolg‘) zuzustimmen“,³⁰ ließ er die Filmoberen wissen.

Mäde schluckte die Pille. Er schrieb an Günther: „Ich glaube verstanden zu haben, daß mein Vorschlag, eine filmische Adaption von Feuchtwangers ‚Erfolg‘ (...) von Ihnen nicht als Ihre augenblickliche Strecke empfunden wird.“³¹ Doch geschlagen gab Mäde sich nicht: „Winterspelt“ (1974) von Alfred Andersch oder Heinrich Manns „Traurige Geschichte von Friedrich dem Großen“³² sollte Egon Günther jetzt verfilmen, oder den Roman „Haus der schweren Tore“ (1971) von Eva Lippold. Egon Günther ging auf die Vorschläge nicht ein. Für ihn war die Klappe DEFA gefallen. Thorndike nannte es eine „Kurzschluß-Reaktion“. Wie die Quellen zeigten, kann davon keine Rede sein, eher vom sprichwörtlich langsam überlaufenden Fass. Die Absage für „Auf deutsch“ war eine Absage zuviel gewesen.³³

Feuchtwangers „Exil“ als Ausweg

Auf diesen Boden fiel im März 1978 das Angebot des WDR. Egon Günther wollte es annehmen. Schon bald konnte er sich „überhaupt nicht mehr vorstellen, den ‚Exil‘-Film nach Feuchtwangers Roman nicht zu machen, ihn nicht machen zu dürfen“, wie er Erika Hinckel, der Mitarbeiterin Kurt Hagers im Politbüro, im September 1978 anvertraute. Er schrieb: „Ich bitte Dich herzlich und voller Vertrauen, (...) hilf mir, wenn Du kannst (...). Ich glaube nicht, daß ich zur Ruhe komme, wenn ich diesen Film nicht machen kann.“³⁴ Günther suchte nach einem Ausweg aus dem engen Korsett der DEFA. Er offenbarte sich für ihn in der Aussicht, für das westdeutsche Fernsehen arbeiten zu können.

Egon Günther wusste, dass er für eine Erlaubnis von ZK, HV Film und DEFA viel politische Überzeugungsarbeit würde leisten müssen. Sein größtes Argument war die antifaschistische Verantwortung, die er bei „Exil“ einlösen wollte. Das war sicherlich Taktik, aber gleichzeitig aufrichtig gemeint. Günther stellte in der DDR nicht den „Grundkonsens“ und das „sozialistische Selbstverständnis“ in Frage, sondern den „entschieden zu enge[n] Gestaltungsspielraum[s] innerhalb des Systems“, bestätigt der Zeithistoriker Thomas Beutelschmidt.³⁵ So erklärte Günther Hans Dieter Mäde, er sei am WDR-Feuchtwanger so „interessiert (...), „weil der Roman ‚Exil‘, wenn er in die falschen Hände fiele, antikommunistisch missbraucht werden könnte.“³⁶ An Kurt Hager schrieb er: „Die Sache ist einfach, und man kann sie einfach nicht anders sehen: Das westdeutsche Fernsehen weiß außer einem DDR-Regisseur niemand, dem sie die Regie anvertrauen wollen.“³⁷

Günther argumentierte konsequent deutschlandpolitisch. Er versuchte herauszustellen, wie er für die DDR besser in der Bundesrepublik arbeiten könne als in der DDR selbst. Die Integration eines DDR-Regisseurs in den Spielplan eines westdeutschen Fernsehsenders ver helfe der DDR zu mehr Anerkennung, weshalb das Projekt von höchster

.....
30 Notiz über ein Gespräch zwischen Erika Hinckel und Andrew Thorndike, Berlin, 4.2.1977, BAB ebd.

31 Hans Dieter Mäde an Egon Günther, Babelsberg, 7.4.1977, BAB ebd.

32 Ein von der Akademie der Künste in der DDR 1960 posthum veröffentlichtes Fragment zu einem Dialogroman.

33 Vgl. Korrespondenz Egon Günther und Albert Wilkening. In: Poss und Molitor 2013, S. 263ff.

34 Egon Günther an Erika Hinckel, 20.9.1978, BAB DY 30 IV B 2/2.024/114.

35 Beutelschmidt und Widmer 2005, S. 72.

36 Hans Dieter Mäde, Notiz über Gespräch mit Egon Günther am 31.3.1978, Babelsberg, 3.4.1978, BAB DY 30 IV B 2/2.024/114.

37 Egon Günther an Kurt Hager, Groß-Glienicke, 31.7.1978, BAB ebd.

politischer Bedeutung sei. Dies alles legte Günther in die Waagschale. „Mir will sehr einleuchten, ich sollte den Film machen, anstatt einer von drüben. Ich bin fest überzeugt davon, wir, will heißen DEFA, DDR und eben wir auch könnten Nutzen davon haben“, schrieb Günther an Mäde, „es wäre ja, so wie ich den Laden kenne, durchaus nicht so, daß ich unter WDR-Regie-Kreisen und diversen politischen Kreisen nur herzlich begrüßt würde, es wäre meines Erachtens wie ein Schlag ins Gesicht für einige, drüben, die sich ebenfalls darauf spitzten, den Film zu machen. Die Frage, warum verfilmt ein DDR-Regisseur, sogar noch an einem westlichen Sender, diesen Stoff, wäre ja schon eine halbe, wenn nicht eine ganze Antwort.“³⁸

Ebenfalls aus deutschlandpolitischen Motiven heraus waren Hans Dieter Mäde und Kurt Hager jedoch genau gegenteiliger Meinung. Mäde hielt fest: „Meiner Auffassung nach kann man einem solchen Gesuch nicht zustimmen. Die Vorstellung, daß unser Staat einen seiner prominentesten Regisseure direkt an die westdeutschen Massenmedien ‚ausleiht‘, um dort fast ein Jahr lang 7 Teile ‚Feuchtwanger‘ zu verfilmen, ist schwer erträglich.“³⁹ Ein Stachel im Fleisch war, dass Günther das DEFA-Angebot für Feuchtwanger ausgeschlagen hatte: „Ich sehe ganz davon ab, daß er alle unsere Bemühungen, ihn für einen Gegenstand dieser Art bei uns zu gewinnen, (...) abgelehnt hat“⁴⁰, ließ Mäde pikiert einfließen.

Hager gab Mäde Rückendeckung. Er vermerkte, „daß die Bitte von Egon Günther, für den westdeutschen Rundfunk, WDR, eine Inszenierung des Romans ‚Exil‘ von Feuchtwanger durchzuführen und dafür ein Jahr freigestellt zu werden, nicht akzeptiert werden kann. Jetzt liegen Anträge des WDR und von Frau Feuchtwanger vor“, schrieb er, „aber man muß weiterhin bei der Ablehnung bleiben, da wir nicht die Zustimmung geben können, daß ein Regisseur der DDR für einen uns feindlichen Sender des Auslands arbeitet.“⁴¹ Obwohl sich also sogar Marta Feuchtwanger, die Ehefrau Lion Feuchtwangers, für Egon Günther ausgesprochen hatte, änderte dies nichts am „Nein“ Hagers und Mädes. Egon Günther war bitter enttäuscht. „Lieber Genosse Hager!“, schrieb er am 31. Juli 1978, „[z]ürnen Sie mir nicht allzu sehr, wenn ich Ihnen noch einmal mit dem Projekt ‚Exil‘ (...) auf die Nerven falle. Die Gründe für die Ablehnung wollen mir gar nicht einleuchten, und je mehr ich es überlege desto weniger. Mich hat es sehr bestürzt, daß die Meinungsbildung über die Sache so ganz und gar über meinen Kopf hinwegging, niemand an meiner Meinung interessiert war. So etwas ist schlimm für unsereinen, ich muß das mit Nachdruck sagen.“

In Günthers Worten spiegeln sich die zwischen Repression und Förderung changierenden Arbeitsverhältnisse bei der DEFA wider. Unstrittig ist, dass die Filmproduktion der politischen Zensur unterlag. Aber das bedeutete nicht, dass die DEFA-Künstler nur fremdbestimmt gearbeitet hätten. Zum einen entwickelten sie ihre eigenen Taktiken für „verschlüsselte Botschaften“⁴² in Filmen und zum anderen herrschten in den Arbeitsgruppen rege Diskussionen und allgemeines Mitbestimmungsrecht. Man arbeitete im zentralisierten System immer wieder mit denselben Leuten zusammen und kannte sich gut. Man verhandelte, auch und gerade mit der HV Film, tauschte sich kontrovers über

.....
38 Egon Günther an Hans Dieter Mäde, Groß-Glienicke, 25. Mai 1978 (Abschrift, Anlage zu Schreiben Hans Dieter Mäde an Ursula Ragwitz, Babelsberg, 29.5.1978), BAB ebd.

39 Hans Dieter Mäde an Ursula Ragwitz, Babelsberg, 29.5.1978, BAB ebd.

40 Ebd.

41 Vermerk Kurt Hager über Besprechung mit Horst Pehnert und Hans Dieter Mäde, Berlin, 12.7.1978, BAB ebd.

42 Wolfgang Gersch: Szenen eines Landes. Berlin 2006, S. 158-164.

die Inhalte aus.⁴³ Doch indiskutabel war, wie die Quellen im Fall Feuchtwanger zeigen, eine Zusammenarbeit mit dem bundesrepublikanischen Fernsehen. Die Lage schien ausweglos. Die Fronten waren verhärtet.

Erst neue Besprechungen mit dem verantwortlichen Redakteur im WDR, Joachim von Mengershausen, leiteten die Wende im Fall Feuchtwanger ein. Von Mengershausen informierte Egon Günther Ende August über neue Details⁴⁴, so dass dieser gegenüber dem Politbüro ein Ass aus dem Ärmel ziehen konnte: „Liebe Erika“, schrieb Egon Günther am 31. August 1978 an das Büro Hager, „ich war gestern am Telefon ein bißchen aufgeregt und vergaß, folgendes zu sagen, den Film ‚Exil‘ von Lion Feuchtwanger produziert eine französische Firma und eine westdeutsche mit Beteiligung des WDR Köln, die schriftliche Bestätigung (...) könnte selbstverständlich erbracht werden.“⁴⁵ Der Film „Exil“ sollte „zu großen Teilen“ in Paris und Südfrankreich gedreht werden und aus Kostengründen sowohl eine „private französische Firma“ als auch eine „Münchener private Filmfirma“ beauftragt werden.⁴⁶

Das veränderte die Lage erheblich, „weil (...) Mäde einmal sagte, ja, wenn es eine französische Firma wäre, dann ja!“⁴⁷, rief Egon Günther dem Politbüro in Erinnerung. Tatsächlich war die HV Film weniger über die Zusammenarbeit mit ausländischen Produzenten im Allgemeinen, noch nicht einmal über diejenigen im ‚nicht-sozialistischen Ausland‘ besorgt. Solche Projekte hatte es immer wieder gegeben.⁴⁸ Doch was die HV Film und das ZK so sehr beunruhigte, war speziell die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik, denn darin schlummerte die Gefahr eines „gesamtdeutschen Kulturanspruches“⁴⁹ und einer ideologischen Unterwanderung der DDR.

Doch im Fall Feuchtwanger würde der WDR nun „gar nicht in Erscheinung treten“, versicherte Egon Günther. Er versprach Erika Hinckel – und damit de facto Kurt Hager – seine unbedingte Loyalität: „(...) daß ich nicht herumgehe und behaupte, ich würde das Beispiel, wie man sich auch ohne Kulturabkommen einigen könne, das kannst du mir glauben, wie ich auch überzeugt bin, mich richtig und in unserem Sinne zu verhalten.“⁵⁰ Ohne einen direkten Auftrag an Günther durch den WDR war die Gefahr eines „gesamtdeutschen‘ Projekts“⁵¹ gebannt. Für den „Exil“-Film bestand wieder Hoffnung.

Das Blatt wendet sich

Trotzdem ließ die Entscheidung auf sich warten. Erst am 3. Oktober 1978 setzte Horst Pehnert in der Angelegenheit einen Brief an Kurt Hager auf. Auf Grund der neuen „Umstände“ schlug er vor, „(vorbehaltlich der Kenntnis der abzuschließenden Verträge)

.....

43 Vgl. Poss und Warnecke 2006, S. 15-18.

44 Joachim von Mengershausen an Egon Günther, Köln, 31.8.1978, BAB DY 30 IV B 2/2.024/114.

45 Egon Günther an Erika Hinckel, ohne Ortsangabe, 31.8.1978, BAB ebd.

46 Vgl. Joachim von Mengershausen an Egon Günther, Köln, 31.8.1978, BAB ebd. Gemeint waren die französische Produktionsfirma Europa Films, Paris und die Bavaria Atelier GmbH. Gedreht wurde in Paris, Bordeaux und München, vgl. Mitteilung WDR-Pressestelle, 9.4.1981, HA WDR.

47 Egon Günther an Erika Hinckel, Groß-Glienicke, 20.9.1978, BAB ebd.

48 Zuletzt bei „Ursula“, vgl. Beutelschmidt und Widmer 2005. Vgl. zu den vielfältigen transnationalen Beziehungen der DEFA: Michael Wedel, Barton Byg, Andy Räder, Skyler Arndt-Briggs und Evan Torner: DEFA international. Grenzüberschreitende Filmbeziehungen vor und nach dem Mauerbau. Wiesbaden 2013, darin für die Frage nach Beziehungen der DEFA mit nichtsozialistischen Ländern besonders die Beiträge von Mariana Ivanova, Ralf Schenk und Massimo Locatelli.

49 Horst Pehnert an Kurt Hager, Berlin, 3.10.1978, BAB ebd.

50 Egon Günther an Erika Hinckel, Groß-Glienicke, 20.9.1978, BAB ebd.

51 Horst Pehnert an Kurt Hager, Berlin, 3.10.1978, BAB ebd.

Egon Günthers Antrag zu genehmigen“. Voraussetzung dafür aber blieb, „daß der Film nicht als Film des WDR erscheint“, sondern als französischer Film „in Zusammenarbeit mit dem WDR“ und der beteiligten privaten Firma.⁵²

Gut einen Monat später schrieb Hager an Honecker – der Fall Feuchtwanger war in der obersten Instanz angekommen. „Lieber Erich!“, heißt es in Hagers Brief, „vor einiger Zeit informierte ich Dich, daß der Filmregisseur Egon Günther (...) den Antrag gestellt hat, in der BRD einen Fernsehfilm nach dem Roman von Feuchtwanger „Exil“ zu drehen. Wir verhielten uns ablehnend“, erklärte Hager zunächst. Doch wäre nun die Lage verändert.

Erstens seien „progressive Filmschaffende aus der Bundesrepublik“ am Projekt beteiligt. Gemeint war Joachim von Mengershausen, dessen „sozialkritisch engagiert[e]“ Filmprojekte die SED-Führung wohlwollend registrierte.⁵³ Außerdem wolle Marta Feuchtwanger „einen DDR-Regisseur [für „Exil“] haben“, schrieb Hager. Insgesamt griff er somit Günthers antifaschistisches Argument auf und beurteilte es positiv. Zweitens, fuhr Hager fort, „ist Auftrag- und Geldgeber (...) die französische Fernsehgesellschaft ORF [sic], eine Münchener Firma und der Westdeutsche Rundfunk.“ Die französische Federführung wurde zum Schlüsselargument, das für Günthers Antrag sprach. Und drittens ließ Egon Günthers Prominenz der SED-Führung offenbar keine Wahl, seine Stimme hatte Gewicht. Hager zitierte aus Günthers Brief den Satz, wie er sich „überhaupt nicht mehr vorstellen [könne], den ‚Exil‘-Film (...) nicht zu machen, ihn nicht machen zu dürfen.“ Aus diesen drei Gründen empfahl Hager die Zustimmung zu Günthers Antrag. Einen Tag später, am 7. November 1978, zeichnete Honecker „[e]inverstanden“.⁵⁴

Am 15. November 1978 richtete Kurt Hager an Horst Pehnert die Bitte, mit Hans Dieter Mäde und Egon Günther zu sprechen und ihnen die Zustimmung zum Antrag, „den Film ‚Exil‘ nach dem Roman von Feuchtwanger im Auftrag einer französischen und einer Münchener Firma zu drehen“, mitzuteilen – auch wenn es „bitter [war] festzustellen“, dass Günther für die DEFA keinen Feuchtwanger hatte drehen wollen.⁵⁵ Die Erlaubnis war an bestimmte Auflagen gebunden. So musste Egon Günther versichern, keine weiteren DDR-Künstler zur Arbeit an dem westdeutschen Projekt zu überreden, „ständigen Kontakt“ zur DDR-Botschaft in Paris oder zur DDR-Vertretung in Bonn halten und „als Begründung seines Entschlusses zur Übernahme dieser Arbeit auf den demokratischen antifaschistischen Charakter des Romans und auf das große Entgegenkommen der DDR (...) verweisen.“ Er musste außerdem versprechen, nach Abschluss der Feuchtwanger-Arbeit in die DDR zurückzukehren.⁵⁶

Der Grenzgänger im „unscharfen Exil“

Aber Egon Günther blieb in der Bundesrepublik. DDR-Kulturminister Hans-Joachim Hoffmann führte deshalb am 2. Februar 1981 „eine Aussprache“ mit ihm. Darin bat Egon Günther, „daß man ihm auch weiterhin Vertrauen entgegenbring[e]“. Er stehe als Künstler „fest an [der] Seite“ der DDR, denn er „habe während seiner Arbeit in der BRD sehr viel Zeit und Anlaß gehabt nachzudenken und fühle sich heute enger denn je mit

.....

⁵² Ebd.

⁵³ Vgl. Horst Pehnert an Kurt Hager, Berlin, 3.10.1978, BAB ebd.

⁵⁴ Vermerk Erich Honecker am 7.11.1978 auf Schreiben Kurt Hager an denselben, Berlin, 6.11.1978, BAB ebd. Mehrfach ist in den Quellen von einem französischen Produzenten „ORF“ die Rede. Wie diese Annahme auf DDR-Seite entstand, kann mit dem vorliegenden Material nicht beantwortet werden. Fest steht, dass es die französische Firma Europa Films war, die „Exil“ zusammen mit der Bavaria im Auftrag des WDR produzierte (vgl. Anm. 46).

⁵⁵ Kurt Hager an Horst Pehnert, Berlin, 25.11.1978, BAB ebd.

⁵⁶ Vgl. Protokollnotiz von Hans Dieter Mäde an Kurt Hager, Babelsberg, 5.12.1978, BAB ebd.

[der DDR] verbunden.“ Er versprach, bald in die DDR zurückzukehren, sobald alle „Vorhaben in der BRD [beendet seien]“.⁵⁷

Das Projekt „Exil“ jedenfalls war beendet. Ab dem 26. April 1981 strahlte die ARD die siebenteilige Serie „Exil“ jeweils montags aus. In die DDR zurück kehrte Egon Günther trotzdem nicht, denn vielfältige „Vorhaben in der BRD“ schlossen sich an. Für den Saarländischen Rundfunk (SR) drehte Günther 1981 den Film „Euch darf ich's wohl gestehen“. Weiterhin entstanden in seiner Regie u.a. die Fernsehfilme „Hanna von acht bis acht“ (1983, ZDF/Tele Norm Film GmbH (TNF)), „Morenga“ (1983-85, WDR/TNF/Provobis Gesellschaft für Film und Fernsehen mbH), „Mamas Geburtstag“ (1984, UFA Fernsehproduktion/Österreichischer Rundfunk (ORF)/SFB), „Die letzte Rolle“ (1984/85, UFA/WDR) und schließlich das Millionenprojekt „Heimatmuseum“ (1986/87, UFA/WDR/NDR/SFB). Egon Günther entwickelte sich in den 1980er Jahren zu einem gefragten Regisseur beim öffentlich-rechtlichen Fernsehen der Bundesrepublik. Ab 1984 stellte die DEFA ihre Zahlungen an ihn ein, denn die „verschiedenen Versuche, Klarheit darüber zu gewinnen, ob und wann [Egon Günther] wieder Arbeiten für das Studio erbringen woll[e], blieben (...) erfolglos.“ Deshalb beendete die DEFA-Rechtsabteilung den „schwebende[n]“ Vertragszustand“, wie sie Günther am 27. März 1985 mitteilte, und erklärte das gemeinsame Arbeitsverhältnis offiziell für beendet.⁵⁸

„Insgesamt lässt sich am Beispiel Günthers zeigen, wie schwer der DDR-Gesellschaft der Umgang mit ihren besonders begabten und besonders anspruchsvollen Mitgliedern fiel. Zum einen wurden sie als Kulturgrößen und Aushängeschilder gebraucht, zum anderen sah man in ihnen Störenfriede, weil sie den engen Rahmen nicht akzeptieren wollten oder konnten, wie der partiell inkompatible Günther“, fasste Thomas Beutelschmidt das Verhältnis der SED-Führung zu Egon Günther treffend zusammen.⁵⁹ Auf der Basis dieser Missstimmigkeiten führte das WDR-„Exil“-Projekt Günther schließlich selbst in ein Exil. Ab 1979 lebte der DDR-Regisseur nur noch in der Bundesrepublik. Doch war dies ein „unscharfes Exil“, wie Günther es selbst nannte.⁶⁰ Seine DDR-Staatsbürgerschaft gab er nie auf und die Hinwendung zur Bundesrepublik war nicht ideologisch motiviert. Vielmehr hatte das Angebot des WDR 1978 ganz pragmatische Chancen für ein politisch unabhängigeres, experimentelleres Filmmachen bereit gehalten. Diese hatte Egon Günther ergriffen, denn die DEFA hatte ihn zusehends blockiert.

So wurde Günther ab 1979 zum Grenzgänger. Sein Aufbegehren zwang Filmpolitiker und die SED-Führung in der DDR dazu, sich mit dem westdeutschen Fernsehen, seinen Mitarbeitern, Kooperationspartnern und Programmen, auseinanderzusetzen. Sie schätzten es als so einflussreich ein, dass sie sich lange sträubten, einen ihrer wichtigsten Filmmacher an den Westen abzutreten. Zu groß war die Gefahr, dass Egon Günthers Arbeit in der Bundesrepublik eine „gesamtdeutsche“ Botschaft senden könnte. Folglich kam es über den Mittler Günther zu schwierigen Verhandlungen, aber damit auch zu einem Wissenstransfer zwischen WDR und DEFA bzw. den ihr vorstehenden Institutionen. Anders gesagt: Egon Günther wurde durch den Fall Feuchtwanger zum medienhistorisch verflechtenden Akteur zwischen den beiden deutschen Staaten.

.....
57 Vgl. Hans-Joachim Hoffmann, Notiz über eine Aussprache mit Egon Günther am 2.2.1981, Anlage Brief an Kurt Hager, Berlin, 9.2.1981, BAB ebd.

58 Leiter der Rechtsabteilung DEFA-Studio für Spielfilme an Egon Günther, 27.3.1985. In: Poss und Molitor 2013, S. 274

59 Beutelschmidt und Widmer 2005, S. 69.

60 Klaus Modick: Die späte Wiederkehr des Lion Feuchtwanger. In: „Der Spiegel“ (Hamburg), 20.4.1981, S. 208-215, hier: S. 212. Vgl. auch Beutelschmidt und Widmer 2005, S. 76f.

Studienkreis-Informationen

Jahrestagung 2015 in Wien

Thema: Geschichte(n), Repräsentationen, Fiktionen – Medienarchive als Gedächtnis- und Erinnerungsorte

Die Jahrestagung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte findet in Kooperation mit dem Filmarchiv Austria und der Zeitschrift „Medienimpulse“ vom 7. bis 8. Mai 2015 in Wien statt.

Call for Papers

Medienarchive sind Orte, an denen das Wechselverhältnis von Medialität und Historizität durch die Materialität der Archivalien in besonderer Weise deutlich und auch immer wieder problematisiert wird. Einerseits werden historische Filme, Fernsehsendungen, Tonbeiträge und andere Archivalien hier nicht nur konserviert, sondern erforscht und für die Nutzung im Sinne eines „Gestern im Heute“ (Assmann/Assmann) fruchtbar gemacht. Andererseits ergeben sich aus diesen medialen Repräsentationen des Historischen auch Spannungen – durch (bewusste oder unbewusste) Kanonisierungen, Einseitigkeiten etc., die vor allem im Kontext der Fiktionalisierung von Geschichte in Film, Fernsehen und Radio zutage treten. Mediale Geschichtsschreibung und hier vor allem die fiktionale ist bis heute das Erzählen von Geschichten, auch wenn dies von Historikern kritisiert wurde und wird. Fiktionale Strategien der Historiographie stehen oft in einem spannungsvollen Verhältnis zum dokumentarischen Anspruch der Medienarchive.

Medienarchive sind dabei mehr als Speicher. Im Sinne von Maurice Halbwachs sowie von Jan und Aleida Assmann sind sie nicht nur Gedächtnis-, sondern Erinnerungsorte, die Historisches in die Gegenwart bringen und damit das kulturelle Erinnern maßgeblich prägen. Archive wie Archivarinnen und Archivare haben neben dem Bewahren des Historischen auch die Aufgabe des Erinnerns – sie

bringen das Bewahrte in die aktuellen Diskurse ein. Gerade 2014 ist dies in den vielfältigen Rückblicken auf den Ersten Weltkrieg in den verschiedenen Medien wieder augenfällig geworden: gleichsam kanonisierte authentische Bilder aus den Schützengräben vermischen sich in der medialen Repräsentation mit bereits fiktionalisierten Stoffen, beispielsweise aus „Im Westen nichts Neues“ (USA, 1930).

Inszenierte Geschichte wird so ex post zur Quelle der Geschichtsschreibung, was vor allem dann problematisch ist, wenn die Fiktionalisierung sich nicht als solche zu erkennen gibt. Gleiches ist für 2015 zu erwarten, wenn sich das Kriegsende (interpretiert als „Kapitulation“ oder „Tag der Befreiung“) zum 70. Mal, wie auch – für Österreich entscheidend – die Unterzeichnung des Staatsvertrages zum 60. Mal jähren. Dazu kommt der 25. Jahrestag der Deutschen Einheit, der ebenfalls einen Schwerpunkt im medialen Erinnern bilden wird. Eingedenk der genannten Tendenzen sind Medienarchive nun in doppelter Weise Erinnerungsorte oder Beobachter von Geschichte: Neben die historischen Quellen an sich tritt die (bereits historische) Repräsentation von Geschichte in der je spezifischen Zeit. Daraus ergibt sich für Archivare und Archivarinnen ebenso wie für alle, die Programme (für Film, Radio oder Fernsehen) erstellen, eine besondere Verantwortung im Umgang mit den Zeugnissen der Geschichte.

Außerdem kommt auch der Dimension des Politischen eine besondere Bedeutung zu, ist doch Geschichtsschreibung – neben den Ansätzen der Oral oder Visual History – weithin primär eine Geschichte der politischen Entscheidungen und der entsprechenden Entscheidungsträger. Auch hier tritt der Doppelcharakter in Erscheinung, zu dem eben auch fiktionalisierte Elemente der politischen Geschichte zur Erinnerungskultur gehören. Politische Utopien, Heterotopien und Dystopien als fiktionale Erzählungen sind Zeugnisse der jeweiligen spezifischen Diskurskultur in ihrer Entstehungszeit und stellen damit Quellen einer medialen Geschichte oder Geschichts-

schreibung dar, deren Erschließung und vor allem Erforschung noch nicht in zufriedenstellendem Maße erfolgt ist.

Daraus ergeben sich unter anderem folgende thematische Felder, die die Vorträge in den Blick nehmen sollen:

- Mediale Umbrüche in der Erzählung von Geschichte (Revision, Inanspruchnahme etc.)
- Politische Utopien, Heterotypien und Dys-
topien
- Medienarchive als Speicher- und Erinnerungsorte (Auseinandersetzung mit dem Archivbegriff)
- Fiktionalisierung des Historischen – Historisierung medialisierter fiktionaler Geschichte
- (Medien-)Pädagogische Aspekte in Hinsicht auf Archivzugriff und fiktionalisierte Geschichte

Eingereichte Abstracts sollten maximal 3.000 Zeichen umfassen (exklusive etwaiges Literatur-/ Quellenverzeichnis). Sie können, müssen sich aber nicht direkt auf einen der thematischen Blöcke beziehen, da auch übergreifende Themenfelder für die Tagung gewünscht sind.

Dem Abstract selbst ist ein Deckblatt mit den Daten zur Autorin bzw. zum Autor mitsamt Titel des Vortrages voranzustellen (bitte als zwei separate Dateien einsenden). Im Abstract selbst sollen die Autorinnen und Autoren nicht erkenntlich sein, um ein unabhängiges Review-Verfahren zu ermöglichen.

Die Abstracts müssen bis spätestens 15.12.2014 an Veit Scheller, den Schatzmeister des Studienkreises Rundfunk und Geschichte geschickt werden: Scheller.V@zdf.de

Die Vorträge können in Englisch und Deutsch gehalten werden; Konferenzsprache ist Deutsch.

HEIMATGEFÜHLE. Lokale Medien in einer globalen Welt

Jahrestagung 2014 in Halle

Die Jahrestagung des Studienkreises fand dieses Jahr am 3. und 4. Juli in Kooperation mit dem Dept. Medien- und Kommunikationswissenschaften der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg statt. Unterstützt wurde sie auch von der HALESMA/A.N.D. (Hallesche Europäische Journalistenschule für Multimediale Autorschaft / Alfred Neven DuMont) sowie von der MSA (Medienanstalt Sachsen-Anhalt). Thematisch begab sich die Tagung in das begrifflich weitläufige Feld „Heimat“, dessen alltags- und medienkulturelle Konkretisierung vielfältigst diskutiert wurde. Raumkonzepte, Psychologie, Mediengeschichte und vor allem -gegenwart kamen hier zum Tragen. Deren diskursive und exemplarische Zusammenspiele verliehen der Tagung ein angenehm anwendungsorientiertes Flair. Was müssen Lokalmedien können? Wie heterogen sind die verwendeten Heimatkonzepte? Wie mobil, wie global, wie ubiquitär kann das Lokale sein? Funktioniert Partizipation im lokalen Medienkontext anders und sogar besser als im globalen? Welche Art von kulturellem Kapital stellen Heimat und Lokalbezug dar?

Das Konzept „Heimat“ erfährt derzeit durchaus eine Renaissance und Neudefinition. Die Bedeutung kommunaler Traditionen und lokal verankerter Kommunikation wird dabei intensiv überdacht. Radio und Fernsehen wurden von Anbeginn dazu genutzt, Vorstellungen von Identität, Zusammenhalt, gemeinsamer Geschichte und damit auch von „Heimat“ aktiv herzustellen. Der Radius der Möglichkeiten ist durch das Internet noch größer geworden. Aber sind die Konzepte dadurch neu und überzeugender?

Die Tagung begann daher mit einem Blick auf die Geschichte des Rundfunks und verschiedene mediale Inszenierungen von Heimat und Lokalverbundenheit. Den Auftakt zu diesen Fragestellungen machte eine medienhistorische Betrachtung Kai Knörrens (Universität Potsdam) zu Ursachen und Elementen der Regionalisierung des Rundfunks in Deutschland nach 1945. Die Beschreibung dessen als eine elektromagnetische Utopie und die exemplarische Veranschaulichung am Wirken des umtriebigen Hessen Wolf Schmidt („Familie Hesselbach“ uvm.) zogen einen weiten Bogen zu den Ursprüngen regional orientierter Medienkonzepte, deren Relevanz noch heute gilt.

Ebenfalls medienhistorisch angelegt war der Beitrag Judith Kretzschmars (Universität Leipzig) zu Kontinuitäten und Brüchen des sozialistischen Heimat-Konzeptes in Reportagen des DDR-Fernsehens. In die unmittelbare Gegenwart hinein reichte hingegen der Beitrag Guy Starkeys (University of Sunderland), der sich mit den veränderten Bedingungen und Entwicklungen lokaler Radiostationen in Großbritannien befasste. Das Credo seines Blickes auf diese Prozesse bestand in dem nachdrücklichen Hinweis, dass es vor allem das Sprechen sei, das den signifikanten Anker des Radios ausmache: „Speech is the friend!“ In der Konzeption lokaler Medienangebote komme es vor allem auf diese identitätsstiftenden Elemente an. In eine ähnliche Richtung argumentierte Jan Pinseler (Hochschule Magdeburg-Stendal), der einerseits Phasen der Entstehungsgeschichte nicht-kommerzieller Lokalradios (NKL) nicht nur in Deutschland skizzierte (z.B. auch Radio Alice/Italien), aber andererseits fundamental deren Partizipationspotenzial hervorhob bzw. hinterfragte. In der Tat sind viele Wissenschaftler und Journalisten mit diesem schicken Begriff immer schnell zur Hand, ohne jedoch die Bedingungen einer wirklichen Partizipation zu berücksichtigen. Diese beinhaltet nämlich auch die Beteiligung an der Verfügungsgewalt über Ressourcen. Die bloße Hör- und Sichtbarkeit vieler Mediennutzer in Kommentarfunktionen und Foren ist hierfür jedenfalls kein Beleg. Umsomehr gilt es die aktive, partizipative Arbeit lokaler Medienangebote zu stärken. Dieses Panel des Studienkreises wurde von Golo Föllmer moderiert.

Im Mittelpunkt des ersten Tagungsnachmittags standen lokale Medien als Best Practice Beispiele. Ein Speedlab diente als Diskussionsbasis. Eingeleitet wurde dieser, von Maren Schuster moderierte Konferenzteil durch einen Vortrag der Journalistin Anke Vehmeier, die Herausforderungen und Perspektiven des Lokaljournalismus aufzeigte. Spannend an dem Format war die Vorstellung von sechs lokalen Medienprojekten, deren Macherinnen und Macher sich in Kurzpräsentationen kleinen, oftmals sehr diskussionsfreudigen Gruppen präsentierten. Im einzelnen waren dies: Wassily Nemitz (meinesuedstadt.de, Köln), Moritz Arand (3Viertel, Leipzig), Sandra Biberstein (coucoumagazin.ch, Winterthur), Dr. Sofia Delgado und Birgit Kuhn (muenchen-querbeet.de, München), Tobias Netzbandt (Jenapolis.de, Jena), Jockel Schmidt (Fleischervorstadt-Blog <http://blog.17vier.de>, Greifswald). In einer anschließenden Diskus-

sionsrunde stellten sich diese Lokalmedienmacher sowie Anke Vehmeier und Robby Braune (Leiter MZ digital, mz-web.de) weiteren Fragen der Teilnehmer.

Ein Fazit dieses Nachmittags war, dass gerade auch in lokalen Bezügen meinungsstarke Medien gewünscht werden: Leser und User suchen Positionen. Natürlich reflektierte die Runde die damit verbundenen Schwierigkeiten, aber gerade der Fleischervorstadt-Blog zeigte, wie auch unbequeme Positionierungen im lokalen Feld goutiert werden. Im Rekurs auf diese Problematik kristallisierte sich die Auffassung heraus, dass der Heimatbegriff bzw. das Heimatthema wohl deshalb konjunkturell so angesagt ist, weil die gegenwärtigen Verhältnisse nicht „heimatlich“ sind.

Zu Beginn des zweiten Tages standen unter dem Titel „Konjunkturen des Lokalen interdisziplinär“ andere Perspektiven im Zentrum des ersten Panels, das von Cordula Günther moderiert wurde. Beate Mitzscherlich (West-sächsische Hochschule Zwickau) warf Fragen und Beobachtungen zur psychologischen Konstruktion von Heimat auf, die vor allem die soziale Verfasstheit des Begriffes fokussierten. Ihr Konzept der „Beheimatung“ stellt den Versuch dar, den traditional besetzten Heimatbegriff produktiv zu erweitern und vor allem individual-psychologisch als wesentlichen Bestandteil erfolgreicher Identitätsbildung zu fassen. Stephan Günzel (Hochschule für Gestaltung Berlin) hingegen präsentierte insbesondere topologische Aspekte des Heimatbegriffes und flanierte durch raumbezogene Gedankengebäude. Reinhold Viehoff (Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg) schließlich fasste die medienwissenschaftlich-anthropologischen Implikationen dieser Überlegungen zu einem Plädoyer für einen erweiterten Heimatbegriff zusammen.

Auch am zweiten Tag der hervorragend organisierten Tagung standen nachmittags Praxisbeispiele im Mittelpunkt. An einem Runden Tisch, moderiert von Ingrid Brück und Claudia Dittmar, diskutierten vier lokale, zumeist gut etablierte Medienmacher aus Sachsen-Anhalt, Thüringen und Nordbayern über die konkrete Ausformulierung des Lokaljournalismus. Zunächst steuerte Wolfgang Seufert (Friedrich-Schiller-Universität Jena) einen volkswirtschaftlichen Blick auf den Zusammenhang von Lokalmedien und Finanzierungsfragen bei. Dabei verwies er auf die Gefahren durch Sparzwänge, die die lokale Medienlandschaft ernsthaft bedrohen.

Die höchstens kurzfristig erzielten Einsparerfolge werden durch Reichweiten- und Qualitätseinbußen absorbiert, woraus sich neue Sparzwänge ergeben. Es bleibt somit ein Teufelskreislauf. Für konkrete Einblicke in erfolgreiche Konzepte lokaler und regionaler Medienarbeit standen an diesem Nachmittag Tom Gräbe (Radio Harz-Börde-Welle), Dietz Schwiesau (Wortchef MDR Sachsen-Anhalt), Joachim Braun (Chefredakteur „Nordbayerischer Kurier“), Paul-Josef Raue (Chefredakteur „Thüringer Allgemeine“). Heimat zwischen Geschäftsmodell und gesellschaftlicher Teilhabe, so der Titel dieses Konferenzteils, erfuhr auf der medialen Ebene gerade durch die Digitalisierung tiefgreifende Umbrüche.

Alle vier Gesprächspartner beschrieben gewaltige Anpassungsleistungen an Technik und Formatentwicklungen, verwiesen aber ebenso auch auf einen enormen Anstieg von Bindungskräften in den jeweiligen Regionen. Vielfältige narrative Ebenen tragen hierzu bei, seien es Social Media-basierte Storys beim MDR (App, MDR-Zeitreise) oder die integrierenden, lokal gut funktionierenden Radio-Angebote der Harz-Börde-Welle aus Aschersleben.

Was bleibt? Letztlich die nicht allzu überraschende, aber für den Erfolg und die gesellschaftliche Bedeutung von Medien überaus wichtige Erkenntnis, dass in der konkret lokalen Ausgestaltung der medialen Arbeit ein großes Potenzial liegt, dessen Gewicht in den kommenden Jahren weiter zunehmen wird. Die damit einhergehenden Professionalisierungsanforderungen und das individuelle Engagement bleiben dabei die entscheidenden Herausforderungen, die auch der Studienkreis im Auge behalten wird.

Weitere Informationen sind der Tagungswebseite <http://heimatgefuehle-tagung.de> zu entnehmen.

Uwe Breitenborn (Magdeburg/Berlin)

Erinnerungen an Friedrich Peter Kahlenberg

Manche Menschen sind – zumindest scheinbar – Glückskinder, fällt ihnen doch beruflicher Erfolg wie privates Glück regelrecht in den Schoß. Dass dies in aller Regel mit harter und unermüdlicher Arbeit, mit Beharrlichkeit und größtem Einsatz verbunden, erkämpft werden muss, ahnen nur wenige und halt die Insider.

Bei Friedrich P. Kahlenberg verlief die berufliche Karriere ebenso geradlinig wie lückenlos. Vom Referendar bis zum Präsidenten des Bundesarchivs, was für eine Laufbahn! Vom Facharchivar zum anerkannten Hochschullehrer und zum geachteten Wissenschaftler, sprich Historiker; das waren Eckpunkte und Stationen eines erfüllten Berufslebens.

Als Präsident des Bundesarchivs und damit oberster Archivar der Republik hatte Friedrich P. Kahlenberg nicht nur eine fachliche Mammutarbeit zu leisten, nein, er musste, wie weiland Herkules, die eigentliche Herausforderung für das deutsche Archivwesen im 20. Jahrhundert schultern: Die Zusammenführung der obersten staatlichen Archive in Ost und West. Dies gelang dem unermüdlichen Arbeiter im Weinberg des Herrn mit bemerkenswertem Erfolg und in großer Harmonie.

Als Präsident war Friedrich P. Kahlenberg Nachfolger des schillernden Hans Booms, eines Strahlemanns im deutschen Archivwesen. Der eher ruhige, bedächtige und bescheiden auftretende neue Präsident tat nicht nur dem Bundesarchiv gut und war der Garant für den erfolgreichen Zusammenschluss der deutschen Archive, sondern er repräsentierte sein Haus ebenso erfolgreich bei den obersten Bundesbehörden wie gegenüber Wissenschaft und Forschung.

Als Archivar wie als Hochschullehrer pflegte Kahlenberg umfangreiche wissenschaftliche Kontakte mit west- und osteuropäischen Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen. Diese Osteuropakontakte lagen ihm ebenso besonders am Herzen wie seine Tätigkeiten in Irland, vornehmlich in Dublin. Hier wird sicher seine treue Schülerin Aileen Ireland ebenso um ihn trauern wie seine Freunde in Osteuropa.

Friedrich P. Kahlenbergs besondere Liebe galt dem Film und dem Rundfunk, also generell den neueren Medien. Schon als Abteilungsleiter, dem im Bundesarchiv die audiovisuellen Sammlungen unterstanden, setzte Kahlenberg fachliche Akzente. Hier wurden nicht nur eine umfangreiche Sammlungs- und Sicherungstätigkeit ausgebaut, sondern auch bezüglich der Nachkriegsüberlieferung neue Initiativen hinsichtlich Filmförderung und Erhaltung des AV-Erbes initiiert. Der Kinematheksverbund zwischen Bundesarchiv, Deutschem Institut für Filmkunde und Berliner Stiftung Deutsche Kinemathek ist im Wesentlichen sein Werk. Bei diesen Vorlieben ist es

nicht verwunderlich, dass Friedrich P. Kahlenberg eine ganz besondere Beziehung zu den Medienarchivaren in der Fachgruppe 7 (Medienarchivare) des Verbands der Deutschen Archivare (VdA) oder heute auch des Vereins für Medieninformation und -dokumentation (VfM) hatte. Vielfach stellte er Referenten für Frühjahrstagungen ab und schaltete sich selbst in die Fachdiskussionen ein.

Und dann gab es da noch den Studienkreis Rundfunk und Geschichte, von Wilhelm Treue und Walter Först begründet. Mit Kahlenberg als Vorsitzendem (1983 bis 1991) erreichte diese Vereinigung – damals eine geglückte Synthese von Fachleuten aus den Bereichen Rundfunktechnik, Programm und Wissenschaft – ihren Höhepunkt. Friedrich P. Kahlenberg setzte hier auch im Bereich wissenschaftliche Aufarbeitung des Rundfunks neue und wichtige Schwerpunkte: Neben einer Geschichtsschreibung mit Schwerpunkt Institutionen- und Programmgeschichte kümmerte er sich verstärkt um Rezeptionsforschung, was seinem sozialgeschichtlichen Ansatz entsprach. Die Jahrestagungen des Studienkreises und die erfolgreichen Doktorandenkolloquien in der Sportschule Grünberg dokumentieren das nachdrücklich.

Bleibt noch zu erwähnen, dass Friedrich P. Kahlenberg sich bis zu seinem Tod aktiv als Wissenschaftler betätigte, war er doch Vorsitzender der Kommission für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz. Monika Storm und Joachim Mertes haben dies in einem Nachruf des Landtages von Rheinland-Pfalz gewürdigt.

Und schließlich war da noch der Mensch Friedrich Peter Kahlenberg: Ein Mann mit Empathie, mitreißendem Engagement und ansteckender Begeisterung. Friedrich P. Kahlenberg besaß wirkliche Herzengüte, war ein hervorragender Mentor und seinen Studenten sowie dem archivarischen Nachwuchs ein erfolgreicher Lehrmeister, aber nie ein Zuchtmeister. Seine wahre Humanität zeigte sich besonders im Verhalten gegenüber seinen Mitarbeitern; nie war er überheblich, er behandelte den Magazinmitarbeiter ebenso freundlich und verständnisvoll wie seine Abteilungsleiter. Kahlenberg konnte nachdenklich sein, er konnte – und hier wirkte er fast fernöstlich – beredt schweigen und dennoch überzeugen.

Dabei blieb Friedrich P. Kahlenberg persönliches Leid nicht erspart: Der allzu frühe Tod

seines hochbegabten Sohnes Heinrich, dem wir ein umfangreiches künstlerisches Oeuvre verdanken, traf ihn hart.

Friedrich P. Kahlenberg war immer ein guter treuer Freund und Weggefährte, um den wir trauern. Nie werde ich vergessen, wie er bei einer Akademieveranstaltung in Tutzing in tiefer Nacht zu Bouzouki-Klängen, bestaunt von K. F. Reimers und anderen Koryphäen, auf dem Tisch tanzte. Leb´ wohl Friedrich, teurer Freund, Kamerad, Mentor und Weggefährte.

Heiner Schmitt, Ingelheim

Forum

„Im öffentlichen Interesse – Bedeutung und Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Symposium der Historischen Kommission der ARD am 28. Mai 2014 in Hamburg

„Im öffentlichen Interesse“ lag das diesjährige Symposium der Historischen Kommission der ARD sicher, ganz wie sein Titel versprach. Im Rolf-Liebermann-Studio des NDR wurden an diesem Tag weniger rundfunkhistorische Fachfragen erörtert als vielmehr Themen, die alle angehen: Wie viele Informationen über die Welt, in der wir leben, brauchen wir, woher bekommen wir sie, und vor allem: Was sind uns diese Informationen wert?

Gastgeber Heinz Glässgen, Vorsitzender der Historischen Kommission der ARD und ehemaliger Intendant von Radio Bremen, eröffnete das Symposium. Er lud dazu ein, gemeinsam der Frage nachzugehen, wie zeitgemäß der öffentlich-rechtliche Rundfunk in der Bundesrepublik heute noch ist. Johanna Haberer, Leiterin der Abteilung Christliche Publizistik an der Theologischen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg, forderte, der öffentlich-rechtliche Rundfunk müsse sich als ein „interaktiver, user-freundlicher und europäischer“ Rundfunk neu erfinden. NDR-Intendant Lutz Marmor bekräftigte indes seinen Anspruch auf Qualität, die bei allem legitimen und nötigen Wandel die Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Programms bleiben müsse. Er erklärte, dass der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein „Spagat im Kopf“ sei. Einerseits müsse er „Lücken im Markt“ schließen, so etwa investigative Recherchen und Kulturberichterstattung ermöglichen. Andererseits müsse man „auch die Mehrheiten erreichen“, weil man „nicht nur von Minderheiten finanziert“ werde. So gehe es für alle Kolleginnen und Kollegen immer darum, nicht die eigenen Ansprüche, aber auch nicht die der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler zu verraten, so Marmor. Wörtlich sagte er: „Was beständig bleibt und beständig bleiben muss, ist das stete Streben nach: 1. Qualität, 2. Qualität, 3. Qualität. (...) Ich bin überzeugt davon: Qualität in Genres, die setzt sich durch und ist am Ende auch erfolgreich.“ Als Beispiel nannte Marmor den

ARD-Themenschwerpunkt zum Ersten Weltkrieg, der am selben Abend gesendet wurde.

Nach diesem Auftakt gaben sich eine ganze Reihe prominenter Gäste aus Wissenschaft und Politik auf dem Podium die Klinke in die Hand, darunter der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, Olaf Scholz, Peter Müller, Richter am Bundesverfassungsgericht, Wolfgang Schulz, einer der Direktoren des Hans-Bredow-Instituts für Medienforschung oder Lars Haider, Chefredakteur des „Hamburger Abendblatts“. So interessant die illustre Gästeliste auch gewesen sein mag, einzuwenden bleibt, warum auf einem Symposium der Historischen Kommission der ARD kaum Historiker auf dem Podium zugegen waren. Lediglich Hans-Ulrich Wagner vertrat die Zunft, der Leiter der Forschungsstelle Geschichte des Rundfunks in Norddeutschland an der Universität Hamburg.

Wagner führte in die Anfänge des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der britischen Besatzungszone nach 1945 ein, wie nach den Vorbildern von britischer BBC und amerikanischem Föderalismus zuerst Studio Hamburg und bald darauf der NWDR als Pionierleistung in Hamburg gegründet wurden. Damit ging der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Deutschland an den Start. Ihm zur Seite saß der Jurist Dieter Dörr, Direktor des Mainzer Medieninstituts. Dörr machte klar, wie es vor allem immer wieder das Bundesverfassungsgericht war, das Rundfunkgeschichte schrieb, und zwar indem es das bewusst knapp gehaltene Grundgesetz und dessen Artikel 5 über die freie Berichterstattung im Rundfunk beständig neu definierte. Dörr wie auch Johanna Haberer und Wolfgang Schulz betonten, dass das BVerfG die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stets verteidigt habe – bei der ersten Krise des öffentlich-rechtlichen Rundfunks 1960/61 und dem daraus resultierenden Fernsehurteil ebenso wie in den Folgejahren.

Danach wendeten sich die Veranstalter von der Geschichte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks recht schnell seiner Gegenwart zu, was leider ohne weitere historische Bezüge erfolgte. Eben noch bei der Einführung des

Dualen Systems, war man plötzlich schon angekommen bei Podcasts, YouTube und Twitter, kurz, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk in den neuen Medien.

Immer wieder ging es um die Verfügbarkeit von öffentlich-rechtlichen Programmangeboten in den Online-Mediatheken. Wie lange der Online-Zugriff auf Sendungen gewährleistet wird und ob die Online-Auftritte der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten übersichtlich genug seien, wurde kritisch reflektiert. Olaf Scholz forderte, die Sieben-Tage-Regel für Online-Zugänge öffentlich-rechtlicher Programme abzuschaffen. Allerdings stehen einem so liberalen Umgang mit Programmen in den Mediatheken die Rechte Dritter entgegen. Für Historiker erfreulich war in diesem Zusammenhang Lutz Marmors Hinweis darauf, dass eine reichhaltige Mediathek einer öffentlich-rechtlichen Sendeanstalt letztlich ein Archiv darstelle, das der Forschung und interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung stehen müsse.

Neben dem Projekt eines gemeinsamen crossmedialen Jugendsenders von ARD und ZDF, das auf dem Symposium immer wieder ins Gespräch kam, bildete schließlich die Position des öffentlich-rechtlichen Rundfunks angesichts kommerzieller Global Player wie Google einen weiteren Schwerpunkt in den Diskussionen. Jens Redmer, Director Business Development bei Google Deutschland, stellte sich dazu den besonders kritischen Nachfragen von Lutz Marmor und Medienrechtler Dieter Dörr. Deren Vorwürfe richteten sich vor allem gegen eine angeblich gewerbliche Verwendung von Nutzerdaten sowie einen möglichen Missbrauch des Google-Meinungsmonopols. Google kanalisiert und filtert Informationen, so die allgemeine Sorge. Spätestens seit der Übernahme der Videoplattform YouTube sei Google außerdem auch Inhalteanbieter, rief NDR-Intendant Marmor in Erinnerung, weshalb sich das Unternehmen nun nicht mehr auf seine bloße Funktion als Suchmaschine zurückziehen dürfe. Redmer wehrte sich: Google treibe keinen Handel mit Daten, und jegliche Zurverfügungstellung von Informationen basiere auf Algorithmen, nicht auf einer redaktionellen Auswahl. Insgesamt zeigte sich Redmer aufgeschlossen und kritikfähig. Trotzdem bleibt ein fahler Nachgeschmack. Google ist ein Unternehmen, das über 90 Prozent Marktanteile für Online-Suchmaschinen hält. Die Chefin der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz Jacqueline Kraege verwies in diesem Zusammenhang

darauf, dass es weniger darum gehe, Google tatsächlichen Missbrauch zu unterstellen, als vielmehr seine theoretisch eindeutig bestehende Möglichkeit dazu zu problematisieren und zu regulieren.

Am Ende des Tages kam man auf dem Podium zum nicht eben innovativen, aber deshalb nicht weniger wichtigen Resümee, dass in der Vergangenheit wie in der Gegenwart der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der Bundesrepublik die Grundversorgung aller Bevölkerungsschichten mit verlässlichen, fundierten, und differenzierten Informationen war und ist. Sie müssen für jeden Bürger und jede Bürgerin zugänglich und verständlich sein.

Umso wichtiger wäre es aber auch gewesen, die Fragen, die im Publikum auftauchten, ernsthafter zu integrieren, wie etwa die Kritik an den Arbeitsbedingungen junger Journalisten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Die Jungen müssten sich von Zeitvertrag zu Zeitvertrag hangeln, so der Kritiker aus dem Plenum, und fraglich sei, wie viel von der „Qualität, Qualität, Qualität“, die Lutz Marmor mit Fug und Recht einfordert, so auf Dauer wirklich gehalten werden könne.

Immerhin ist in dieser Hinsicht jedoch löblich, dass der NDR die Veranstaltung im Live-Stream ausstrahlte, auf Twitter unter dem Hashtag #ARDimWandel berichtete, zum Gespräch einlud und die Beiträge außerdem weiterhin online bereit hält (<http://goo.gl/B0mO3r>).

Alina Laura Tiewes, Hamburg

Digital, multimedial, auditiv? Hauptsache Content!

40. International Feature Conference,
11. bis 15. Mai 2014 in Leipzig

Die International Feature Conference (IFC) ist zwar nicht ganz so ein Urgestein wie etwa der Hörspielpreis der Kriegsblinden, aber in ihrem 40. Jahr durchaus ein Klassiker der Radiokultur. Dennoch ist die IFC kaum bekannt, denn sie richtet sich an das Fachpublikum des relativ kleinen, in manchen Ländern gar nicht mit eigenen Sendepunkten bedachten Segments, das heute wohl am treffendsten als „künstlerisches Feature“ bezeichnet wird.

Die IFC war in diesem Jahr mit einem Kanal ins Real Life der „sonstigen“ Radiomacher und der Radiohörer gekoppelt: Dem seit 2008

zweijährlich in Leipzig verliehenen Axel Eggebrecht-Preis für Radio-Feature, der in diesem Jahr an den Autor Paul Kohl ging.

Vor 40 Jahren wurde die IFC von SFB-Feature-Redakteur Peter Leonhard Braun ins Leben gerufen, vor allem um einen konzeptionellen und ästhetischen Austausch anzustoßen: zwischen Redaktionen, Autoren, Regisseuren und freien Produzenten in Europa und weltweit. Ähnlich wie mit dem Prix Europa sollte damit u.a. auch der Programmaustausch zwischen den Ländern befördert werden. Aber weniger der Austausch von Produkten für das Programm als der Austausch von Gedanken, Sensibilitäten, Formkonzepten und Stimmungen über die Möglichkeiten, Fragen, Themen und Ideen auditiv zu verhandeln, prägt die Hör- und Gesprächskultur der IFC. Denn der Gegenstand fordert eine eigene Herangehensweise.

Das künstlerische Feature ist nämlich nicht zu verwechseln mit seinen häufig auch als Feature bezeichneten Redaktionsnachbarn, der hintergründigen oder investigativen Reportage und der Langform der „Themensendung“. Gemeint ist stattdessen jenes Feature, das – der namensgebenden englischen Begriffsbedeutung folgend – ins Innere, in die Wesenheit, den Charakter einer Sache oder Person sich begibt, anstatt arithmetisch die Faktenlage abzurechnen; das es sich erlaubt, eine absolut persönliche Autorensicht zu etablieren, die den Hörer/innen signalisiert, dass sie ebenfalls Raum für eigene Interpretationen haben; das Ambivalenzen und Dilemmas nicht auflöst, sondern ihnen als Lebensrealität und -qualität nachspürt. Und stärker als die meisten radiophonen Darstellungsformen arbeitet das künstlerische Feature aus der Form heraus, spielt mit etablierten Schemata und montiert aus sensibel arrangierten Klangelementen einen eigenen Audiokosmos, den „Sound“ einer Person, einer Sache, einer Frage. Alfred Andersch fasste dies treffend zusammen: „Feature bedeutet niemals den Inhalt einer Sache, sondern ihre Erscheinungsweise ... Es bedeutet also die Form einer Sache, nicht die Sache selbst. ... Es bedeutet ... das In-Form-Bringen eines Inhalts, ... es ist ... eine Montage-Kunst par excellence.“¹

Dem so charakterisierten Gegenstand gemäß konzentriert sich die IFC traditionell minima-

listisch auf intensives Hören und anschließendes Sprechen. Pro Hörsession werden drei Stücke in Ausschnitten angehört, die ohne Pardon auf jeweils 20 Minuten gekürzt sind. Parallel können die Hörer/innen das Originalskript oder eine ins Englische übersetzte Fassung lesen. Im Anschluss treffen sich die gut 100 Teilnehmer/innen, aufgeteilt in vier feste Gruppen, zur moderierten Diskussion. Hier bespricht man dramaturgische Konzepte, Sprechstile, Arten der Verwendung von O-Tönen und der Mischung mit anderen Klangelementen.

Dabei werden vor allem die narrativen Qualitäten eines Stücks gelobt oder kritisiert, und das von einer sehr subjektiven Warte: Hat das Stück mein Interesse am Thema geweckt? Wurden die Charaktere so dargestellt, dass ich mich mit ihnen identifiziere – oder sie dermaßen abstoßend finde, dass ich trotzdem mehr erfahren will? Wurde „Raum zum Atmen“ gelassen, um Gehörtes verarbeiten zu können? In welchen Windungen verlief die Handlung?

Auch das Sound Design wird oft daraufhin bewertet, ob es die Story auf nonverbaler Ebene unterstützt oder wie im Fall des Stücks „Fighter Pilot“ von Kathy Tu die Intensität der Montage sogar das Wesen des portraitierten Charakters wesentlich trägt. Gerade bei Stücken, deren Originalsprache man selbst nicht folgen kann, zeigt sich, wie intensiv ein Feature mit dem ganzen Körper erfahren wird: Was lösen die Stimmen der Charaktere in mir aus? Wie eckig oder rund schieben sich O-Töne und Atmos ineinander? Welche konstruierten Klangräume bilden den Kontext, in dem ich die verbalen Aussagen höre? Dies trägt Stücke wie „The Longest Walk“ von Joylon Johnson, das den jährlichen 100-Mile-Walk in England nachempfinden lässt.

Der wesentliche Unterschied zwischen den früheren Ausgaben und dem diesjährigen 40. IFC lag darin, dass bisher die beschriebenen Hör-Sessions und Diskussionen das Programm komplett belegten. Das diesjährige Jubiläum sollte nun aber Anlass sein, auch Herausforderungen der Digitalisierung und Multimedialisierung des Features zu behandeln. Um solche Fragen nicht nur in der Kaffeepause besprechen zu können, wurden nun Experten eingeladen, die im Grenzbe-
reich zwischen Radio, Audio und anderen Medien Experimente angestellt haben, etwa Francesca Panetta, die beim „Guardian“ Themen in Online-Projekten zwischen Ra-

.....
1 Alfred Andersch: Versuch über das Feature, in: „Rundfunk und Fernsehen“ 1 (1953) 1, S. 95f.

diophonie und Multimedia realisiert, oder der Pressefotograf Edmond Terakopian, der sein Portfolio in den Filmbereich erweitert hat.

Ulf Köhler, MDR-Feature-Redakteur und der lokale Mann im neben Peter Leonhard Braun international besetzten IFC-Organisationsteam, beschrieb überdies die Tendenz, auch Radioproduktionen zunehmend von freien Agenturen und in Projektteams produzieren zu lassen, wie es in manchen Ländern schon gemacht wird. Das ergibt sich u.a. aus den oft starren Strukturen der Sender, die eine Arbeit in wechselnd zusammengesetzten Teams kaum zulässt, aber auch aus schrumpfenden Jahresbudgets. Dabei herrschte Konsens, dass Multimediaproduktionen deutlich aufwändiger und kostenintensiver herzustellen sind als reine Radiostücke, dass sie demnach langfristiger geplant werden müssen und sich daher kaum fürs regelmäßige Programm eignen.

Da ist es nun logisch, dass die Diskussionen darüber, welchen narrativen, informativen oder gebrauchsmäßigen Mehrwert die multimedialen Möglichkeiten denn brächten, umso hitziger geführt wurden. Kritisch, wenngleich durchaus auch pragmatisch, wurden verschiedene Formate und Kombinationen auf ihre radiospezifischen Möglichkeiten abgeklopft: Audio plus GPS und Karte als interaktiver Story-Walk im kanadischen Nationalpark, kapitelweise Radioreportage mit Datenvisualisierung, Film und Fotos bei verschiedenen Produktionen des „Guardian“, oder das als ‚Feature Machine‘ betitelte, vollkommen ohne narrativen Verlauf umgesetzte „M10“ des RBB – alle ermöglichen das aktive Online-Erkunden in neuen Rezeptionskontexten. Insbesondere bei „M10“ wurde aber zurecht gefragt, ob das auch inhaltlich vorteilhaft ist, oder nur technisch-optische Spielerei.

Im Programm des 40. IFC waren es schließlich doch häufig die ‚klassischen‘, linear erzählten Radiostücke, welche das Publikum am meisten faszinierten und für bleibende Eindrücke sorgten. Mag sein, dass das unseren Rezeptionsgewohnheiten geschuldet ist, dass wir also die neuen Medien erst langsam neu denken und gebrauchen lernen müssen. Nicht jedes Radio-Feature muss in Zukunft nonlinear und interaktiv sein, aber die Koppelung des Radios an ein Medium, das heute schon unser Leben weitgehend durchdringt, erscheint unvermeidlich.

*Golo Föllmer, Tobias Grasse
und Tom Leonhardt, Halle/Saale*

Public Visual History. Wie Filme Geschichte schreiben.

Tagung des ZZF Potsdam und der HU Berlin, 29. bis 30. April 2014 in Potsdam

Wie schreiben Filme Geschichte? Diese Frage stellten die Organisatoren der gleichnamigen Tagung Christoph Classen (Zentrum für Zeithistorische Forschung, ZZF, Potsdam) und Sabine Moller (Humboldt-Universität, HU Berlin) Ende April im Potsdam Museum. Vor dem Hintergrund des Cultural Turns sollten dabei auch Produktionen berücksichtigt werden, deren Inhalte sich nicht vordergründig mit historischen Ereignissen beschäftigen, aber dennoch im wahrsten Sinne ‚Geschichte schreiben‘, aufgrund ihrer gesellschaftlichen Relevanz oder den durch sie angestoßenen Diskussionen. Dazu wurden unterschiedliche Zugänge zu den geschichtskulturellen Filmdimensionen erläutert, die schließlich in einem Handbuch festgehalten werden sollen, das insbesondere die bislang vernachlässigte wissenschaftliche Auseinandersetzung zur Aneignung von (Geschichts-)Filmen berücksichtigen wird, so die Soziologin Moller in ihrer Begrüßung.

Die Veranstaltung war in drei inhaltliche Panels gegliedert, die sich am Prozess der Film-entstehung und -distribution orientierten. Unter dem Titel „Geschichte erzählen“ ging es zunächst um den Film als Produkt unterschiedlicher Inszenierungs- und Erzählstrategien. Die Beiträge fragten nach Zugängen zu narrativen und ästhetischen Konstruktionen von Geschichte im Film. Dazu erörterte Tobias Ebbrecht-Hartmann (Hochschule für Film und Fernsehen Potsdam, HFF) unterschiedliche Deutungsfiguren zur Beschreibung historischer Narrative, indem er vier Geschichtsmodelle entwickelte, die die filmische Narration von Geschichte beeinflussen: Geschichte I. als abgeschlossenes Ereignis, II. als fortschreitender Prozess, III. als Suche und schließlich IV. als Krise bzw. Bruch. Ebbrecht-Hartmanns Modell kann sicher einen konstruktiven Beitrag zur Analyse filmischer Narration historischer Kontexte leisten. In der Diskussion wurden allerdings auch Grenzen des Konzeptes deutlich, beispielsweise die fehlende Trennschärfe der Modelle. Anschließend referierte Michael Wedel (HFF) zur geschichtsbildenden Kraft filmischer Überlieferung, indem er methodische Zugänge der Visual History mit der Filmanalyse verknüpfte. In ihrem Beitrag „Metareflexive Geschichtsfilme“ plädierte Judith Keilbach (Universität Utrecht) für eine postmoderne Geschichts-

schreibung, die auch Filme mit selbstreflexiven Erzählweisen der Vergangenheit berücksichtige, die Geschichte bewusst konstruieren. In der folgenden Diskussion wurde problematisiert, inwieweit ein metareflexiver Anspruch von (Geschichts-)Filmen nicht vielmehr auf die Rezeption und Aneignung durch das Publikum anzuwenden sei.

Das zweite Panel stand unter der Überschrift „Geschichte sehen“ und zielte auf die aktiven Praktiken der Filmaneignung. Dazu stellte zunächst Lothar Mikos (HFF) ein Schulprojekt vor, dessen Anspruch es war, Heranwachsenden anhand ausgewählter DEFA-Filme einen authentischen Zugang zur DDR-Vergangenheit zu ermöglichen. Plausibel legte der Fernsehwissenschaftler den Trugschluss dar, filmische Anschaulichkeit mit vermeintlich historischer Authentizität gleichzusetzen. Bestärkt wurde diese Feststellung durch Mollers anschließenden Beitrag, indem sie zeigte, dass Filme vor dem Hintergrund des subjektiven Geschichtsbewusstseins einerseits und der öffentlichen Erinnerungskultur andererseits stets individuell gedeutet werden. Filmaneignung sei insofern immer eine persönliche Sinnbildungsleistung. Peter Mänz (Deutsche Kinemathek Berlin) erläuterte in seinem Bericht aus der Praxis die Herausforderung, im Rahmen musealer Geschichtsvermittlung unterschiedliche Zielgruppen einschließen und gleichermaßen Filmpolitik und Gesellschaftsgeschichte möglichst erfolgreich verknüpfen zu müssen.

Panel III „Geschichte machen“ eröffnete den zweiten Veranstaltungstag und thematisierte v.a. das Marketing und die Distribution von Filmen unter Berücksichtigung unterschiedlicher Akteure und Kontexte bei der Herstellung filmischer Repräsentation von Vergangenheit. Anna Sarah Vielhabers (Medienboard Berlin-Brandenburg) Beitrag stellte die Frage, inwieweit sich so genannte populäre Filme überhaupt als historische Quellen eignen, da es einen zentralen Zusammenhang zwischen den medialen Produkten einer Nation und den Topoi ihrer Kultur gebe. Anschließend nahm Peter Krämer (University of East Anglia, Norwich) mögliche Ursachen für den Wandel des Kinofilms in den Blick. Der Medienwissenschaftler warnte davor, Veränderungen des Films vorschnell als Gesellschaftswandel zu interpretieren. In seinem Kommentar relativierte Christoph Classen Krämers Ansicht: Zwar dürften die jeweiligen Verwertungszusammenhänge in der Filmanalyse nicht unberücksichtigt bleiben, dennoch

könnten Filme durchaus auch als Repräsentation von Gesellschaft und Machtstrukturen begriffen werden.

Im abschließenden Podium berichtete Christoph Hamann (LISUM, Ludwigsfelde) – im Hinblick auf die Konzeption des Filmhandbuchs – von den Schwierigkeiten, im Rahmen pädagogischer Geschichtsvermittlung unterschiedlichen geschichtsdidaktischen Ansprüchen gerecht zu werden. Einen gelungenen Abschluss bildete Knut Hickethiers Zusammenstellung potentieller Koordinaten für das avisierte Handbuch. Insgesamt war die Tagung thematisch innovativ und wurde ihrem Anspruch auf Interdisziplinarität – auch dank der Referenten aus sehr unterschiedlichen Gebieten – auf anschauliche Weise gerecht. Bestenfalls kann das Handbuch deutlich gewordene Leerstellen füllen und somit einen wesentlichen Beitrag zur Analyse gesellschaftlich relevanter Filme leisten.

Katja Berg, Potsdam

Deutsche Rundfunkgeschichte im Technoseum Mannheim

Im Technoseum in Mannheim wird eines der bedeutendsten Sammlungen zur Rundfunk- und Mediengeschichte entstehen, wie der Südwestrundfunk (SWR) mitteilte. Hierzu überlassen der Südwestrundfunk (SWR) und das Deutsche Rundfunkarchiv (DRA) ihre gesamten historischen Objekte unentgeltlich dem Technikmuseum in Mannheim. Es handelt sich dabei um insgesamt rund 5.500 Objekte, vom alten Rundfunkempfänger über Mikrofone bis zum komplett erhaltenen Rundfunkstudio aus den 1960er Jahren. Diese Objekte werden in Mannheim dauerhaft erhalten, wissenschaftlich bearbeitet und im Rahmen von Ausstellungen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Ein entsprechender Schenkungsvertrag wurde am Dienstag, 29. Juli 2014, in Mannheim von SWR-Intendant Peter Boudgoust, dem DRA-Vorstand Bernd Hawlat und dem Direktor des Technoseum, Prof. Dr. Hartwig Lüdtke, unterzeichnet.

In den Funkhäusern und Lagern des SWR in Baden-Baden, Stuttgart und Mainz befinden sich derzeit noch große Bestände an technischem Equipment. Die SWR-Bestände umfassen etwa 3.800 Objekte, die aus den Anfangszeiten des SDR und SWF stammen und bis weit in die 1990er Jahre der Nachfolgeanstalt SWR reichen. Darunter befinden sich komplette Produktions- und Sen-

detechnikanlagen, zahlreiche Plattenspieler, Mikrofone und Rundfunkempfänger sowie ein komplett erhaltenes Rundfunkstudio aus den 1960er Jahren, das sich derzeit noch am ursprünglichen Ort in Baden-Baden befindet. SWR-Intendant Peter Boudgoust: „Diese Sammlung erzählt Geschichte, und zwar Technikgeschichte, Rundfunkgeschichte und Mediengeschichte. Deshalb haben wir ein großes Interesse daran, dass diese wertvolle Sammlung als ein Ganzes erhalten bleibt, dokumentarisch erschlossen und der Öffentlichkeit präsentiert wird und so der Nachwelt erhalten bleibt. Mit dem Technoseum haben wir einen Partner gefunden, der diese Bedingungen ohne Einschränkung erfüllen kann.“

Darüber hinaus erhält das Technoseum auch 1.700 Objekte aus dem Bestand des Deutschen Rundfunkarchivs in Frankfurt am Main und Potsdam-Babelsberg. Die DRA-Bestände wiederum reichen bis in die 1910er Jahre zurück und umfassen vor allem Endgeräte wie Rundfunkempfänger und Fernseher, darunter auch eine größere Anzahl von Geräten aus DDR-Produktion. Der Verein Deutsches Rundfunkmuseum trug diese Sammlung einst zusammen und betrieb von 1967 bis 1997 ein Museum unterhalb des Berliner Funkturms. Nach dessen Auflösung kamen die Bestände in die Obhut des DRA. Bernd Hawlat: „Geräte zum Empfang von Hörfunk und Fernsehen sind nahezu in jedem Haushalt vorhanden. Als Massenprodukt bilden sie geradezu eine Schablone für die Geschichte der technischen Entwicklung und der damit verbundenen Arbeit in der Produktion, der Gestaltung von Programmen und der Medienpolitik, des Designs und der jeweiligen Zeitgeschichte. Angefangen vom Jahr 1923, über die Zeit des Nationalsozialismus und die Nachkriegszeit bis hin zur Gegenwart stellt die an das Mannheimer Technoseum unentgeltlich übereignete Gerätesammlung ein einzigartiges Archiv für über 90 Jahre Rundfunk in Deutschland dar.“

Thomas Kosche, Sammlungsleiter des Technoseum, ergänzt: „Mit den Sammlungen von SWR und DRA können wir unsere eigenen Bestände mit Objekten zur Mediengeschichte erheblich erweitern und markant aufwerten. Auf diese Weise wird eine der größten und umfassendsten Sammlungen dieser Art in Europa entstehen.“

Bis Ende dieses Jahres sollen sämtliche Objekte nach Mannheim überführt werden, anschließend werden sie am Technoseum ge-

sichtet, sortiert und inventarisiert. Im Rahmen der derzeit stattfindenden Überarbeitung der Dauerausstellung wird das Museum auch dem Thema Kommunikation und Mediengeschichte einen eigenen Bereich widmen. Dieser wird voraussichtlich 2017 fertiggestellt.

Wegweiser zu Quellen und Dokumenten der Rundfunkgeschichte in Norddeutschland

Die Forschungsstelle zur Geschichte des Rundfunks in Norddeutschland beim Hans-Bredow-Institut in Hamburg hat einen „Wegweiser zu Quellen und Dokumenten der Rundfunkgeschichte in Norddeutschland“ erarbeitet.

Der Leiter der Forschungsstelle, Hans-Ulrich Wagner, teilte dazu mit: „Ausgehend von dem kürzlich erschienenen Band ‚Gedächtnis des Rundfunks‘ sowie vor dem Hintergrund von Anfragen aus dem In- und Ausland entstand die Idee, online einen ersten Überblick zu geben, wo welche Bestände zu finden sind, die für ein Thema zur Rundfunkgeschichte in Norddeutschland relevant ist. Dies versucht der ‚Wegweiser‘ zu leisten. Meine Archiv-Kolleginnen und -Kollegen, die an der Erstellung beteiligt waren, und ich hoffen, er hilft bei der Planung und bei der Durchführung von Examens- und Forschungsarbeiten.“ Die Informationen sind auf der Webseite des Hans-Bredow-Instituts (www.hans-bredow-institut.de) abrufbar.

Dissertationsvorhaben

Andre Dechert

Debating Dad on TV. Familienwerte, Vaterschaft und die US-amerikanische Sitcom, 1981-1992

(Westfälische Wilhelms-Universität Münster)

Am 23. September 2009 feierte in den USA eine Sitcom Premiere, die heute zu den erfolgreichsten TV-Serien zählt: „Modern Family“ (ABC, 2007). Die typische amerikanische Familie existiert in „Modern Family“ in struktureller Hinsicht nicht länger. Die konventionelle weiße heterosexuelle Kernfamilie, bestehend aus Vater, Mutter und zwei bis drei Kindern, ist darin zwar nicht ersetzt, aber durch weitere Familienformen ergänzt worden. Die Sitcom präsentiert ein männliches, homosexuelles Paar, das ein kleines Mädchen adoptiert sowie eine multikulturelle (Stief-)Familie, bestehend aus einem weißen US-Amerikaner, seiner kolumbianischen Frau und deren Sohn aus erster Ehe.

„Modern Family“ greift so den Wandel der Familienformen in den USA der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf. Unklar ist, ob mit diesem Wandel ein Wandel der Familienwerte einherging. Diesem Desiderat widmet sich die Emmy Noether-Nachwuchsforscherguppe der DFG „Familienwerte im gesellschaftlichen Wandel: Die US-amerikanische Familie im 20. Jahrhundert“, in deren Rahmen diese Dissertation entsteht. Sie befasst sich mit der Darstellung von Vaterschaft in drei US-amerikanischen TV-Sitcoms der Prime-Time von 1981 bis 1992 sowie deren begleitenden Debatten in der medienvermittelten Öffentlichkeit der USA.

Die 1980er und frühen 1990er Jahre wurden von der Forschung zunächst als Phase einer konservativen Re-Orientierung der US-amerikanischen Gesellschaft gewertet.¹ Aktuelle Publikationen weisen darauf hin, dass dieser Zeitraum als Teil langfristiger Wandlungspro-

.....

1 Vgl. Van Gosse: Postmodern America: A New Democratic Order in the Second Gilded Age. In: Van Gosse und Richard Moser (Hrsg.): The World the Sixties Made: Politics and Culture in Recent America. Philadelphia 2003, S. 1-36, hier S. 8.

zesse in den Blick zu nehmen ist.² Hier setzt dieses Projekt an: Vaterschaft im Sinne einer multirelational und funktional gedachten Kategorie ist eine besonders geeignete Sonde, um die Aushandlung von Familienwerten zu analysieren. Wie Jürgen Martschukat jüngst argumentierte, fungierte der Vater in der Geschichte der USA trotz einer Vielfalt von Familienformen stets als zentrales Element der „Ordnung des Sozialen“.³ Insbesondere um Familien kreisende Sitcoms erwiesen sich über die Jahrzehnte als besonders beliebt in den USA und sind daher als wichtiger diskursiver Verhandlungsort zu betrachten. Einige Sitcoms lösten breite Debatten darüber aus, welche Väter sie als Ideal darstellten. Diese Debatten verstehe ich anknüpfend an die auf westliche Gesellschaften abzielende historische Wertewandelsforschung als Indikatoren für gesellschaftliche Bruchlinien auf dem Feld der Familienwerte und folglich als Indikatoren für gesellschaftliche Wandlungsprozesse.⁴

Die Analyse der Debatten soll die These eines Wandels der Familienwerte in den USA empirisch überprüfen. Zudem soll sie Antworten auf die Frage liefern, wie sich die Visual History der Rezeption historischer audiovisueller Medien analytisch nähern kann. Hier folgt die Arbeit der Medienwissenschaftlerin Aniko Bodroghkozy und der Zeithistorikerin Christina von Hodenberg. Letztere räumt ein, dass historische Medienrezeptionsforschung aufgrund der Quellenlage zwangsläufig nur partieller Natur sein kann und nicht den Standards einer mit ethnographischen und sozialwissenschaftlichen Methoden arbeitenden Medien- und Kommunikationswissenschaft

.....

2 Gil Troy: Morning in America. How Ronald Reagan Invented the 1980s. Princeton, NJ 2005; Robert M. Collins: Transforming America: Politics and Culture During the Reagan Years. New York 2007; Kimberly R. Moffitt und Duncan A. Campbell: The 1980s: A Critical and Transitional Decade. Lanham, MD 2011.

3 Jürgen Martschukat: Die Ordnung des Sozialen. Väter und Familien in der amerikanischen Geschichte seit 1770. Frankfurt und New York 2013.

4 Vgl. Andreas Rödder: Wertewandel in historischer Perspektive. Ein Forschungskonzept. In: Bernhard Dietz u.a.: Gab es den Wertewandel? Neue Forschungen zum gesellschaftlich-kulturellen Wandel seit den 1960er Jahren. München 2014 (= Wertewandel im 20. Jahrhundert; 1), S. 17-40, hier S. 30.

entsprechen könne. Aber sie hält ebenso fest: „Was nicht quantifizierbar ist, kann durchaus vorhanden sein, und ein plausibel erscheinender Indizienbeweis ist grundsätzlich der Resignation vor der ‚black box‘ Rezeption vorzuziehen“.⁵ Dieser Indizienbeweis kann, wie Bodroghkozy und von Hodenberg zeigen, mittels einer auf hermeneutischen und diskursanalytischen Methoden beruhenden Analyse archivalischen Quellenmaterials wie Zuschauerbriefen, Presseerzeugnissen oder zeitgenössischen wissenschaftlichen Publikationen erhoben werden.⁶

Die Dissertation nimmt drei Sitcoms und die sie begleitenden Debatten um die präsentierten Väter und Familienformen in den Blick: „Love, Sidney“ (NBC, 1981-1983), „The Cosby Show“ (NBC, 1984-1992) und „Murphy Brown“ (CBS 1988-1998). Diese Sitcoms zeigten Familien, die vom Ideal der – gemeinhin als von weißer Hautfarbe präsentierten – heterosexuellen Kernfamilie abwichen. „Love, Sidney“ zeigte einen homosexuellen Protagonisten, der in der Serie als Ersatzvater für ein junges Mädchen aus unehelicher Beziehung fungierte, das mit ihrer Mutter bei ihm wohnte.

Die „Cosby Show“ stellte hingegen eine heterosexuelle Kernfamilie dar. Diese war aber von afro-amerikanischer Herkunft und brach so mit einer Tradition der Stigmatisierung und Pathologisierung eben jener Familien. „Murphy Brown“ präsentierte eine Journalistin, die im Zuge einer Affäre mit ihrem ehemaligen Ehemann schwanger wurde. Dieser war jedoch nicht bereit, sich um das Kind zu kümmern. Murphy entschied sich, das Kind dennoch zu bekommen und allein großzuziehen. Unterstützt wurde sie dabei von einer Vaterfigur, die zusammen mit Murphy und ihrem Sohn eine symbolische Kernfamilie bildete. Während in den Debatten um „Love, Sidney“ und „Murphy Brown“ konservative und religiös-konservative US-Amerikaner als Gegner einer Modifikation des Familienideals

.....
5 Christina von Hodenberg: Expeditionen in den Methodendschungel. Herausforderungen der Zeitgeschichtsforschung im Fernsehzeitalter. In: „JMEH“ 10 (2012), S. 24-48, hier S. 43.

6 Vgl. z. B. Aniko Bodroghkozy: Black Weekend. A Reception History of Network Television News and the Assassination of John F. Kennedy. In: „Television & New Media“ 14 (2013), S. 560-578; Christina von Hodenberg: Ekel Alfred und die Kulturrevolution. Unterhaltungsfernsehen als Sprachrohr der „68er“-Bewegung? In: „GWU“ 62 (2011), S. 557-572.

hervortreten,⁷ stand in der Debatte um die „Cosby Show“ die idealisierte Darstellung der Kernfamilie in der Kritik. Sowohl im Mainstream der Gesellschaft als auch in der afro-amerikanischen Community wurde eine fehlende Realitätsnähe der Sitcom konstatiert. Weiterhin wurde in beiden Gesellschaftsgruppen diskutiert, ob die Familie aufgrund der von ihnen vertretenen Werte nicht eher als „weiße“ Familie zu bewerten sei.⁸

Die Dissertation stützt sich auf folgende Quellen: Erstens, die Serien selbst. Analysiert wird dabei sowohl die inhaltliche als auch die visuelle Gestaltung der Familienrepräsentationen. Zweitens werden die zentralen Positionen und Akteure der sie begleitenden medialen Debatten untersucht. Die Analysen beruhen dabei vornehmlich auf Archivbeständen zu/von Lobbyorganisationen, zeitgenössischen wissenschaftlichen Publikationen, Erzeugnissen der US-amerikanischen Mainstream-Presse und Presseorganen, die kleinere Gesellschaftsgruppen adressieren (z.B. Gay Press, African American Press), aber auch weiteren TV-Sitcoms, die als Debattenbeitrag zu betrachten sind. Bedauerlicherweise sind die vielversprechenden Archivbestände der Networks für die Forschung unzugänglich.⁹ Oral History-Interviews werden nur ergänzend herangezogen, da die Erinnerungen der Zeitzeugen verklärt sein können.

Insgesamt soll so herausgearbeitet werden, wie Familienwerte in den USA von 1981 bis 1992 ausgehandelt wurden, wie sich diese Familienwerte von historischen Familienwerten unterschieden und wie Sitcoms an diesen (Neu)Aushandlungsprozessen partizipierten.

.....
7 Vgl. zu „Love, Sidney“: People for the American Way Collection of Conservative Political Ephemera, BANC MSS 2010/152, The Bancroft Library, University of California, Berkeley. Dort die Materialien zur Coalition for Better Television und der National Federation for Decency. Vgl. zu „Murphy Brown“: Dan Quayle: The „Murphy Brown Speech“, 19.5.1992. Online unter: www.livefromthetrail.com/about-the-book/speeches/chapter-18/vice-president-dan-quayle (zuletzt abgerufen am: 21.08.2014).

8 Vgl. Sut Jhally and Justin Lewis: Enlightened Racism. The Cosby Show, Audiences, and the Myth of the American Dream. Boulder 1992.

9 Vgl. Michele Hilmes und Shawn Vancour: Network Nation. Writing Broadcasting History as Cultural History. In: Michele Hilmes (Hrsg.): NBC. America's Network. Berkeley und Los Angeles 2007, S. 308-322, hier S. 319.

Katrin Jordan

Tschernobyl und die Medien.

Die „Tschernobyl“-Debatte in der bundesdeutschen und französischen Medienöffentlichkeit 1986-1991

(Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam)

Die neuere Forschung zur Umweltgeschichte hat die Bedeutung der Medien für die Herausbildung eines Umweltbewusstseins Ende des 20. Jahrhunderts wiederholt hervorgehoben.¹ Besonders den medial vermittelten Bildern spricht sie einen entscheidenden Einfluss auf die öffentliche Wahrnehmung von Umweltkatastrophen zu. Die gesteigerte Aufmerksamkeit der Medien habe Umweltthemen zu einem festen Platz in Politik und Öffentlichkeit verholfen.² Dies gilt gerade für die Zeit der 1980er Jahre, in die die Diskussionen um das Waldsterben, den Reaktorunfall in Tschernobyl und den Klimawandel fallen. Zugleich verbindet sich mit dieser Diagnose aber häufig die Kritik am Sensationalismus der medialen Berichterstattung, wie sie auch schon von den Zeitzeugen formuliert wurde. Die Folgen der Umweltschäden würden zu Katastrophenszenarien übersteigert.³ Oft richtet sich der Vorwurf pauschal an „die Medien“, ohne ihre Rolle in der öffentlichen Diskussion konkret zu untersuchen. Es fehlt bisher an Studien, die im Einzelnen die Medialisierung von Umweltproblemen – auch länderübergreifend – analysieren und die mediale Berichterstattung in den historischen Kontext einbetten.

Das Dissertationsvorhaben stößt in diese Lücke und nimmt den Reaktorunfall im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl am 26. April 1986 als Ausgangspunkt. Es untersucht die Rolle der Print- und TV-Medien in der bundesdeutschen und französischen „Tschernobyl“-Debatte vom Zeitpunkt des Unfalls bis zum 5. Jahrestag 1991. Mit der Bundesrepublik und Frankreich vergleicht es zwei Gesellschaften, die zwar in ähnlicher Art und Weise vom radioaktiven Fallout betroffen waren, in denen die Diskussionen in Anknüpfung an den Unfall und die daraus gezogenen Schlussfolgerungen jedoch sehr divergierten. „Tschernobyl“ stand dabei für weit mehr als den eigentlichen Reaktorunfall. Das Ereignis war Anknüpfungspunkt für die Verhandlung weitergehender gesellschaftlich relevanter

¹ Vgl. Joachim Radkau: Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte. Bonn 2011, S. 230. (Radkau 2011)

² Vgl. Franz-Josef Brüggemeier: Tschernobyl, 26. April 1986. Die ökologische Herausforderung. München 1998, S. 210ff.

³ Vgl. Radkau 2011, S. 230.

Fragen von der Tragbarkeit technologischer Risiken bis zur Deutungsmacht der Politik und wissenschaftlicher Expert/innen.

Die Analyse der Medienberichterstattung bildet den Zugang zum Thema. „Tschernobyl“ war in den westeuropäischen Ländern ein wesentlich durch die Medien vermitteltes Ereignis, denn die Bevölkerung erlebte hier nicht direkt den Unfall, sondern bezog ihre Informationen vorrangig aus Presse, Radio und Fernsehen. Fernsehbilder und Magazintitel prägten die Wahrnehmung des Unfalls. Gleichzeitig hatten Massenmedien wesentlichen Einfluss darauf, welche Problemrahmungen und Konfliktpositionen öffentlich thematisiert wurden – und damit auf die Dynamik der Kontroverse selbst. Medien werden daher „als Akteure und als prägender Teil des Ereignisablaufes“⁴ verstanden.

Der Fokus der Untersuchung richtet sich einerseits auf die Medienöffentlichkeit⁵, welche als zentrales Forum der gesellschaftsrelevanten Diskurse begriffen wird, und andererseits auf die Interaktion der dort präsenten Akteur/innen. Dazu zählen wissenschaftliche und wirtschaftliche Expert/innen sowie politische Vertreter/innen und nicht zuletzt die Journalist/innen selbst. Welche Rolle spielten Print- und TV-Medien in der Genese und Dynamik der öffentlichen Diskussion um „Tschernobyl“? Welchen Einfluss hatten sie auf die Problematik und Entscheidungsfindung in der Auseinandersetzung? In welchem Maße veränderten sich in der „Tschernobyl“-Debatte die Beziehungen zwischen den Vertretern/innen aus Politik, Wissenschaft und Medien, auch hinsichtlich der Deutungsmacht in gesellschaftlichen Konfliktdebatten?

Methodisch setzt die Analyse zunächst auf der Ebene der medialen Vermittlung „Tschernobyls“ an. Sie arbeitet heraus, welche Informationen und Deutungsmuster des „unsichtbaren“ Ereignisses weite Verbreitung fanden. Gleichfalls werden die Leitbegriffe und Diskursfelder der Debatte eruiert. Die

.....
⁴ Frank Bösch: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Das 20. Jahrhundert als Zeitalter der Medialisierung. In: Norbert Frei (Hrsg.): Was heißt und zu welchem Ende studiert man Geschichte des 20. Jahrhunderts? Göttingen 2006, S. 212-217, hier S. 214.

⁵ Theoretische Anregungen finden sich bei Jörg Requate: Öffentlichkeit und Medien als Gegenstände historischer Analyse. In: Geschichte und Gesellschaft 25 (1999), S. 5-32 und Karl Christian Führer/Knut Hickethier/Axel Schildt: Öffentlichkeit – Medien – Geschichte. Konzepte der modernen Öffentlichkeit und Zugänge zu ihrer Erforschung. In: „Archiv für Sozialgeschichte“ 41 (2001), S. 1-38.

Untersuchung schließt dabei in Anlehnung an die Visual History auch die bildliche Ebene mit ein: „Tschernobyl“ wurde vielfach durch Fotografien, Karten und Grafiken visualisiert. Daneben wird der Prozess nachgezeichnet, wie wissenschaftlich-technische Erkenntnisse in der Presse und im Fernsehen weitergegeben wurden. Vielfach waren die Journalist/innen auf die Einschätzungen der wissenschaftlichen Expert/innen angewiesen. Wiederum waren es die Medien, welche die wissenschaftlichen Erkenntnisse in komplexitätsreduzierter Form öffentlich machten und so subjektive Betroffenheit erzeugten. Daher gilt es bei der Analyse auch die Eigenlogik der Medien zu reflektieren, die sich am Nachrichtenwert und anderen Selektionskriterien orientierten. Auf der Ebene der Akteur/innen und ihrem Handeln wendet sie sich in einem weiteren Schritt der Medienöffentlichkeit zu. Es wird aufgezeigt, wie durch die mediale Herstellung von Öffentlichkeit Legitimationsdruck auf die Politik ausgeübt und gesellschaftlicher Handlungsbedarf geschaffen wurde. Das schließt die Frage ein, wie die Akteur/innen auf die Medienberichterstattung reagierten und sich an ihr ausrichteten.

Ausgewertet werden die überregionalen Tages- und Wochenzeitungen sowie ausgewählte regionale Tageszeitungen aus der grenznahen Region und exemplarisch die Boulevardpresse. Darüber hinaus werden die Nachrichten- und Sondersendungen sowie politischen Magazine zum Thema „Tschernobyl“ des öffentlich-rechtlichen bzw. staatlichen und privaten Fernsehens (ARD, ZDF, Sat.1 sowie Antenne 2 und TF1) gesichtet. Zusätzlich stützt sich die Analyse auf die Stellungnahmen der Regierungen und die Berichte aus den Parlamentsdebatten, die Veröffentlichungen seitens der Forschungsinstitute und Kernkraftwerksbetreiber sowie einschlägige Fachzeitschriften. Zeitzeugengespräche mit wissenschaftlichen Expert/innen und Journalist/innen ergänzen das Quellenkorpus.

Der Vergleich der bundesdeutschen und der französischen „Tschernobyl“-Debatte sucht nach Erklärungen für ihren unterschiedlichen Verlauf, zeigt aber auch die gemeinsamen Elemente und grenzüberschreitenden Wechselwirkungen auf. Deutliche Unterschiede bestanden in der Einschätzung der Fallout-Folgen durch Expert/innen sowie auch in der Medienberichterstattung, welche zu sehr verschiedenen Interpretationen „Tschernobyls“ allgemein und der Konsequenzen für

die Bevölkerung im Speziellen führten. Diese reichten vom regional begrenzten, menschlich verursachten Störfall bis zum globalen apokalyptischen „Super-GAU“.

Grundlegende Unterschiede offenbart auch der Vergleich der Informationspolitik sowie des Krisenmanagements. Während sich in der Bundesrepublik die politischen Parteien um den richtigen Umgang mit den Auswirkungen des Reaktorunfalls stritten und jedes Bundesland schließlich eigene Strahlengrenzwerte festlegte, verzichtete die französische Regierung auf jegliche Vorsorge- und Schutzmaßnahmen. Zudem gab es in der Debatte andere Konstellationen der Akteur/innen aus Politik, Wissenschaft und Medien. In Frankreich hatten die wissenschaftlichen Expert/innen der staatlichen Einrichtungen das Informationsmonopol in der „Tschernobyl“-Debatte inne, während in der Bundesrepublik der Expertendiskurs deutlich vielstimmiger und kontroverser war. Journalist/innen zitierten hier häufig kernenergiekritische Wissenschaftl/innen; vor allem linksliberale Medien hinterfragten offen das Krisenmanagement der Bundesregierung.

Die vergleichende Analyse will aufzeigen, wie die unterschiedliche Qualität der organisatorischen wie personellen Beziehungen zwischen Politik, Wissenschaft und Medien in beiden Ländern die Art und Weise sowie die Inhalte der öffentlichen Kommunikation über „Tschernobyl“ maßgeblich bestimmte. „Tschernobyl“ wird somit als exemplarische Debatte behandelt, um Aussagen über die politischen Kulturen beider Gesellschaften und den Einfluss der Massenmedien auf diese zu treffen. Mit der wissenschaftlichen Untersuchung der „Tschernobyl“-Debatte im Spannungsdreieck von Politik, Wissenschaft und medialer Öffentlichkeit schließt das Dissertationsprojekt an die jüngere Umweltgeschichte an und kommt der Forderung nach, die Medialisierung von Umweltproblemen und -katastrophen eingehender zu untersuchen. Damit leistet es einen wesentlichen Beitrag zu einer besseren Verschränkung von Kommunikations-, Medien- und Umweltgeschichte, die noch in ihren Anfängen steckt.

Christina Isabel Brüning
**Historisches Lernen mit videographierten
 Zeitzeug/inneninterviews in der heterogenen
 Gesellschaft**

(Pädagogische Hochschule Freiburg)

Kaum eine TV-Dokumentation zum Nationalsozialismus, eine Gedenkstätten- oder Museumsausstellung kommt heute ohne die Einbindung von Zeitzeug/inneninterviews aus. Dieses geschichtskulturelle Phänomen muss daher verstärkt zum Bestandteil des Schulunterrichts werden, da Schüler/innen den kritisch-analytischen Umgang mit dieser Quellengattung zu erlernen haben. Vor allem in der heutigen Zeit, in der die Erinnerung an die nationalsozialistische Verfolgung vom kommunikativen ins kulturelle Gedächtnis fast vollzogen ist, liefern videographierte Zeitzeug/inneninterviews einen emotionalen Zugang zur Vergangenheit, was Texte oder Bilder alleine nicht vermögen.

Untersuchungen des deutschen Geschichtsunterrichts der letzten Jahre kamen dabei immer wieder zum dem Ergebnis, dass Schüler/innen den Holocaust weniger als eigene Geschichte ihrer Gesellschaft bzw. universelle Geschichte der Menschheit erfassen, sondern standardisierte Narrationsfolien und konventionalisiertes Gedenken reproduzieren.¹ Sie eignen sich das Thema nicht als Bestandteil ihres (eigenen) erinnerungskulturellen Zusammenhangs an.² Besonders vor dem Hintergrund der sogenannten ‚Migrati-

ongesellschaft‘³ wird dabei diskutiert, inwiefern Geschichtsunterricht zu Holocaust und Nationalsozialismus wirksam sein kann.

Damit ergibt sich die Notwendigkeit, die geschichtskulturelle Relevanz von Lehr- und Lernprozessen in und mit digitalen Archiven wie dem Visual History Archive des Shoah Foundation Institute (VHA) zu erforschen. Bei der Hypothesenbildung für mein Vorhaben spielten neben diesen Befunden auch die praktischen Erfahrungen als Studienrätin im Geschichts- und Politikunterricht eine Rolle, in denen sich gezeigt hatte, dass Schüler/innen die videographierten Erzählungen von Zeitzeug/innen⁴ nicht nur passiv konsumierten, sondern diese einfühlsam reflektieren und die Überlebenden als handelnde Subjekte und nicht mehr als anonyme Masse verfolgter Opfer wahrnehmen. Es war daher anzunehmen, dass Zeitzeug/inneninterviews ein geeignetes Medium sein könnten, um sich mit Lerngruppen dem Thema Holocaust heutzutage und in der Zukunft zu nähern.

Aufgrund meiner pre-tests an verschiedenen Sekundarschulen zeigte sich, dass sich für sehr heterogene Lerngruppen thematisch ein rassismuskritischer Zugang zum Thema Shoah anbietet.⁵ Dieser Zugang sollte am Schnittfeld zwischen historischem Lernen als Sinnbildung über Zeiterfahrung und Menschenrechtserziehung im Sinne einer

.....
 3 Insbesondere bei der Erörterung historischen Lernens in heterogenen Lerngruppen ist es unerlässlich, einen reflektierten und sensiblen Umgang mit Begrifflichkeiten zu pflegen, die vermeintlich Gruppenbildungen vornehmen. Oft werden Schüler/innen nicht-deutscher Herkunftssprache als Menschen mit sogenanntem ‚Migrationshintergrund‘ bezeichnet. Da dieser Begriff willkürlich gesetzt ist und in der Forschung auch irreführend sein kann, soll er in diesem Beitrag in distanzierenden Anführungszeichen stehen. In meinem Vorhaben soll daher von heterogenen Lerngruppen gesprochen werden, um den Blick für die Individualität aller Lernenden zu schärfen und zu betonen, dass jeder Lernende dezidiert eigen-sinnige Sinnbildungen vornimmt.

4 Seit 2008 arbeite ich mit Schüler/innen mit den videographierten Zeitzeug/inneninterviews aus dem Visual History Archive des Shoah Foundation Institute for Visual History and Education der University of Southern California. Im VHA sind über 52.000 Interviews mit Überlebenden des Holocaust archiviert, die in den Jahren 1994-1998 aufgezeichnet wurden. 2006 erhielt die Freie Universität Berlin als erste Universität in Europa einen Vollzugang zum Archiv.

5 Eine ausführlichere Darstellung des Vorgehens findet sich in: Christina Brüning: Historisch-politische Bildung mit videografierten Zeitzeuginneninterviews in (sozio-)kulturell und religiös heterogenen Lerngruppen. Beitrag für die Zeitschrift für Genozidforschung 2014, Themenheft „Holocaust Education“ (im Druck).

.....
 1 Vgl. u.a. Carlos Kölbl: Auschwitz ist eine Stadt in Polen. Zur Bedeutung der NS-Vergangenheit im Geschichtsbewusstsein junger Migrantinnen und Migranten. In: Michele Barricelli und Julia Hornig (Hrsg.): Aufklärung, Bildung, „Histotainment“?. Zeitgeschichte in Unterricht und Gesellschaft heute. Frankfurt/Main 2008, S.161-173; Carlos Kölbl: Mit und ohne Migrationshintergrund. In: Viola Georgi (Hrsg.): Crossover Geschichte. Historisches Bewusstsein Jugendlicher in der Einwanderungsgesellschaft. Hamburg 2009, S. 61-73; Elke Gryglewski: Anerkennung und Erinnerung. Zugänge arabisch-palästinensischer und türkischer Berliner Jugendlicher zum Holocaust, Berlin 2012.

2 Vgl. u.a. Viola B. Georgi: Entliehene Erinnerung. Geschichtsbilder junger Migranten in Deutschland. Hamburg 2003; Marion Klein: Schülerinnen und Schüler am Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Eine empirisch-rekonstruktive Studie. Wiesbaden 2012; Meik Zülsdorf-Kersting: Sechzig Jahre danach: Jugendliche und Holocaust. Eine Studie zur geschichtskulturellen Sozialisation. Münster 2007.

historisch-politischen Bildung angesiedelt sein. Durch den Bezug auf gegenwärtige Lebenswelten und die Einbeziehung konkreter Erfahrungen der Schüler/innen bietet ein so geplanter Geschichtsunterricht identitätskonkrete Konzepte und einen Zugang zur Thematik für alle Lernenden an. Dieser Zuschnitt bestimmt auch das Sample der Interviews: Die Auswahl spiegelt die gesamte Breite von Erfahrungshorizonten rassistisch Verfolgter wider und folgt konsequent der Prämisse, keine Opferhierarchien zu eröffnen und keine weiterhin rassistischen Heraushebungen vorzunehmen, sondern vielmehr Gemeinsamkeiten und Unterschiede individueller Verfolgungsgeschichten herauszuarbeiten. Daher wurden gleichermaßen Interviews von jüdischen, homosexuellen, als ‚asozial‘ Verfolgten, sog. ‚Rheinlandbastarden‘ sowie von Sinti und Roma herangezogen.

Im Vorhaben wurde beim forschungsmethodischen Vorgehen ein klassisches Prä-Post-Design verwendet. Mit Hilfe von Fragebogen-Auswertungen vor Beginn der Arbeit konnten zunächst erste Einstellungen, Vorerfahrungen und Vorkenntnisse zum Thema erhoben werden. Hier ging es darum, mit Hilfe klassischer Items u.a. aus der Antisemitismus-Skala der Emnid-Umfrage und Wissensfragen zum Themenkomplex die Lerngruppe einzuschätzen. Anhand verschiedener forschungsmethodologischer Arrangements, die im Sinne einer möglichst breiten Methodentriangulation die Lerngruppe und einzelne Schüler/innen-Erfahrungen sowohl qualitativ als auch quantitativ erfassen sollten, wurde dann versucht, den gesamten historischen Lehr-/Lernprozess zu begleiten. Später, mit zeitlichem Abstand nach dem Projekt, wurde ein zweiter Fragebogen eingesetzt.

Bei der Arbeit mit dem VHA spielt der Aspekt der Personalisierung eine große Rolle: auch sprachlich schwächere Schüler/innen haben durch die intimen Erzählungen der Zeug/innen Zugang zu komplexen Themen und empfinden die Immersionseffekte der Interviews. Durch die Kommunikationssituation mit dem Erzählenden auf dem Bildschirm kann eine Art dialogische Situation stattfinden. Dadurch ist auch es Lerngruppen, die im klassischen Geschichtsunterricht eher leistungsschwach scheinen, möglich, intensive Lernprozesse zu erfahren. Hierbei spielt auch die Lerngruppendiagnostik eine Rolle: Die Thematisierung differenter kultureller Hintergründe und die Berücksichtigung der sprachlichen Vielfalt der Schüler/innen, die selbst oft in diverse

geschichtskulturelle, zum Teil auch marginalisierte Erinnerungszusammenhänge eingebunden sind, ist unerlässlich. Im vorliegenden Setting sind im diesem Zusammenhang u.a. die Migrations- und Fluchtgeschichten der Überlebenden und ihre differenten Deutungen der Geschichte besonders fruchtbar für die Projektdurchführung.

Das Promotionsvorhaben hat daher als Zielsetzung, basierend auf den digitalisierten Zeugnissen des VHA, epistemologisch fundierte und empirisch abgesicherte Aussagen zu Lehr- und Lernarrangements zu treffen, die das Thema historisch-politisches Lernen mit videographierten Zeitzeug/inneninterviews in der heterogenen Gesellschaft zutreffend beschreiben. Außerdem sollen Ansätze aufgezeigt werden, durch die heterogenen Lerngruppen in der virtuellen Begegnung⁶ und im sekundären Dialog⁷ mit Überlebenden des Holocausts neue Perspektiven der Geschichte zugänglich werden. Dabei liegt der Fokus auf der Frage nach den Gegenwartsbezügen und dem „Lernwert“ des Themenkomplexes Nationalsozialismus und Holocaust in heutigen heterogenen Gesellschaften, v.a. mit Blick auf rassismuskritische Bildung und Demokratieerziehung.

.....

⁶ Vgl. Aleida Assmann/Juliane Brauer: Bilder, Gefühle, Erwartungen. Über die emotionale Dimension von Gedenkstätten und den Umgang von Jugendlichen mit dem Holocaust. In: „Geschichte und Gesellschaft“ 37 (2011) 1, S. 72-103.

⁷ Vgl. Alina Bothe/ Martin Lücke: Im Dialog mit den Opfern. Shoah und Historisches Lernen mit virtuellen Zeugnissen. In: Peter Gautschi/ Meik Zülsdorf-Kersting, (Hrsg.): Die Shoah in Schule und Öffentlichkeit. Zürich 2013, S. 55-74.

Petra Schirrmann
Das deutsche Hörspiel in Finnland
 (Universität Helsinki)

In Deutschland wurde das erste Hörspiel im Oktober 1924 gesendet. Der künstlerische Leiter der Südwestdeutschen Rundfunk AG in Frankfurt am Main, Hans Flesch, wollte damals mit seinem Stück „Zauberei auf dem Sender“ die technischen Möglichkeiten des noch jungen Mediums Rundfunk ausprobieren. Das öffentlich-rechtliche Yleisradio (YLE) in Helsinki, die erste finnische Rundfunkanstalt, sendete zwei Jahre später das erste Hörspiel.

Als die YLE-Mitarbeiter in Helsinki im Jahr 1926 mit regelmäßigen Sendungen abends von 19.30 Uhr bis 22 Uhr begannen, war in Deutschland die Diskussion um „die Dichtung im Rundfunk“ bereits in vollem Gange. Die für die Programmpolitik verantwortliche Finnische Rundfunkgesellschaft beauftragte daher den Schauspieler Markus Rautio mit dem Aufbau eines einheimischen Hörspielprogramms nach ausländischem Vorbild.¹

Rautio informierte sich in Deutschland und Hollywood über neue technische Möglichkeiten. Er brachte von seinen Studienreisen neben neuen technischen Erfindungen auch eine Reihe von Hörspielmanuskripten aus dem Ausland mit und bemühte sich in der Folge um den Aufbau einer eigenen finnischen Hörspielabteilung: das „Radiotheater“². Doch die Hörspielproduktion lief nur langsam an. Die Finnen schauten nach Deutschland.

Nicht nur in der frühen Zeit des Rundfunks galt Deutschland als tonangebend in Sachen Hörspiel und bereicherte Finnland bis Anfang der 1930er Jahre immer wieder mit seinen Produktionen. Auch nach einer Zäsur durch Krieg und Nationalsozialismus setzte sich der deutsche Einfluss auf den finnischen Rundfunk fort: Sowohl bundesrepublikanische als auch DDR-Hörspiele wurden ins Programm aufgenommen.

Trotz des erkennbar starken Einflusses des deutschen³ Hörspiels auf das „Radiotheater“ wurde eine systematische Bestandsaufnahme von in Finnland gesendeten deutschen Hörspielen nie unternommen. Eine solche könnte jedoch wertvolle Rückschlüsse auf das Zusammenspiel von deutscher und finnischer Hörspielkultur ermöglichen – im Hinblick auf die Rezeption der Stücke wie auch auf die Programmpolitik der finnischen Dramaturgen. Diese Forschungslücke, die deutsch-finnische Kultur betreffend, möchte das Dissertationsprojekt schließen. Die beiden finnischen Medienexperten Jyrki Mäntylä und Väinö Väinö bezeichneten in einem 1968 veröffentlichten Artikel Deutschland als die „Supermacht des Hörspiels“⁴. Aber hat Deutschland diesen Titel „Hörspielsupermacht“ wirklich verdient? Auch dies soll die systematische Bestandsaufnahme von im finnischen Rundfunk gesendeten deutschen Hörspielen beantworten.

Leitfragen für das Projekt sind daher: Welchen Einfluss hatte das deutsche Hörspiel auf das finnische Programm? In welcher Zeit war er am stärksten? Welche deutschen Hörspiele erreichten in Finnland besonders hohe Hörerzahlen? Wie reagierten die finnischen Hörer auf das deutsche Hörspiel? Welche Programmpolitik betrieb YLE in Bezug auf das deutsche Hörspiel?

Die Antwort auf die übergeordnete Frage: „Welche Rolle spielten deutsche Hörspiele im finnischen Hörfunk?“ wird nicht nur medienwissenschaftlich, sondern auch kulturhistorisch von Relevanz sein. Sie wird zeigen, wie sich die deutsche und die finnische Kultur gegenseitig bereicherten und welche Gründe die finnischen Programmverantwortlichen bewogen haben, bestimmte deutsche Hörspiele ihrem Publikum zu präsentieren.

Die Studie ist somit einerseits programmgeschichtlich grundiert, verfolgt aber bei der Erhebung des Programmbestandes institutionengeschichtliche Forschungsfragen. Ziel ist es, ein Bild der deutschen Hörspiellandschaft in Finnland zu zeichnen und diese mit derjenigen in Deutschland in historischer Pers-

.....

³ „Deutsch“ meint hier stets den gesamten deutschsprachigen Raum. Hörspiele aus der Bundesrepublik, der DDR, der Schweiz und Österreich wurden ins Finnische übersetzt und im finnischen Hörspielprogramm gesendet.

⁴ Jyrki Mäntylä und Väinö Väinö: Kuunnelma Maailmalla. In: Yleisradion julkaisursarja XX (1968). S. 4-11.

.....
¹ Ari Kallio: Das Hörspiel in Finnland. In: Jahrbuch für finnisch-deutsche Literaturbeziehungen Nr. 25, Helsinki 1993, S. 73-89.

² Pekka Gronow: Kahdeksas Taide. Suomalaisen Radioilmaisun Historia 1923-1970, Helsinki 2010.

pektive vergleichend in Verbindung zu setzen – auch um die gegenwärtigen deutsch-finnischen Hörspielbeziehungen besser verstehen zu können. Im Archiv von YLE werden dazu Einschaltquoten ausgewertet, Hörspielrezensionen in finnischen Tageszeitungen herangezogen, die Korrespondenzen der Programmdirektion gesichtet und Spielpläne analysiert.

Erste Ergebnisse des Projekts wurden zu Beginn des Jahres 2014 in einem Artikel für den Band „Austausch und Anregung. Zu den Kulturbeziehungen zwischen Finnland und dem deutschsprachigen Raum im 20. Jahrhundert“ veröffentlicht.⁵ Zukünftige Forschung auf diesem Gebiet könnte sich hoffentlich damit beschäftigen, wie im finnischen Hörspiel Deutschland abgebildet wird, das heißt, welche Charaktere, welche Thematiken oder welche Orte Deutschland betreffend akustisch in Finnland präsentiert werden.

.....
5 Liisa Laukkanen und Christoph Parry (Hrsg.):
Austausch und Anregung. Zu den Kulturbeziehungen
zwischen Finnland und dem deutschsprachigen Raum
im 20. Jahrhundert, München 2014 (= Perspektiven.
Nordeuropäische Studien zur deutschsprachigen
Literatur und Kultur, 11), S. 44-63.

Rezensionen

Friedrich Balke, Bernhard Siegert & Joseph Vogl (Hrsg.)

Mediengeschichte nach Kittler

Archiv für Mediengeschichte.

München: Wilhelm Fink, 179 Seiten

Der 13. Band der Reihe „Archiv für Mediengeschichte“ fragt nach der Mediengeschichte nach Kittler – im doppelten Wortsinne: Bewusst soll an Kittler angeschlossen, sollen seine Ideen weitergeführt werden, gleichermaßen geht es aber auch um aktuelle Konzeptionen von Mediengeschichte, die Kittler (2011 im Alter von 68 Jahren verstorben) zeitlich nachgeordnet werden können. Im Band finden sich 13 Aufsätze, die Kittlers Schriften (vor allem „Aufschreibesysteme 1800/1900“ und „Grammophon Film Typewriter“) aus sehr unterschiedlichen Perspektiven aufgreifen und sich teils mit seinen Gedanken intensiv auseinandersetzen, sie teils aber auch eher als losen Ausgangspunkt eigener Ideen begreifen und fortschreiben.

Zu Beginn steht Geschichtliches: Ein Vortragsmanuskript aus dem Jahr 1984 von Werner Hamacher leitet den Band ein. Er setzt sich in seinem Text, den er damals unter anderem vor Friedrich Kittler vortrug, mit der Entwicklung der Philosophie in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg auseinander – unter anderem im Vergleich mit den französischen Ansätzen zu dieser Zeit. Sein Rekurs auf die psychoanalytische Prägung der französischen Philosophie stellt eine erste Brücke zu Kittler her, der sich in seinen Arbeiten – wie der zweite Beitrag von Henning Schmidgen untermauert – wesentlich an den Ideen von Jacques Lacan orientierte. So wirft der Band zunächst eher (medien)philosophische und theoretische Fragen auf.

Ganz anders kommt dagegen der dritte Beitrag daher, Rupert Gaderers „Schatten der Bürokratie. Ein mediales Phänomen des Rechts“ ist eine aufschlussreiche kommunikationshistorische Arbeit zu einem – in der Interpretation des Autors – Aufschreibesystem um 1800, der Supplik. Diese Bittschriften, die als Klagen, Beschwerden oder Bitten verfasst sein konnten, stellten in der preußischen Bürokratie eine zunehmend standardisierte und

stilisierte Kommunikationsform dar, die eigenen sprachlichen und technischen Regeln folgte und sich zunehmend zu einer kommunikativen Praktik ausformte.

Eher gegenwarts- und zukunftsorientiert liest sich Jussi Parikkas Aufsatz zur Medienökologie, die er nicht im Sinne von Innis und Postman, sondern als einen Ansatz zum Verhältnis von Medien und Natur, Medien und Umweltschutz begreift. Medien technisch zu denken, so argumentiert Parikka, heißt zugleich auch, sich mit den Materialien zu befassen, aus denen technische Medien wie Bildschirme und Übertragungskabel hergestellt werden. Er fragt folglich nach den Rohstoffen, auf denen die Medientechnik basiert, ihrer Gewinnung und Verarbeitung und ihren möglichen schädlichen Wirkungen – auch dies ist eine Lesart von Kittlers Werk.

Die weiteren Beiträge behandeln unter anderem die Bezüge zwischen den Werken William S. Burroughs und Friedrich Kittlers (Marian Kaiser), die Architektur von Postgebäuden und ihre Medialität (Susanne Jany) oder abschließend Kittlers Verhältnis zum Jazz (Maren Haffke), um nur einige zu nennen. Das Medienverständnis dieser Publikation ist dementsprechend breit und keineswegs im Sinne Kittlers nur technisch. Diese Breite bewirkt, dass die einzelnen Aufsätze vermutlich sehr verschiedene Lesergruppen ansprechen werden: von den historiographisch arbeitenden Kommunikations- und Medienforschern über Vertreter kritischer und kulturwissenschaftlicher Medientheorien und Literaturwissenschaftler im engeren und weiteren Sinne bis hin zu Kultur- und Sozialphilosophen. Vorrangig ist der Band an eine informierte Leserschaft gerichtet, die mit dem Werk Friedrich Kittlers und seiner Rezeption in der Fachwelt vertraut ist. Dennoch sind die Gedanken, die einige der Autoren aufreißen, für Studierende der Kommunikations- und Medienwissenschaft sicherlich wertvolle Anregungen, um über die üblichen Kategorien hinaus zu denken und ihr Wissen zu hinterfragen.

Die Klammer, die die einzelnen Beiträge trotz ihrer Heterogenität verbindet, ist gleichsam auch die deutliche Botschaft: Kittlers Ideen

sind lebendig und fruchtbar, sie werden aufgegriffen und weiterentwickelt, sie inspirieren zum Weiterdenken und haben an Aktualität nicht verloren.

Denise Sommer, Leipzig

Gerhard Paul

BilderMACHT. Studien zur Visual History des 20. und 21. Jahrhunderts

Göttingen: Wallstein Verlag 2013, 676 Seiten

Mit „BilderMACHT“ legt der Flensburger Historiker Gerhard Paul eine eindrucksvolle Zwischenbilanz seiner langjährigen Forschungen zur Geschichte des Visuellen und zur Visualität der Geschichte vor. Dem engagierten Wegbereiter einer Visual History¹ geht es nicht nur um die ergänzende Berücksichtigung von Bildquellen in der traditionell vor allem schriftliche Überlieferungen analysierenden Geschichtswissenschaft, sondern auch um ein besseres Verständnis für die „generative Kraft“ der Bilder.

Das Buch versammelt 17 – teilweise bereits anderweitig veröffentlichte, hier aber überarbeitete – Fallstudien „im Grenzbereich von Geschichtswissenschaft und Kunstgeschichte, von Medien- und Kommunikationswissenschaft“, in denen ausgewählte Kunst-, Werbe- und Propagandaproduktionen, Amateur-, Presse- und Militärfotografien, Filmsequenzen sowie „modern[e] kriegerisch[e] Bildakt[e]“ analysiert werden (S. 11). Der Bogen reicht dabei von der barbusigen „fée électricité“, die an der Wende zum 20. Jahrhundert als transnational verständliche Allegorie des technischen Fortschritts gelten kann, bis hin zum gefolterten „Kapuzenmann“ im irakischen Abu-Ghraib-Gefängnis, der die Perversion des „Krieges gegen den Terror“ Anfang des 21. Jahrhunderts symbolisiert.

Behandelt werden überwiegend Bilder oder Bildsujets, die in das visuelle Gedächtnis Mitteleuropas und Nordamerikas eingegangen sind und darin teilweise den Status von erinnerungskulturell signifikanten Ikonen erlangt haben. Gegenstand des Buches sind also Bilder, die Geschichte machten. Dabei ist es

.....

¹ Siehe etwa: Gerhard Paul (Hrsg.): Das Jahrhundert der Bilder. Bilderatlas I: 1900-1949/Bildatlas II: 1949-2007, Göttingen 2008/2009; Gerhard Paul (Hrsg.): Visual History. Ein Studienbuch, Göttingen 2006; Gerhard Paul: Bilder des Krieges – Krieg der Bilder. Die Visualisierung des modernen Krieges, Paderborn 2004.

vor allem die „potentia“ von (Medien-)Bildern, die Paul in den Beiträgen umtreibt; also die „geradezu anthropologische Kraft des Bildes“ (S. 7) sowie die Macht, die bestimmte visuelle Ereignisse, seien sie „ursprünglich“ oder (mehrfach) medialisiert, auf ihre Betrachter und ihre Umwelt ausüben. Es handle sich eben nicht um bloße Ab-Bilder oder Repräsentationen einer (wahrgenommenen) Wirklichkeit, sondern um eigenständige, medialen Eigenlogiken unterworfenen und damit Realität aktiv mitgestaltende beziehungsweise neue Realitäten schaffende visuelle Ereignisse (S. 10).

Die in erfreulich guter Druckqualität bebilderten Fallstudien und das programmatische Resümee operieren auf insgesamt sieben, teilweise miteinander verschränkten, sich jedenfalls ergänzenden Untersuchungsebenen. So wird etwa, erstens der (massen)medialen Verbreitung allegorischer Körperbilder nachgegangen, wie der „electrischen Fee“ im Übergang zum 20. Jahrhundert. Solche ästhetisierten Körperbilder waren, wie Paul überzeugend ausführt, als Kristallisationspunkte visueller Körperpolitiken geeignet, die Ideen- und Vorstellungswelt der Zeitgenossen zu prägen.

Zweitens widmet sich Paul den Strukturen medialer (Selbst-)Inszenierungen sowie dem Prozess der Kanonisierung bestimmter Fotografien zu Schlüsselbildern des Zweiten Weltkriegs und der davon geprägten Nachkriegszeit. Veranschaulicht wird dies durch die Analyse von Bildern der inszenierten Beseitigung polnischer Grenzanlagen durch Wehrmachtssoldaten am 1.9.1939 und von Fotografien des Eichmann-Prozesses in Jerusalem 1961.

Drittens untersucht Paul das „Verhalten“ von Medienikonen „im (globalen) Cultural flow“ (S. 11). Von Interesse sind dabei insbesondere die Veränderungen, Verselbstständigungen und künstlerischen Überschreibungen von Ikonen. Die Rezeptionsgeschichte von Fotos des abstürzenden Luftschiffs „Hindenburg“, des „Napalm-Girls“ aus Vietnam oder des Mao-Porträts am Tian’anmen-Platz verdeutlichen dies. Auch Formen des Ikonoklasmus, Bilderstürme und Denkmalstürze oder auch Profanisierungen als Ausdruck veränderter Bildpolitiken sind Gegenstand des Buches.

Viertens beschäftigt sich Paul mit den Bildern von Wachtürmen, Mauern und Stacheldraht,

die er als „zentral[e] Signaturen des totalitären Zeitalters“ charakterisiert (S. 11). Über deren Materialität vor Ort hinaus hätten diese Bilder ihre Wirkung als „Symbol(l)werke“ (S. 374) potenzieren können, argumentiert Paul.

Fünftens analysieren Fallstudien unterschiedliche Bildstrategien, die auf eine Involvierung des Betrachters in das Bildgeschehen abzielen; etwa Robert Capas D-Day-Fotos oder das Sujet des Blicks aus dem Bild, das in seiner Figuration des „großen Bruders“ zu einer zentralen Chiffre der Sorge vor steter Überwachung geworden sei. Nachgegangen wird den Vor- und Nachgeschichten solcher Bilder, die teilweise konkrete Handlungsweisen provozieren sollten.

Sechstens untersucht Paul am Beispiel des Fernseherteilers „Holocaust“, wie (Fernseh-)Bilder Erinnerung formatieren, was sie zeigen, ausblenden und was sie zur Veränderung eingeübter Geschichtsbilder beitragen können. So habe die Sendereihe zwar befördert, dass die meisten Deutschen von der Schoah Kenntnis genommen hätten und sich ein Bild von den Geschehnissen machen konnten; zugleich sei das Wissen über die Bedingungen und Ursachen des Judenmords jedoch gering geblieben.

Der siebte Untersuchungsschwerpunkt bezieht sich auf Bildakte, bei denen die aufnehmende Kamera oder das kreierte Bild selbst zur Waffe wurden, „um Dritten Bilder zu kommunizieren, die diese unter massiven Druck setzten“ (S. 12). Untersucht werden etwa die Bildzeugnisse von NKWD-Morden und anti-jüdischen Pogromen in der Zeit des Zweiten Weltkriegs sowie der visuelle Aufmerksamkeitsterror des 11. Septembers 2001.

Alle Fallstudien sind aufgrund ihrer detailreichen, akribischen und zugleich dichten Bildbeschreibungen sowie den daran entwickelten durchweg feinsinnigen Deutungsangeboten überaus lesens- und bedenkenswert. Ob das Plädoyer, Bilder gewissermaßen als beseelte Objekte zu fassen, vollumfänglich überzeugt, sei dahingestellt.

Sehr deutlich wird aber, dass Bildereignisse Geschichte sehr wohl beeinflussen, indem sie mit ihren Betrachtern kommunizieren. Paul verweist hier insbesondere auf das grundlegende Werk des amerikanischen Bildtheoretikers William J.T. Mitchell, die Bildakttheorie des Kunsthistorikers Horst Bredekamp sowie die Überlegungen zur Methode und

Theorie der Film- und Bildanalyse der Medienwissenschaftler Helmut Korte und Kathrin Fahlenbrach sowie der Politik- und Kommunikationswissenschaftlerin Marion G. Müller. Überdies bezieht er sich auf das Konzept des Medienereignisses, das die kreative, oft strukturverändernde Kraft medialisierter – auch visueller – Ereignisse zu fassen sucht.

Trotz seiner prominenten Verwendung ist Pauls Machtbegriff weitgehend unbestimmt. Was denn die Macht oder Kraft von Bildern konkret ausmacht, was sie von anderen Formen und Dimensionen der Macht unterscheidet und/oder mit diesen verbindet, bleibt letztlich vage. Dies mag als Manko empfunden werden. Zugleich ist der vergleichsweise pragmatische Umgang mit theoretischen Konzepten von Macht aber auch als Einladung an den Leser zu verstehen, selbst weitergehende Überlegungen anzustellen und so das Feld der Visual History mit zu bestellen. Pauls Fallstudien und das Resümee regen sehr dazu an.

Christoph Hilgert, Frankfurt/Main

Renée Winter

Geschichtspolitik und Fernsehen. Repräsentationen des Nationalsozialismus im frühen österreichischen TV (1955-1970)
Bielefeld: Transcript 2014, 322 Seiten

Ende der 1980er Jahre erstellte der Österreichische Rundfunk (ORF) eine Liste von seit den späten 1950er Jahren gesendeten Beiträgen zur Zeitgeschichte und konstatierte: „Der immer wieder geäußerte Vorwurf, in Österreich werde die jüngere Vergangenheit nur verdrängt, es gäbe keine und schon gar keine kritische Auseinandersetzung mit der jüngsten österreichischen Geschichte, trifft [...] aus der Sicht des ORF nicht zu.“¹

Auch die hier zu rezensierende Studie, die sich mit „Repräsentationen des Nationalsozialismus im frühen österreichischen TV (1955-1970)“ befasst, möchte und kann „zeigen, dass es weitaus mehr Sendungen als den Herrn Karl gab und somit nicht grundsätzlich von einem Schweigen über Nationalsozialismus und Shoah im Fernsehen gesprochen werden kann“ (S. 34), – freilich ohne die der ORF-Aussage impliziten apologetischen Tendenzen.

.....
1 Fernsehgeschichte: Geschichte im Fernsehen, in: Gespräche mit Österreichern „Im Journal zu Gast“, in: ORF Nachlese extra, Wien o.J., S. 66-71, hier S. 66.

So lässt sich der Dissertation von Renée Winter weiterhin entnehmen, dass die Darstellung und Deutung der NS-Geschichte in den Fernsehbeiträgen der 1950er und 1960er Jahre bis auf wenige Ausnahmen im Rahmen der das österreichische Geschichtsbild dominierenden These von Österreich als „erstem Opfer“ des Nationalsozialismus erfolgte, also nicht selbstkritisch reflektiert wurde. (Eine Ausnahme stellen hier die von Winter leider nur gestreiften Kabarettsendungen, S. 104-117, dar. Spielfilmproduktionen untersucht sie nicht.)

Interessanter als dieser nicht sehr überraschende Befund ist die Untersuchung der Fallbeispiele selbst, insgesamt sieben Dokumentationen aus den Jahren 1961 bis 1970, die auch den meisten Raum der Arbeit einnimmt. Vorgeschaltet sind der konkreten Analyse zwei allgemeinere Kapitel über die „diskursive[n] Verortungen des Geschichtsfernsehens“ (S. 37) und die „geschichtspolitische[n] Handlungsfelder (in) der Fernsehanstalt“ (S. 83). Dabei geht Winter mit zahlreichen medien- und politiktheoretischen Bezügen zunächst der Funktion und Eigendefinition der Aufgaben des Fernsehens wie Bildung, (Re-)Demokratisierung und Konstruktion einer österreichischen nationalen Identität nach; auch „spezifische Geschlechtercodierungen von Publikum und Fernsehen“ (S. 37) spielen hier eine Rolle.

Im zweiten Kapitel befasst sie sich mit den „Programmierungen“ (S. 28), womit „Programm- und Produktionsentscheidungen“ (S. 83) des ORF gemeint sind. In welchen Sendungen und Formaten der Nationalsozialismus thematisiert wurde, ist dabei ebenso Gegenstand der Untersuchung wie Kooperationen mit Wissenschaftsinstitutionen (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien), der Umgang mit Jubiläen und Gedenkdaten, insbesondere den Jahrestagen des „Anschlusses“ (13. März 1938), der Unabhängigkeitserklärung (27. April 1945) und des Staatsvertragsabschlusses (15. Mai 1955) sowie aktuellen geschichtspolitischen Konflikten, namentlich der Affäre Borodajkewycz Mitte der 1960er Jahre. Das Kapitel endet mit den Kurzbeschreibungen der im folgenden Teil interpretierten Sendungen und ihrer Rezeption in den Printmedien.

Unter der übergeordneten Frage nach den „audiovisuellen Strategien“ des dokumentarischen Geschichtsfernsehens werden in

diesem dritten Kapitel dann die Geschichtsnarrative der Dokumentationen und ihre geschichtspolitischen Absichten in den Blick genommen. Dabei unterscheidet Winter sechs Strategien, nach denen sie diesen Teil ihrer Studie auch gliedert: verbale Narration/Voice-Over, Auswahl und Kadrierung von Archivfotos, Montage und Kontextualisierung von Archivfilmmaterial, Sprechbedingungen der Zeitzeugen, Einsatz von Ton (besonders interessant: dessen Aussetzen, also Stille) sowie von fiktionalen bzw. Re-Enactment-Elementen. Den inhaltlichen Fokus bilden jeweils die „Verfolgung und Ermordung von Juden und Jüdinnen im nationalsozialistischen Regime“ (S. 146) sowie die „Darstellung von Handlungsmöglichkeiten und die Konstruktion handelnder Subjekte gegenüber dem bzw. im NS-Regime“ (S. 152). Winters detaillierte Filmanalysen liefern nicht nur weitere Beispiele etwa für die Externalisierung des Nationalsozialismus, die Viktimisierung der österreichischen Bevölkerung oder die Patriotisierung von Verfolgung und Widerstand, sondern auch aufschlussreiche Aussagen hinsichtlich der geschlechtlichen Codierungen der Narration und der visuellen Darstellung. Erfreulicherweise ist die Untersuchung hier zum Teil auch bebildert, was die Nachvollziehbarkeit deutlich erhöht.

Auch wenn man sich bisweilen weitergehende Ergebnisse wünscht als zum Beispiel die Anwendung oder Bestätigung bestehender Forschungsthese, bleibt festzuhalten, dass sich Winter mit ihrer Arbeit zur Frühzeit des österreichischen Fernsehens und dessen Umgang mit dem Nationalsozialismus einem Forschungsdesiderat widmet. Dabei vermag sie, die Bedeutung eines interdisziplinären Zugangs zu medienhistorischen Themen zu demonstrieren und Impulse für weitere Forschungen zu geben, wie auch die perspektivischen Fragen zeigen, mit denen sie im recht knapp gehaltenen Schluss für eine Öffnung des ORF-Archivs plädiert (S. 284f.).

Katrin Hammerstein, Heidelberg

Gerhard Paul, Ralph Schock (Hrsg.)
Sound des Jahrhunderts. Geräusche, Töne, Stimmen 1889 bis heute
 Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung
 2013, 630 Seiten, DVD-Beil.

Dass sich die Geisteswissenschaften erst in jüngerer Zeit verstärkt der Auseinandersetzung mit rein auditiven Quellen widmen, ist ein zentrales Argument der Herausgeber für

das Erscheinen ihres sehr umfangreichen Bandes über den „Sound des Jahrhunderts“. Nach den Bildern des Jahrhunderts wollen sie nun die neuere Geschichte über das akustische Gedächtnis erfahrbar machen. Sound ist dabei ein weit zu fassender Begriff, nämlich die „Gesamtheit von Stimmen, Tönen und Geräuschen“ (S. 11). Die Möglichkeit, seit Beginn des 20. Jahrhunderts auch Sounds durch geeignete Aufnahmeverfahren zu archivieren, nehmen die Autoren zum Anlass, in diesem Buch „nur über Klänge bzw. den Sound erfahrbare Aspekte aufmerksam zu machen, entsprechende Fragestellungen abzuleiten und neue Antworten zu finden“ (S. 13), anstatt bereits Bekanntes lediglich zu bestätigen.

Allein der Umfang des Buches lässt die große Fülle an Fragestellungen und Interpretationen erahnen, die sich hier wiederfinden. Entsprechend dem Untertitel gliedert sich der Band in sechs große Kapitel, die die insgesamt 107 einzelnen Beiträge streng chronologisch strukturieren. Die schiere Zahl an Artikeln lässt dem Rezensenten hier nur die Möglichkeit, das Buch cursorisch zu reflektieren und viele Themen des begrenzten Platzes halber auszulassen. Grundsätzlich ist anzumerken, dass eine derartige Fülle an Artikeln natürlich nur ein sehr punktuell Bild des „Sound des Jahrhunderts“ entstehen lassen kann. Dies ist den Herausgebern auch durchaus bewusst. Diese große Diversität macht eine eingehende Beschäftigung mit den einzelnen Forschungsgebieten der Autoren unmöglich, andererseits eröffnet sich dadurch eine wunderbare Gelegenheit, eine überblicksartige Querschnittsdarstellung von Sound Studies zu erhalten. Diesem Anspruch wird der Band auf jeden Fall auch gerecht.

Das erste Kapitel befasst sich mit der „soundgeschichtlichen Gründerzeit“ (S. 20) von 1889 bis 1919. Für diese weisen die Autoren darauf hin, dass sich die Klangwelt des Menschen in Deutschland und Europa grundlegend änderte. War die akustische Umgebung „noch in der Frühen Neuzeit zu über 90 Prozent von Natur- und Menschenlauten geprägt“ (ebd.), so kamen im Zuge der Industrialisierung neue, mechanische Geräuschquellen hinzu. Um die Jahrhundertwende brachte die Erfindung des Phonographen neue Möglichkeiten der Soundarchivierung: Klänge konnten nun konserviert und beliebig häufig reproduziert werden, es gab jetzt authentische Originaltöne von Ereignissen. Neben der Schrift und dem Bild trat der Ton als Speichermedium hinzu.

Das Kapitel betrachtet diese wegweisende Epoche vorwiegend aus kultur- und medien-geschichtlicher Perspektive, etwa durch die Analyse der Großstadtgeräusche um 1900 oder die Geschichte der Tonspeicherung, aber auch aus dezidiert politikwissenschaftlicher Sicht im Hinblick auf das ausgehende Kaiserreich und den bevorstehenden Ersten Weltkrieg. Bemerkenswert ist ein Kapitel über Strawinskys „Le Sacre de Printemps“, welches die musikalische Moderne einleitete und zunächst beim Publikum – weil ungewohnt – unverstanden blieb. Ein weiterer Abschnitt befasst sich überblicksartig mit der Entstehung von Filmmusik in der Stummfilmzeit.

Die hier angelegten thematischen Räume werden im zweiten Kapitel näher beleuchtet, welches chronologisch in der Zwischenkriegszeit von 1919 bis 1933 angesiedelt ist. Im Zentrum stehen die Geräusche der industrialisierten Moderne und die „Sinfonie der Großstadt“ (S. 156), aber ein besonderer Schwerpunkt wird auf die Verbreitung des Radios und des Tonfilms gelegt: Zwei Medien, die ohne Sounds nicht existieren könnten. Die abschließende Betrachtung über politische Kampflieder schlägt die Brücke zum dritten Kapitel.

In diesem wird die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft thematisiert. Dabei tun die Herausgeber gut daran, nicht alle Aufsätze dem nationalsozialistischen Deutschland zu widmen. Neben Beiträgen zur gezielten Massenkommunikation der Nationalsozialisten über Musik in Konzentrationslagern und über „entartete Musik“ gibt es auch Abhandlungen zu prägenden Ereignissen der Soundgeschichte. Das Kapitel „Oh the humanity“ (S. 210) etwa befasst sich mit der Radioreportage vom Absturz der Hindenburg in den USA, die als „ein Meilenstein der Rundfunkgeschichte“ (ebd.) gilt. Eine ähnliche Sternstunde des Radios war Orson Welles' Fiktion „War of the Worlds“, die von vielen Zuhörern bei der Erstsending für wahr gehalten wurde und die ebenfalls eine eigene Darstellung erfährt.

Während das vierte Kapitel sich mit der unmittelbaren Nachkriegsgeschichte Deutschlands bis 1949 befasst und damit recht kurz gehalten ist, beschäftigt sich das fünfte umso ausführlicher mit den Klangwelten beider deutscher Staaten. Vom Schlagerboom der 1950er Jahre über politische Lieder in der DDR, der zwei deutschen Hymnen, der legendären Fußballreportage Herbert Zimmermanns, dem Mauerbau und John F. Kennedys

Ansprache „Ich bin ein Berliner“ sowie der Studentenbewegung der 1968er bis hin zu Udo Lindbergs „Sonderzug nach Pankow“, dem Jugendradio DT64 und schließlich dem Mauerfall wird hier die deutsch-deutsche Geschichte unter dem Aspekt des Sounds ausführlich nachvollzogen. Doch auch in diesem Kapitel geht die Themenwahl dankenswerterweise über Deutschland hinaus, etwa wenn es um die legendäre 20th Century Fox-Fanfare von Alfred Newman, die moderne Musik John Cages und die Filmmusik von John Williams zu „Star Wars“ geht, aber auch um die Klangwelten in der Werbung und im immer präsenter werdenden Fernsehen.

Das abschließende sechste Kapitel umfasst dann den Zeitraum von der deutschen Wiedervereinigung 1990 bis zu unserer Gegenwart. Hier greifen die Autoren frühere Themen nochmals auf und beleuchten sie neu, so die Live-Reportagen im Zweiten Golfkrieg 1991, die Klänge in der postmodernen Großstadt, aber auch die Originaltöne eines so einschneidenden Ereignisses wie des 11. Septembers 2001. Mit den „Klangwelten des digitalen Zeitalters“ (S. 564) schließlich wird der Weg in die moderne, digitale Medienkultur aufgezeigt. Töne und Klänge sind heute nicht nur omnipräsent und speicherbar, sie können in der digitalen Welt immerzu und überall abgerufen, vervielfältigt und neu zusammengesetzt werden.

Gerade der interdisziplinäre Ansatz – die Herausgeber vereinen hier Autoren aus den Sprach- und Literatur-, Kultur-, Geschichts-, Musik-, Sozial-, Medien- und Kommunikationswissenschaften – macht den Band sehr lesenswert, gleichwohl er sich eher für eine selektive, denn eine vollständige Rezeption empfiehlt. Abgerundet wird das Buch durch zahlreiche Suchverweise für Hörbeispiele im Internet und eine beigelegte DVD mit einer digitalen Version des Buches samt eigens recherchierten Tonsamples.

Sebastian Stoppe, Leipzig

Axel Volmar, Jens Schröter (Hrsg.)

Auditive Medienkulturen. Techniken des Hörens und Praktiken der Klanggestaltung
Bielefeld: Transcript 2013, 460 Seiten

Was ist der Unterschied zwischen Musik und Klang? Diese Frage zieht sich durch nahezu alle Beiträge des Sammelbandes „Auditive Medienkulturen. Techniken des Hörens und

Praktiken der Klanggestaltung“. Die Forderung der beiden Herausgeber nach stärkerer Reflexion und Deutung der auditiven Kultur ist deshalb besonders spannend, weil sich hier viele Schnittmengen mit Diskussionen von allgemeinerer Relevanz ergeben. Die seit längerem geführte Debatte über die Wertigkeit europäischer Musik, insbesondere im Zusammenhang mit deren Rezeption im asiatischen Kulturkreis, ist hier nur eines von mehreren Beispielen.

Volmar und Schröter verstehen „konkrete sozio-technische Konstellationen, Netzwerke[n] oder Dispositive, in denen Klänge verschiedenster Art operieren“ als Gegenstand der von ihnen propagierten Sound Studies (S. 14). Mit methodischer Breite hoffen sie, Klangphänomene und Hörempfindungen als kulturelle Objekte erfassen zu können. Die Suche nach dem rechten Verhältnis zu Forschungsfeldern wie der Medienarchäologie, der Medienwissenschaft, der Ethnologie, der Actor-Network-Theorie, der Science-and-Technology-Studies, vor allem aber zu den Visual Studies kennzeichnet denn auch die meisten Beiträge des Sammelbandes.

Besonders schwierig scheint sich das Verhältnis zur Musikwissenschaft zu gestalten, die von Bettina Schlüter in ihrem Beitrag als gleichgültig bis resistent gegenüber medien- und kulturwissenschaftlichen Fragestellungen und Methoden gezeichnet wird. Ihre Beobachtungen sind im Einzelnen sehr scharfsinnig und treffend. So diagnostiziert sie völlig zu recht die „Diskrepanzen zwischen einem geisteswissenschaftlich geprägten musikwissenschaftlichen Fachverständnis und einer radikal differierenden Medienrealität“ als Kernproblem (S. 210).

Inwiefern aber die angelsächsische New Musicology eines Lawrence Kramer als echte Alternative taugt, scheint zumindest fraglich, gründet diese doch theoretisch auf einem stark ideologisierenden Subjektivismus, der in hohem Maße angreifbar ist. Eine wirklich sinnvolle Erweiterung der Musikwissenschaft in diesem Sinne könnte viel eher der Blick auf die historisch informierte Aufführungspraxis sein. Immerhin handelt es sich hierbei um ein Feld, in dem seit Jahrzehnten die letzten Endes künstliche Trennung zwischen Theorie und Praxis hinterfragt wird, Überlegungen darüber angestellt werden, welche Bedeutung Musik im jeweiligen historischen Kontext tragen kann und nicht zuletzt aktiv die Medienrealität mitgestaltet wird. Wäre der

Schritt zu praxeologischen Untersuchungen des Wechselverhältnisses zwischen Musik und Medienrealität von hier aus wirklich noch so groß?

Der Blick, den Rebecca Wolf in ihrem Beitrag über Spieltechniken der Musik auf Komponisten des 20. Jahrhunderts wirft, welche die Grenzen zwischen Musik im traditionellen Sinne, Klang, Geräusch und Schall nachhaltig verschoben, hinterfragt bzw. aufgehoben haben, erweist sich in dieser Hinsicht ebenfalls als weiterführend.

Neben den überwiegend historisch arbeitenden Beiträgen über Einzelfälle (insbesondere von Sabine von Fischer, Volkmar Kramarz,

Jan Philip Müller) leistet vor allem der Aufsatz Daniel Morats „Zur Historizität des Hörens“ den expliziten Anschluss an die Geschichtswissenschaft. Seine drei Leitbegriffe Historisierung, Aneignung und Kontextualisierung bilden eine sinnvolle und überzeugende Agenda. Das Plädoyer für die Platzierung der Sound Studies im Feld der Sozial- und Kulturwissenschaften (S. 141) findet hoffentlich auch in der Geschichtswissenschaft Gehör. Der Sammelband mit seinen durchweg niveauvollen Beiträgen ist hier eine Anknüpfungsmöglichkeit. Der Band macht gleichzeitig deutlich, in welchem hohen Maße auch die Sound Studies von historischer Tiefenschärfe profitieren können.

Carlos A. Haas, München

Bitte vormerken:

**Jahrestagung und Mitgliederversammlung des
Studienkreises Rundfunk und Geschichte e.V.**

7./8. Mai 2014 in Wien

(genauere Infos siehe S. 71)

Die nächste Ausgabe von
„Rundfunk und Geschichte“
erscheint voraussichtlich
im Frühsommer 2015.

Autorinnen und Autoren dieses Heftes

Christina Isabel Brüning, zur Zeit Lehrkraft für besondere Aufgaben an der Pädagogischen Hochschule Freiburg; 2009-2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin und Lehrbeauftragte am Friedrich-Meinecke-Institut, dem Institut für Englische Philologie und dem Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin; 2008-2011 Referendarin und Studienrätin am Shadow-Gymnasium Berlin.
E-Mail: christina.bruening@ph-freiburg.de

Christoph Classen, Dr. phil., geb 1965, Studium der Geschichte, Germanistik und Psychologie an der Universität Hamburg; Promotion in Geschichte an der FU Berlin (2003). Projektleiter in der Abteilung „Zeitgeschichte der Medien- und Informationsgesellschaft“ am Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam. Forschungsprojekte zur europäischen Mediengeschichte und zur politischen Kulturgeschichte.
E-Mail: classen@zzf-pdm.de

Andre Dechert, M.A., geb. 1984, studierte Neuere und Neueste Geschichte, Englische Philologie und Deutsche Philologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Magisterarbeit zum Thema: „The Perception of the Senator McCarthy's Anti-Communist ‚Witch-Hunt‘ in West German ‚Public Opinion‘ 1950-54“. Seit 2010 Arbeit an der Promotion im Rahmen einer Emmy Noether-Gruppe der DFG zum Thema „Familienwerte im gesellschaftlichen Wandel“ an der WWU Münster. 2011 erhielt er ein Forschungsstipendium der Bibliothek des John-F.-Kennedy-Instituts für Nordamerikastudien der FU Berlin. Mehrere Forschungsaufenthalte in Los Angeles, Berkeley (CA), Cambridge (MA), Washington D.C. und Stockholm.
E-Mail: andre.dechert@uni-muenster.de

Laurens Form, Dr. phil., Diplom-Sportwissenschaftler; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sportwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz; Arbeitsschwerpunkt: Zeitgeschichte des Sports sowie Sport und Medien. Seit 2000 als Redakteur, Reporter und Filmautor in der Hauptredaktion Sport des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) tätig. Ehemaliger Hockeyspieler der 1. Bundesliga sowie des C- und B-Kaders der Hockeynationalmannschaft.
E-Mail: Form.L@zdf.de

Anke Hagedorn, geb. 1972, studierte Geschichte, Germanistik und Romanistik an der Universität Freiburg. Sie ist Redakteurin beim deutschen Auslandsfunk Deutsche Welle und war zuletzt EU- und NATO-Korrespondentin des Senders in Brüssel. Seit 2010 wissenschaftliche Mitarbeiterin des Exzellenzclusters der Universität Konstanz. Dissertation über die Entstehung und Entwicklung der Deutschen Welle im politischen Kontext (erscheint vorauss. 2015). Sie ist Mitarbeiterin beim europäischen HERA-Forschungsprojekt „Transnational Radio Encounters“ sowie Dozentin für Journalistik an der Höheren Schule für Sprachberufe in Zürich und der Medienschule Nordwestschweiz.
E-Mail: Anke.Hagedorn@uni-konstanz.de

Katrin Jordan, Studium der Fächer Neuere/Neueste Geschichte, Französisch sowie Publizistik- und Kommunikationswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, der Freien Universität Berlin und der Universität Paris 1 Panthéon-Sorbonne; 2006-2009 Stipendiatin der Studienstiftung des deutschen Volkes; seit 2010 Promotionsvorhaben zu „Tschernobyl und die Medien“ an der Humboldt-Universität zu Berlin und am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam; seit 2011 Promotionsstipendiatin der Studienstiftung des deutschen Volkes.
E-Mail: jordan@zzf-pdm.de

Petra Schirrmann, geb. 1962, Studium der Germanistik, Amerikanistik und Romanistik in Frankfurt am Main. 1985-1986 als DAAD-Stipendiatin Studium der Politologie und des Journalismus an der American University in Washington, D.C., 1986-2002 als Journalistin bei verschiedenen Medien in Deutschland, USA und Australien tätig (u.a. CNN, Hessischer Rundfunk, RTL-Radio, Klassik Radio). Seit 2007 am Institut für moderne Sprachen, Fach Germanistik, der Universität Helsinki.
E-Mail: petra.schirrmann-krapinoja@helsinki.fi

Alina Laura Tiews, geb. 1984, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle Geschichte des Rundfunks in Norddeutschland am Hans-Bredow-Institut für Medienforschung und am Institut für Medien und Kommunikation (IMK) der Universität Hamburg. Sie studierte Neuere und Neueste Geschichte, Neue Deutsche Philologie und Vergleichende Literaturwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin und verfolgt ein von der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien sowie der DEFA-Stiftung gefördertes Dissertationsprojekt zum Thema „Fluchtpunkt Film. Vertriebenenintegrationen durch fiktionale Narrative im Kino und Fernsehen des geteilten Deutschlands 1945-1989“. Mitglied des internationalen Forschernetzwerks „Entangled Media Histories“ (EMHIS) und Redakteurin der Zeitschrift „Rundfunk und Geschichte“.
E-Mail: Alina.Laura.Tiews@uni-hamburg.de